

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 4.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 20. bis 26. Januar 1911.

Posen, den 31. Januar 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.**Bericht****über den Verlauf der am 22. Januar 1911
im Schubert'schen Lokale in Głowno abge-
haltenen öffentlichen polnischen Versammlung.**

Posen, den 23. Januar 1911.

Die von etwa 100 Personen, meist Arbeitern, besuchte Versammlung eröffnete um 3 Uhr nachmittags der Redakteur Marweg-Posen mit dem katholischen Gruß. Redner begrüßte die Anwesenden und teilte ihnen mit, daß er vom Hauptrate des nationaldemokratischen Vereins den Auftrag erhalten habe, den Kreis Posen-Ost zu organisieren. Er bitte die Anwesenden, die Reden ruhig anzuhören und keine Störungen zu verursachen. Jedem werde in der Diskussion Gelegenheit geboten werden, seine Ansicht auszusprechen. Bemerken wolle er — Redner — noch, daß es sich um eine rein politische Versammlung handle, nämlich um eine Versammlung des nationaldemokratischen Vereins, der weder mit den Roten, noch mit der polnischen Berufsvereinigung etwas zu tun habe.

Durch Zuruf wird Maler Fortuniak-Głowno zum Vorsitzenden gewählt. Dieser dankt für die Wahl, bittet die Anwesenden, ihn zu unterstützen, damit der ruhige Verlauf der Versammlung gesichert sei. Man müsse den Gegnern beweisen, daß der Pole verstehe, parlamentarisch zu verhandeln.

Zum Schriftführer wird Krause-Posen gewählt.

Das Wort erhält nun der Redakteur Dr. Seyda-Posen zu etwa folgenden Ausführungen:

In den letzten Jahren sind Änderungen im sozialen Leben vor sich gegangen, die unsere ganze Volksgesamtheit bis ins Innerste erschüttert haben. Das Volk war mit der Politik seiner Führer nicht zufrieden, und aus diesem Grunde haben es Männer, die dem Volke ein warmes Herz entgegenbringen, unternommen, eine politische Partei zu gründen, die alle berechtigten Forderungen des Volkes berücksichtigt, ihm auch die ihm zukommende Beteiligung an der Gesetzgebung in den hierzu bestimmten Körperschaften sichern will. Diese Partei verkörpert der nationaldemokratische Verein.

In früheren Jahren sahen wir auf der Linken die sogenannte Volksbewegung, auf deren Seite der Mittelstand und die Landwirtschaft standen. Weil nur diese beiden Stände in der Volksbewegung vertreten waren, folgerte die Gegenseite, daß es sich um eine Klassenbewegung handle. Dies war indessen nicht richtig, denn die Anhänger der Volksbewegung wollten durchaus nicht Klasseninteressen dienen, sondern lediglich der ganzen polnischen Nation, der ganzen Gesamtheit.

Damals gehörte das Arbeitervolk der Volksbewegung noch nicht an. Es war zu jener Zeit noch nicht politisch aufgeklärt und folgte, nicht immer zu seinem Besten, blindlings den Leuten, die sich zu seinen Führern aufgeworfen hatten. Sie ließen sich von diesen Leuten willig als Stimmvieh benutzen. Wir Nationaldemokraten dagegen, wenn wir an unsere Zukunft fest glauben, tun dies nur deshalb, weil wir fest an das Volk und an seine moralische Kraft glauben. Wir müssen uns über den Begriff „Volk“, mit dem man recht leichtsinnig umgeht, klar werden. Es ist bekannt, daß unser Volk an drei Anteile gefallen ist und in Preußen, Österreich und Rußland seinen Wohnsitz hat. Jenseits der Grenzpfähle wird unter „Volk“ nur die ländliche Arbeiterbevölkerung verstanden. Bei uns ist es etwas anders, denn hier rechnet man sämtliche Arbeiter und die Handwerker zum Volk.

Wie sieht es nun bei uns mit der Volksbewegung im letzten Jahrzehnt aus?

Bei der Wahlbewegung zu Gunsten des verstorbenen Andrzejewski traten in der Stadt Posen die Handwerker und Kaufleute für ihren Kandidaten ein, auf dem Lande dagegen nur die Bauern. Damals war also, da Handwerker und Bauern sich nicht zum Volke zählten, der Mittelstand für die Volksbewegung.

Wie beschaffen war aber nun die Sachlage bei der letzten Wahl? Auf Seiten der Volks-, der demokratischen Bewegung stand auch diesmal unerschütterlich der Mittelstand. Die ländlichen Kreise dagegen hielten sich, wohl infolge des Einflusses der Geistlichkeit, der Bewegung fern, und nur ein geringer Teil der Landwirte stellte sich offen auf die Seite der nationaldemokratischen Bewegung. Trotzdem dehnte sich diese aber in ganz überraschender Weise aus, denn die große Masse der Arbeiter, die es satt hatte, sich von dem Adel und der Geistlichkeit bevormunden und ausnützen zu lassen, trat mit fliegenden Fahnen zur Nationaldemokratie über. Auch einen großen Teil der Intelligenz haben wir gewonnen, was kein Wunder ist, da die Vorfahren dieser Leute meist selbst Arbeiter und kleine Bauern gewesen sind. Ich selbst stamme aus einer Häuslerfamilie.

Was müssen wir nun tun, um die verschiedenen Schichten unserer Volksgesamtheit dahin zu bringen, daß sie sich gegenseitig an die Hände fassen und leiten, damit gesunde Verhältnisse in unserer Nation eintreten? Die Hauptbedingung ist die, daß wir uns gegenseitig kennen lernen. Wenn wir uns organisieren wollen, so ist es erforderlich, daß sich Intelligenz und Arbeiterschaft ehrlich in die Augen blicken, diese beiden für die Volksbewegung eigentlich ganz neuen Faktoren. Und wenn das Verhältnis zwischen diesen beiden Faktoren ein ehrliches und gutes sein soll, dann ist es erforderlich,

daß nachstehende drei Punkte beachtet und befolgt werden:

1. Volk und Intelligenz müssen sich gegenseitig kennen lernen.
2. Wenn sie sich kennen gelernt haben, dann müssen sie versuchen, sich gegenseitig zu verstehen.
3. Wenn sie es gelernt haben, sich gegenseitig zu verstehen, dann müssen sie auch zeigen und beweisen, daß sie Verständnis für einander haben.

Erstens müssen sich also Volk und Intelligenz gegenseitig kennen lernen. Früher kamen die Vertreter dieser beiden Stände nur in großen Versammlungen zusammen und in diesen war ihnen keine Gelegenheit geboten, sich gegenseitig kennen zu lernen. Es ist durchaus erforderlich, daß sie täglich zusammenkommen, nicht in großen Versammlungen, sondern hinter geschlossenen Türen, in Vereinen, daß sie sich ehrlich in die Augen blicken und sich offen aussprechen. Dann werden sie sich auch kennen lernen.

Es ist insofern eine Besserung eingetreten, als die Intelligenz die beste Absicht hat, mit dem Volke in innige Verbindung zu treten und dies auch durch die Tat zu beweisen. Und wenn sie so fortfährt, wenn das Volk zu ihr Vertrauen fassen wird, dann werden auch die Vertreter beider Stände sich verstehen lernen, was ihnen übrigens gerade in unserm Anteil unter dem preußischen Szepter nicht schwer fallen dürfte.

Dann ist es endlich noch erforderlich, daß wir Verständnis für einander zeigen. Wenn es ein Mitglied der Intelligenz trotz der besten Absichten nicht versteht, mit dem Volke richtig umzugehen, wenn es trotz bester Absichten hierbei Fehler begeht, dann wittern die Arbeiter dahinter gleich böse Absichten und werfen die ganze Intelligenz, ohne sich auf eine Prüfung der Sachlage einzulassen, in einen Topf. Ich bitte die Anwesenden herzlichst, nicht oberflächlich zu urteilen, sondern uns ins Herz zu blicken, ob wir wirklich gute Absichten haben und es nur nicht verstehen, sie in geeigneter Weise zum Ausdruck zu bringen, oder ob wir böse Absichten verfolgen. Man muß auf den Kern und nicht auf die manchmal rauhe Schale blicken.

Wenn wir dies tun, wenn wir ständig zusammenarbeiten, wenn wir uns gegenseitig kennen und verstehen lernen, wenn wir Verständnis für einander zeigen, dann können wir über die Zukunft unserer Nation und unserer nationaldemokratischen Sache beruhigt sein. Dann brauchen wir den äußern Feind nicht zu fürchten, wir brauchen nicht vor Furcht zu zittern, ob die Minister heute dies und morgen das tun werden, dann brauchen wir keine Versöhnungspolitik zu treiben, dann brauchen wir der Regierung nicht das Lied vorzusingen: „Vor deiner Tür stehen wir und bitten um gnädigen Einlaß“. Wir werden einerseits stets auf gesetlicher Grundlage handeln, wie auch die heutige Versammlung eine gesetzlich erlaubte ist, wir wollen auch keine Revolution; **aber andererseits kennen unsere Herzen keine Grenzpfähle, und kein Gesetz kann uns verbieten, Anteil an unseren Brüdern in Österreich und Rußland zu nehmen, mit ihnen zu fühlen, uns mit ihnen zu freuen und mit ihnen zu wehklagen.**

Redakteur Marweg, Posen, führte etwa folgendes aus:

Ich möchte die Ausführungen meines Vorredners in einigen Punkten kurz ergänzen.

Zu welchem Zwecke ist eigentlich der nationaldemokratische Verein gegründet worden? Weshalb hat bis jetzt niemand an einen solchen gedacht? War denn kein Bedürfnis für einen solchen vorhanden? O ja, das Bedürfnis war stets vorhanden, aber das Verständnis für die Sache hat bis jetzt gefehlt. Die alten Führer der Volksbewegung sind zum Teil gestorben, zum Teil sind es Greise. Es war die höchste Zeit,

daß sich jüngere Kräfte der Volksbewegung annahmen um sie neuer Blüte entgegenzuführen. Diese jungen Führer müssen Sorge dafür tragen, daß die nationaldemokratische Sache in den weitesten Schichten des Volkes feste Wurzeln faßt. National ist der Verein, weil er die nationalen Schätze verteidigen soll, die von unsern Gegnern am meisten bedroht werden, nämlich unsern heiligen Glauben und unsere Muttersprache. Früher hatten Adel und Geistlichkeit die Führung, das Volk bildete lediglich das Stimmvieh. Da nun aber diese Leute, die sich zu Führern des Volkes aufgeworfen haben, in den letzten Zeiten durch die Tat bewiesen haben, daß sie feig und egoistisch sind, daß sie ewig in Angst leben, ist es die höchste Zeit, sie unschädlich zu machen. Das kann nur dadurch geschehen, daß solche Leute in Zukunft weder in den Reichstag, noch in das Abgeordnetenhaus gewählt werden.

Redner spricht dann über das Provinzial-Wahlkomitee, dessen Tätigkeit er lebhaft verdammt, und an der Hand der Statuten über die Ziele und Zwecke des nationaldemokratischen Vereins. Auf dessen Seite ständen nachstehende Zeitungen:

Kurjer Poznański,
Drendownik,
Postemp,
Lech,
Dziennik Kujawski,
Dziennik Bydgoski,
Gazeta Ostrowska,
Gwiazda

und noch viele andere Blätter.

Bekannte Anhänger der nationaldemokratischen Partei seien der frühere Abgeordnete v. Chrzanowski, die Abgeordneten Nowicki, Dr. Seyda, Dr. v. Trzcinski, ferner Dr. Ryblewski, Redakteur Chocijzewski u. a.

Redner fordert zum Schluß die Anwesenden auf, dem nationaldemokratischen Verein beizutreten.

Kaczmarek, Glowno (Vertrauensmann des Towarzystwo Ludowe (Volksverein) in Glowno): Die Kurjer- und Drendownik-Partei hat das Volk stets an der Nase herumgeführt und elend über den Löffel barbiert. Die Partei verfolgt nur den Vorteil der höheren Intelligenz und nicht den des Volkes. Als der Zwionzek Zawodowy Polski (polnischer Berufsverband) gegründet wurde, da haben gerade die vor genannten Zeitungen uns als rote Demokraten geschildert. Wir brauchen hier in Glowno keine Kurjer-Partei, die uns an der Nase herumführen und für ihre Zwecke ausbeuten will, wir haben hier schon unsern eigenen Verein (Towarzystwo Ludowe), dem wir vertrauen. In dem ganzen Wahlrummel waren nur die beiden vorerwähnten Zeitungen schuld.

Generalagent Krajna, Posen: Bevor ich zu sprechen beginne, ersuche ich alle Angehörigen der Sozialdemokratie hervortreten und ihre Ansicht auszusprechen, damit ich nachher während meiner Ausführungen nicht gestört werde. (Ein Anwesender verläßt den Saal.)

Ich freue mich, daß mir Herr Kaczmarek Gelegenheit geboten hat, ihm zu antworten. Entweder hat Herr Kaczmarek den Kurjer Poznański niemals gelesen, oder er hat sein Wissen aus andern, diesem Blatte freundlichen Zeitungen geschöpft. Der Kurjer Poznański hat in Posen die Sezession nicht hervorgerufen. Trotz dem verbreiteten und verbreiten noch immer dem Kurjer feindliche Zeitungen das Märchen, daß er die Schuld an der Sezession trage. Wenn eine Sezession war, dann hat nur das Volk sie hervorgerufen, das sich endlich zur Selbstständigkeit emporgerafft hatte.

Ich will keine bestimmten Zeitungen empfehlen, warne dagegen nur alle Anwesende, Zeitungen zu halten, welche eine Politik der eigenen Tasche betreiben.

Schuhmacher Bogdajewski, Głowno: Jeder kann die Zeitung lesen, die ihm gefällt; sie kostet kein Geld und es hat deshalb niemand das Recht, ihm in diese Sache hineinzureden. Dagegen ist es Pflicht eines jeden Polen, irgend eine Zeitung zu halten, um sich selbst aufzuklären und seine Kinder zu unterrichten.

Wir Polen sind Untertanen des preussischen Königs, und wenn wir auch Polen sind, so haben wir doch nicht das Recht, ein selbständiges Polenreich zu verlangen. (Großes Gelächter.)

Fortuniat entzieht dem Bogdajewski das Wort mit der Begründung, daß er sich nicht an das Thema halte und anscheinend etwas betrunken sei.

Dr. Seyda-Posen: Ich stehe hier nicht als Redakteur des Kurjer Poznański, sondern als Bürger unter Bürgern. Es wäre noch schöner, wenn wir in solchen bürgerlichen Versammlungen eine bestimmte Zeitung empfehlen und einer anderen die Existenz untergraben wollten. Wir sind hier, um uns in politischer Hinsicht aufzuklären und nicht um uns zu zanken.

Herrn Raczmarek erwidere ich, daß ich, der ich selbst aus dem Volke stamme, der ich stets die Klassenorganisationen bei unsern Gegnern aufs schärfste verdammt habe, nur sagen kann, daß jetzt die Arbeiter eine Todsünde an der eigenen Nation begehen, indem sie selbst eine Klassenorganisation bilden. Es sieht wirklich so aus, als wenn der Arbeiter sagen will, Polen sei nur für die Arbeiter da.

Hier handelt es sich nur um die Frage, ob der Pole für den Polen eintritt — und das ist bei der nationaldemokratischen Partei der Fall, während es bei der Partei des Herrn Raczmarek heißt: der Arbeiter für den Arbeiter.

Krause-Posen: Die Reichstagswahlen stehen vor der Tür. Im neuen Reichstage wird über das Wohl und Wehe der Arbeiter entschieden werden. Unsere Aufgabe ist es, Abgeordnete in den Reichstag zu schicken, die für das Volk eintreten und gegen die hohen Steuern stimmen werden. Wir wollen überall nationaldemokratische Filialen einrichten, um für den Wahlkampf, der sehr erbittert sein wird, gerüstet zu sein. Es handelt sich nun um die Frage, ob in Głowno die Gründung einer solchen Filiale notwendig ist. Diese Frage muß ich bejahen. Deshalb fordere ich alle Anwesenden auf, dem nationaldemokratischen Verein beizutreten.

Raczmarek-Głowno: In den künftigen Reichstag darf nur ein von Arbeitern aufgestellter Arbeiter gewählt werden und nicht ein Arbeiter, der von der Intelligenz aufgestellt worden ist. Redner macht dem Nowicki den Vorwurf, daß er im Reichstage bis jetzt noch nicht über die Bedürfnisse der Arbeiter gesprochen habe.

Krause-Posen erwidert, daß Nowicki erst die Verhältnisse im Reichstage kennen lernen müsse, bevor er eine Rede halten könne.

Marweg-Posen erwidert dem Raczmarek, daß gerade die nationaldemokratische Partei für die Wahl eines Arbeiters eingetreten sei. Er verstehe nicht, was Herr Raczmarek eigentlich wolle. Er halte ihn für einen Betrüger, der für andere die Kastanien aus dem Feuer holen solle. Der Verein Towarzystwo Ludowe führe seinen Namen mit Unrecht. Zur Kennzeichnung des Vereins brauche er nur die Namen der Patrone desselben anzuführen. Es seien diese nämlich die bekannten Rechtsanwälte v. Dziembowski, v. Drwęcki und Herr Zenon Lewandowski. Die Tätigkeit dieser Herren sei in den Zeitungen ausführlich geschildert worden.

Raczmarek erinnert, daß nicht Zenon Lewandowski den Volksverein gegründet habe sondern die Arbeiter Dobry und Habel.

Chmielewski erwidert dem Raczmarek, daß dies unwahr sei. Er sei in der konstituierten Versammlung zugegen gewesen. Er wünsche dem Verein zu solchen Führern recht viel Glück.

Fortuniat kommt auf Graf Wodziecki zu sprechen. Dieser Verschacherer Reisens sei gegen die Grünwaldfeier gewesen. Trotzdem sei ganz Polen in Krakau zusammengeströmt und habe mit dem Bischof Bandurski zusammen ausgesprochen: „Wir waren, wir sind und wir werden sein.“ Diese Losung rufe auch er — Redner — heute den Anwesenden zu, indem er sie gleichzeitig auffordere, dem nationaldemokratischen Verein beizutreten, dann würde das Volk einen Fels im Meer bilden, an welchem alle feindlichen Wogen machtlos abprallen würden.

Dr. Seyda-Posen fordert gleichfalls zum Beitritt auf. Im Kreise Posen-Ost würden 5 Filialen gebildet werden, jede Filiale werde dann einen Vertrauensmann wählen und diese 5 Vertrauensleute würden ein Bezirkskomitee bilden. Wer also an die aufrichtige Gesinnung der Nationaldemokraten glaube, der möge der Organisation beitreten.

Fortuniat-Głowno fordert die Anwesenden auf, sich nach Schluß der Versammlung zum Beitritt zu melden, und schließt die Versammlung um 5 Uhr 10 Minuten nachmittags.

Die zuständige Polizeibehörde vertrat Herr Distriktskommissar Greulich-Głowno.

v. Marczynski, Königl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Polnische Berufsvereinigung.

Die drei polnischen Berufsorganisationen:

- a) die Polnische Berufsvereinigung im Westen,
- b) der Polnische Berufsverband in Posen,
- c) der Verein gegenseitiger Hilfe in Schlesien

haben sich im Jahre 1909 zu einer gemeinsamen Organisation unter der Bezeichnung „Polnische Berufsvereinigung“ mit dem Sitz in Bochum verschmolzen.

Die gegenwärtig etwa 70000 Mitglieder zählende „Vereinigung“ zerfällt in drei Abteilungen:

- a) in die Abteilung für Bergarbeiter mit dem Sitz in Bochum,
- b) in die Abteilung für Hüttenarbeiter mit dem Sitz in Königshütte,
- c) in die Abteilung für Handwerker und Arbeiter mit dem Sitz in Posen.

Die Satzungen der Abteilung für Handwerker und Arbeiter, welche mit den Satzungen der unter a und b genannten Abteilungen übereinstimmen, sind folgende:

Satzungen

der Abteilung der Handwerker und Arbeiter der Polnischen Berufsvereinigung.

1. Name und Sitz.

§ 1.

Die Organisation der polnischen Handwerker und Arbeiter in Deutschland trägt den Namen: Abteilung der Handwerker und Arbeiter der Polnischen Berufsvereinigung mit dem Sitz in Posen.

2. Zweck und Aufgabe.

§ 2.

Zweck und Aufgabe der Abteilung der Handwerker und Arbeiter der Polnischen Berufsvereinigung

ist das Streben nach moralischer und materieller Hebung des Arbeiterstandes auf gesetzlich erlaubtem Wege, Erlangung einer gebührenden Stellung in der menschlichen Gesellschaft sowie Schutz sämtlicher Interessen des Arbeiterstandes:

Die Mittel zur Erreichung dieses Zweckes sind:

1. a) Verbreitung der Bildung unter den Mitgliedern, Pflege der Solidarität sowie die Veranstaltung von Versammlungen und belehrenden Vorträgen;
- b) Herausgabe eines Berufsorgans und Herausgabe von Broschüren beruflichen Inhalts;
- c) Veranstaltung von statistischen Erhebungen in den der Abteilung angehörenden Berufszweigen;
- d) Erteilung von Rechtsauskunft in allen streitigen Angelegenheiten, die rechtlich begründet sind und in das Gebiet der Arbeiterschutz- und Arbeitsversicherungsgesetzgebung fallen;
- e) Vertretung der Mitglieder vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin;
- f) Streben nach Erlangung möglichst hoher, dem Werte der geleisteten Arbeit entsprechender Arbeitslöhne;
- g) Begrenzung der Arbeitszeit, Verbesserung der sanitären Vorschriften, soweit dies die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter erfordert;
- h) Streben nach Erlangung des Rechtes zur Mitwirkung bei der Verfügung über Unterstützungen aus Mitteln der Kranken- und Pensionskassen;
- i) Einrichtung von Arbeitsnachweisstellen.
2. Bewilligung von Unterstützungen in nachbenannten Fällen:
 - a) bei Reisen,
 - b) bei Arbeitslosigkeit (Streik),
 - c) bei Krankheit,
 - d) bei Wohnungswechsel,
 - e) in Todesfällen.

§ 3.

Die Abteilung der Handwerker und Arbeiter ehrt die Überzeugung ihrer Mitglieder, schließt jedoch grundsätzlich religiöse Streitsachen und politische Angelegenheiten aus.

§ 4.

Organ der Abteilung der Handwerker und Arbeiter der Polnischen Berufsabteilung ist die „Sila“, das die Mitglieder unentgeltlich erhalten.

3. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft.

- a) Mitglieder können alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden, die im Handwerk oder in verwandten Berufen beschäftigt sind, die Satzungen beobachten und das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten haben.

Ausnahmen in bezug auf das Alter können in Ortschaften gemacht werden, wo es an Gelegenheit zum Beitritt in die Organisation mangelte.

In solchen Fällen entscheidet der Hauptvorstand.

- b) Aufnahmeanträge sind an die Vorstände der Ortsvereine und an die Vertrauensmänner zu richten; in Ortschaften dagegen, wo eine Filiale nicht existiert, an den Hauptvorstand.
- c) Die Vorstände der Ortsvereine und die Vertrauensmänner nehmen die Anmeldungen entgegen; über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Ortsvereins und stellt dem Kandidaten im Laufe einer Woche eine Bestätigung über die erfolgte Aufnahme zu.

- d) Ein jeder Neueintretende hat bei der Aufnahme 50 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten, worüber er eine Quittung empfängt.

Mitglieder, die aus einer fremden Organisation übertreten, zahlen kein Eintrittsgeld.

Außerdem werden dergleichen Mitgliedern Beiträge, die sie in anderen Organisationen geleistet haben, in der Weise angerechnet, daß ihnen die gleichen Mitgliederrechte eingeräumt werden, die sie in der früheren Organisation besaßen.

Invaliden, die eine höhere als 40% Rente beziehen, werden als Mitglieder nicht aufgenommen.

- e) Der Austritt eines Mitgliedes aus der Abteilung kann jederzeit erfolgen. Ein solches Mitglied ist jedoch verpflichtet, dem Vereinsvorstand oder dem Vertrauensmann seinen Austritt schriftlich oder mündlich anzuzeigen,
- f) Fällige Beiträge sind noch vor dem Austritte zu entrichten.
- g) Zahlende Mitglieder, die ihrer Militärpflicht genügen, genießen nach ihrer Wiederkehr ihre früheren Rechte, sofern sie sich vorher abgemeldet haben und sich nach der Rückkehr im Laufe von vier Wochen bei ihrem Vertrauensmanne wieder anmelden.

Das gleiche gilt für die zu einer militärischen Übung eingezogenen Mitglieder.

§ 6.

- a) Ein Mitglied, das länger als 6 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt, ohne einen Stundungsantrag gestellt zu haben, wird als ausgeschieden betrachtet.
- b) Ausgeschlossen kann ein Mitglied werden, sofern es zum Schaden einer Abteilung der Polnischen Berufsvereinigung tätig ist,
- c) Ferner ein Mitglied, das die Satzungen nicht streng beobachtet und den Vorstandsbeschlüssen zuwiderhandelt.
- d) Über die Wiederaufnahme eines ausgeschlossenen Mitgliedes entscheidet der Hauptvorstand.
- e) Ein Mitglied, das des Mitgliederrechtes verlustig gegangen ist, verliert zugleich alle Ansprüche an das Vermögen der Polnischen Berufsvereinigung und an die eingezahlten Beiträge. Ebenso gehen seine Familie und die Erben aller Ansprüche verlustig. Im Falle des Austritts, des Ausschlusses oder des Todes eines Mitgliedes bleibt die polnische Berufsvereinigung weiter bestehen.
- f) Der Ausschluß wird schriftlich mitgeteilt.
- g) Eine Wiederaufnahme ausgeschiedener oder ausgeschlossener Mitglieder ist zulässig; ersterer, nachdem sie die rückständigen Beiträge entrichtet, letzterer auf Grund eines Antrages der Filiale an den Hauptvorstand, jedoch nicht vor Ablauf eines halben Jahres.

4. Entrichtung der Beiträge.

§ 7.

- a) Jedes Mitglied zahlt einen wöchentlichen Beitrag, über welchen durch Einkleben einer Marke in ein Buch quittiert wird.
- b) Der wöchentliche Beitrag beträgt:

Klasse	I	wöchentlich	10 Pf.
Klasse	II	wöchentlich	20 Pf.
Klasse	III	wöchentlich	25 Pf.
Klasse	IV	wöchentlich	30 Pf.
Klasse	V	wöchentlich	35 Pf.
Klasse	VI	wöchentlich	40 Pf.
Klasse	VII	wöchentlich	45 Pf.

Klasse VIII wöchentlich 50 Pf.
 Klasse IX wöchentlich 55 Pf.
 Klasse X wöchentlich 60 Pf.
 Klasse XI wöchentlich 70 Pf.

- c) Mit Genehmigung des Hauptvorstandes können die einzelnen Filialen für ihre örtlichen Bedürfnisse Sonderbeiträge erheben.
 d) Jedes Mitglied der Abteilung ist verpflichtet, alle durch den Hauptvorstand oder den Zentralvorstand ausgeschriebenen außerordentlichen Beiträge zu entrichten.
 e) Die Mitglieder aus den Ortschaften, wo es weder eine Zahlstelle noch einen Vertrauensmann gibt, zahlen die Beiträge direkt an den Hauptvorstand.

Ganzinvaliden, die vor Eintritt der Invalidität mindestens ein Jahr hindurch der Abteilung Beiträge gezahlt haben, können weiterhin Mitglieder bleiben, sofern sie sich verpflichten, die Beiträge der I. Klasse, d. h. 10 Pf. wöchentlich zu zahlen, wofür sie das Organ, Rechtsschutz und Sterbegeld derjenigen Klasse erhalten, der sie vor Eintritt ihrer Invalidität angehörten.

5. Unterstützung bei Reisen.

§ 8.

- a) Ein Mitglied, das mindestens zwei Jahre hindurch regelmäßig der Abteilung Beiträge entrichtet hat, kann eine Unterstützung erhalten, sofern es im Orte keine Arbeit erlangen kann und genötigt ist, arbeitssuchend nach außerhalb zu reisen.
 b) Die Unterstützung beträgt 2 Pf. für jedes Kilometer Reisedweg. Für eine kürzere Entfernung als 20 km und für eine längere als 1000 km wird eine Unterstützung nicht gezahlt.
 c) Das Reisegeld wird auf den einzelnen Zahlstellen ausgezahlt, bei welchen sich das Mitglied zu melden hat.
 d) Sofern einem Mitgliede passende Arbeit nachgewiesen wird, und es lehnt deren Annahme ab, dann geht es des Anspruchs auf Reisegeld verlustig.
 e) Jedes Mitglied, das infolge seiner Agitation für die Organisation die Arbeit verliert, was durch Zeugen nachzuweisen ist, erhält außer der Unterstützung für den Fall der Arbeitslosigkeit und dem Reisegelde eine besondere Unterstützung zu den Umzugskosten, sofern ein Umzug infolge Annahme von Beschäftigung in mehr als 10 km Entfernung notwendig wird.

Die Beihilfe zu den Umzugskosten beträgt bis 30 Mark, ist jedoch nur gegen Vorzeigung der Quittungen über die wirklich entstandenen Unkosten zahlbar.

Wenn ein Mitglied die vorstehenden Beihilfen empfangen hat, so kann es sie erneut erst dann wieder verlangen, wenn es seit dem letzten Umzuge mindestens 104 Wochenbeiträge entrichtet hat.

6. Streifunterstützungen.

§ 9.

- a) Mitglieder, die auf dem Wege gütlicher Vereinbarung eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse nicht erzielen können und mit Genehmigung des Hauptvorstandes die Arbeit niederlegen, erhalten an wöchentlichen Streifunterstützungen:

Klasse	nach einem halben Jahre	nach einem Jahre
II	3,00 M.	6,00 M.
III	4,00 "	8,00 "

IV	4,50 M.	9,00 M.
V	5,00 "	10,00 "
VI	5,50 "	11,00 "
VII	6,00 "	12,00 "
VIII	6,50 "	13,00 "
IX	7,00 "	14,00 "
X	7,50 "	15,00 "
XI	8,00 "	16,00 "

- b) Verheirateten Mitgliedern werden für jedes Kind unter 14 Jahren 50 Pf. wöchentlich gezahlt.
 c) Mitglieder, die während eines Streiks eingetreten sind und Unterstützungen empfangen haben, müssen diese, falls sie nach Beendigung des Streiks aus dem Verband austreten, der Klasse der Polnischen Berufsvereinigung ersetzen.
 d) Bei Arbeitseinstellungen in größerem Umfange werden die Unterstützungen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel ausgezahlt.

7. Freiwillige Gaben in Krankheitsfällen.

§ 10.

- a) Mitglieder, die mindestens ein Jahr hindurch an die Polnische Berufsvereinigung Beiträge entrichtet haben, können im Falle einer länger als eine Woche währenden Krankheit nachstehende Unterstützungen erhalten:

Klasse	täglich	wöchentlich	jährlich
II	30 Pf.	1,80 M.	46,80 M.
III	35 "	2,10 "	54,60 "
IV	50 "	3,00 "	78,00 "
V	55 "	3,30 "	85,80 "
VI	60 "	3,60 "	93,60 "
VII	65 "	3,90 "	101,40 "
VIII	75 "	4,20 "	109,20 "
IX	75 "	4,50 "	117,00 "
X	80 "	4,80 "	124,80 "
XI	85 "	5,10 "	132,60 "

- b) Die Unterstützungen werden, beginnend vom 8. Tage der Krankheit, während längstens 26 Wochen gezahlt.
 c) Das Wochenbett der weiblichen Mitglieder wird als gewöhnliche Krankheit angesehen, und wird in diesem Falle die Unterstützung 6 Wochen hindurch gezahlt. Bei längerer Krankheitsdauer ist ein ärztliches Attest erforderlich.

§ 11.

- a) Die Mitglieder werden in diejenige Klasse eingereiht, in welcher sie Beiträge zahlen.
 b) Hat ein Mitglied im Laufe eines Jahres die für seine Klasse ausgesetzte Summe als Krankenunterstützung erhalten, so muß es weitere 52 Wochenbeiträge entrichten, bevor es erneut Unterstützung verlangen kann.
 c) Ein die Unterstützung Nachsuchender muß sich einer durch den Vorstand bestimmten Person durch ein ärztliches Attest ausweisen, dem Vorstände aber innerhalb drei Tagen von der Erkrankung Anzeige erstatten.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, innerhalb der gleichen Frist dem Vorstände seine Genesung anzuzeigen.

- d) Wer eine Unterstützung empfangen will, darf nicht länger als vier Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande bleiben.
 e) Wer bei seinem Eintritt in die Polnische Berufsvereinigung mit einer früher erworbenen Krankheit behaftet ist, kann eine Unterstützung nicht erhalten.
 Daselbe gilt für die Invaliden.

8. Unterstützungen bei Arbeitsmangel.

§ 12.

Jede Abteilung der Polnischen Berufsvereinigung, die bei Arbeitsmangel Unterstützungen gewähren will, schreibt zu diesem Zwecke besondere Beträge aus.

9. Sterbegeld.

§ 13.

- a) Im Falle des Todes eines Mitgliedes kann der Hauptvorstand der Abteilung der Ehefrau oder sonstigen Angehörigen eine gewisse Summe zu den Begräbniskosten auszahlen.

Im Falle des Todes der Ehefrau erhält eine gleiche Unterstützung der Ehemann.

- b) Die Unterstützung beträgt nach einjähriger Mitgliedschaft 40 Mk. und steigt alljährlich um 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 75 Mark.
c) Die Invaliden, die zur Klasse I Beiträge entrichten, erhalten das Sterbegeld, das ihnen vor Eintritt der Invalidität zugestanden haben würde.
d) Um das Sterbegeld zu erlangen, ist dem Vorstände die ständesamtliche Sterbeurkunde und das Quittungsbuch vorzulegen. Gleichzeitig ist durch ein Zeugnis nachzuweisen, daß der Vorzeiger zum Empfange des Sterbegeldes berechtigt ist.
e) Falls dem Hauptvorstande nicht innerhalb drei Monaten nach Eintritt des Todesfalls Mitteilung gemacht wird, erlischt der Anspruch auf Sterbegeld.
f) Die Auszahlung des Sterbegeldes ist im Verbandsorgan zu veröffentlichen.

§ 14.

Alle Unterstützungen, die ein Mitglied empfängt, müssen in seinem Quittungsbuch vermerkt werden.

10. Rechtsschutz.

§ 15.

- a) Einem jeden Mitglied, das sich durch sein Quittungsbuch über die Mitgliedschaft ausweist, wird Auskunft und Rechtsschutz in allen aus dem Arbeitsverhältnis sich ergebenden Angelegenheiten gewährt.
b) Rechtsauskunft wird vom Tage des Eintritts ab, Rechtsschutz dagegen erst nach halbjähriger Entrichtung der Beiträge gewährt.
c) Angelegenheiten, die vor Erwerbung der Mitgliedschaft anhängig geworden sind, werden nicht erledigt.
d) Alle Privatangelegenheiten, wie Streitsachen, Schlägereien usw., sind vom Rechtsschutz ausgeschlossen.

11. Vorbehalt.

§ 16.

Alle bisher genannten Unterstützungen, z. B. in Krankheitsfällen, bei Arbeitsmangel, bei Streik- und Todesfällen, sind freiwillig.

12. Organisation der Abteilung.

§ 17.

Die Abteilung der Polnischen Berufsvereinigung wird durch folgende Organe geleitet:

- a) durch die Generalversammlung der Delegierten der einzelnen Filialen,
b) durch den Hauptvorstand,
c) durch die Vorstände der Filialen bzw. Ortsgruppen,
d) durch die Agitationsbezirke.

13. Generalversammlung.

§ 18.

- a) Die Generalversammlung setzt sich aus dem Hauptvorstand und aus Delegierten, die durch die Mitglieder gewählt werden, zusammen.

- b) Auf je 250 Mitglieder wird ein Delegierter gewählt.

- c) Die Generalversammlung findet alljährlich statt. Ort und Zeit werden durch den Hauptvorstand im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand festgesetzt. Dem Hauptvorstand steht es auch zu, im Falle des Bedürfnisses eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.

Außerdem ist der Hauptvorstand zur Einberufung der Generalversammlung verpflichtet, sofern dies drei Viertel der Mitglieder der Abteilung verlangen.

- d) Die Generalversammlung ist unter Angabe der Tagesordnung durch den Hauptvorstand mindestens zwei Monate vorher zu veröffentlichen.

- e) Jeder Delegierte hat das Recht, zu allen auf der Tagesordnung anstehenden Sachen das Wort zu ergreifen. Bei der Abstimmung hat jeder Delegierte eine Stimme.

Anträge sind schriftlich mindestens vier Wochen vor der Generalversammlung einzureichen. Später eingegangene Anträge bleiben unberücksichtigt.

14. Aufgaben der Generalversammlung.

§ 19.

- a) Die Generalversammlung beschließt über Abänderung der Satzungen, sofern dazu ein Bedürfnis vorliegt. Sie kann dies jedoch nur im Einvernehmen mit dem Zentralvorstande tun.
b) Sie genehmigt oder verwirft den Geschäftsbericht des Hauptvorstandes, erteilt die Entlastung in bezug auf die Rassenführung oder verweigert sie, wählt die Mitglieder des Hauptvorstandes, bestätigt den Ausschluß von Mitgliedern oder lehnt ihn ab und wählt die Rassenrevisoren.

Alle Anträge und Beschlüsse werden von der Generalversammlung durch einfache Stimmenmehrheit durchgeführt.

- c) Die Stellung von Anträgen an die Generalversammlung ist gestattet:

den einzelnen Filialen und Zahlstellen,
dem Hauptvorstand,
den Rassenrevisoren und
dem Zentralvorstand.

15. Hauptvorstand.

§ 20.

- a) An der Spitze der Abteilung steht der Hauptvorstand, der sich aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, dem Schriftführer, dem Rassenführer und dessen Stellvertreter zusammensetzt.

- b) Der Vorstand wacht über die Entwicklung der Abteilung und vertritt sie nach innen und nach außen. Er führt die Verwaltungsgeschäfte und die Rassenverwaltung der Abteilung, worüber er alljährlich einen Rechenschaftsbericht zu erstatten hat und führt die Beschlüsse der Generalversammlung und die in den Satzungen enthaltenen Vorschriften durch. Er beruft im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand die Generalversammlung (§ 18 c) und entscheidet verschiedene, die Abteilung betreffende Angelegenheiten.

- c) Der Hauptvorstand hat das Recht, im Einvernehmen mit dem Zentralvorstand jederzeit eine Änderung der Satzungen vorzunehmen, sobald dies ein Reichsgesetz oder ein gegen die Polnische Berufsvereinigung rechtskräftig ergangenes Urteil der Gerichte erforderlich macht. Er beaufsichtigt die Herausgabe und Redaktion des Verbandsorgans.

- d) Der Hauptvorstand ist der Polnischen Berufsvereinigung für alle durch Nachlässigkeit entstandenen Verluste und Schäden verantwortlich.
- e) Gemäß § 17 b der Satzungen der Polnischen Berufsvereinigung ist der Hauptvorstand verpflichtet, die durch den Zentralvorstand ausgeschriebenen außerordentlichen Beiträge von den Filialen bzw. Zahlstellen einzuziehen und zur Zentralkasse abzuführen.

Ferner sind alle nach Bezahlung der Unterstützungen und der Verwaltungskosten verbleibenden Mittel an die Zentralkasse abzuführen (vergl. § 4 d der allgemeinen Satzungen).

16. Zweigvereine (Filialen).

§ 21.

- a) In jedem Orte darf eine Filiale oder Zahlstelle eingerichtet werden, sofern mindestens 10 Mitglieder der Organisation beitreten.
- b) Die Mitglieder der einzelnen Berufszweige können für die einzelnen Berufe gesonderte Filialen gründen, sofern im Orte die durch die Satzungen vorgeschriebene Zahl der organisierten Arbeiter vorhanden ist.
- c) Die Filialen stehen unter der Verwaltung der Filialvorstände.
- d) Wo ein Vorstand infolge der geringen Mitgliederzahl nicht gebildet werden kann, stellt der Hauptvorstand einen Vertrauensmann an.

17. Der Filialausschuß.

§ 22.

- a) Der Filialvorstand setzt sich aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer und dem Schatzmeister zusammen. Dem Vorstande steht ein Ausschuß zur Seite, der sich aus 5 durch die Mitglieder gewählten Personen zusammensetzt.
- b) Die Filialvorstände sorgen vor allem für die Entwicklung der Filiale durch Gewinnung neuer Mitglieder für die Polnische Berufsvereinigung.
- c) Sie stehen in dauernder Fühlung mit dem Hauptvorstand, indem sie fortgesetzt einen Schriftwechsel mit ihm unterhalten, ihm die neuen wie die austretenden Mitglieder anzeigend.
- d) Sie lassen durch ihre Schatzmeister und Vertrauensmänner die Beiträge von ihren Mitgliedern einziehen und senden diese mit einer genauen Abrechnung allmonatlich zur Kasse des Hauptvorstandes.
- e) Sie stellen den Mitgliedern regelmäßig das Verbandsorgan zu.
- f) Sie sorgen für die Durchführung aller Beschlüsse und Anweisungen des Hauptvorstandes.
- g) Von den allgemeinen Einkünften der Filiale ist es dem Vorstande gestattet, 15 Prozent zur Deckung der örtlichen Unkosten, wie Porto, Schreibmaterial usw., und zur Entlohnung der Vertrauensmänner zurückzubehalten.

18. Filialversammlungen.

§ 23.

- a) Jede Filiale oder Zahlstelle muß mindestens einmal im Monat eine Versammlung abhalten, in welcher nach Möglichkeit eine Vorlesung oder ein Vortrag über Arbeiter- oder Berufsangelegenheiten zu halten sein würde. Ebenso ist in den Versammlungen für sachliche Diskussionen im Interesse der Fortbildung der Mitglieder und für eine gegenseitige Aussprache der Ansichten in Arbeiter- und Berufsfragen zu sorgen.
- b) Die Filialversammlung wählt alljährlich im Dezember den Filialvorstand, den Ausschuß und

auf jeder Vierteljahrsversammlung die Kassenrevisoren.

19. Agitationsbezirke.

§ 24.

- a) Aus einer Mehrzahl von Filialen und Zahlstellen bildet der Hauptvorstand Agitationsbezirke. An der Spitze dieser Bezirke steht ein Ausschuß, der sich aus drei Mitgliedern zusammensetzt.
- b) Aufgabe der Bezirksausschüsse ist, mit allen Kräften auf eine Entwicklung der im Bezirk gelegenen Filialen hinzuwirken, diesen mit Rat und Hilfe beizustehen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse gestatten, neue Filialen anzulegen; ferner die Filialkassen zu beaufsichtigen und zu revidieren.
- c) Jeder Bezirksausschuß hat nach vorheriger Anhörung des Hauptvorstandes mindestens jedes Vierteljahr eine Konferenz einzuberufen, zu welcher eine jede Filiale einen Delegierten entsendet.
- d) Über die Verhandlungen der Konferenz ist dem Hauptvorstand ein genaues Protokoll einzureichen.

20. Allgemeine Bestimmungen.

§ 25.

Alle die vorstehenden Satzungen betreffenden Streitigkeiten entscheidet der Hauptvorstand.

§ 26.

Im Falle der Auflösung der Abteilung fällt das Vermögen der Zentralkasse der Polnischen Berufsvereinigung zu.

§ 27.

Die vorstehenden Satzungen treten am 1. Oktober 1909 in Kraft.

Der Zentralvorstand.

Bemerkung: Die Satzungen der „Polnischen Berufsvereinigung“ sind in der Nr. 38 des „Gesamtüberblicks“ vom 28. September 1909 veröffentlicht worden.

Aus Nr. 16 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 20. Januar 1911:

Antipolnische Fonds im preußischen Budget für das Jahr 1911.

Für das Jahr 1911 setzte die preußische Regierung 135 Millionen 315 Tausend und 50 Mark für die Germanisation aus, oder 357 000 M. mehr wie im Jahre 1910. Zu diesen Summen gelangen wir, wenn wir die Positionen zusammenstellen, die das antipolnische Merkmal deutlich an der Stirn tragen

Es verlohnt sich, die Einzelheiten, für welche man jene Millionen bestimmt hat, in Erwägung zu ziehen, um sich zu überzeugen, wo und in welcher Richtung die Preußen arbeiten, um uns unsere polnische Seele und unser polnisches Land wegzunehmen.

Die antipolnische Politik Preußens ist vor allen Dingen eine Agrarpolitik, deren Schärfe gegen das polnische Volk gerichtet ist. Möglichst viel Land erwerben, auf ihm möglichst viel Deutsche anzusiedeln, die Polen aus dem Lande vertreiben, unter sie Deutsche verpflanzen. Das ist die erste und hauptsächlichste Aufgabe der antipolnischen Politik Preußens. Im Jahre 1911 geben die Preußen 26 Millionen 950 000 Mark zwecks Aufkaufs des Landes im Großherzogtum und in Westpreußen aus

Die zweite Aufgabe der antipolnischen Politik Preußens ist das Morden des polnischen Geistes.

Jeder deutsche Beamte, welcher in den polnischen Landesteilen tätig ist, hat die Pflicht, das Deutschtum zu verbreiten, was sich im alltäglichen Leben als Vertreibung des Polentums und Peinigung der Polen darstellt. Um diese Beamten, wie Lehrer, Polizisten usw., zu dieser so unedlen Tätigkeit anzuapornen, hat man Reptilienfonds geschaffen, aus denen diejenigen belohnt werden, die sich in der Ausbreitung des Deutschtums am meisten auszeichnen, oder mit anderen Worten, die am tüchtigsten das Polentum ausrotten und die ihre Nationalität liebenden Polen peinigen. Im Jahre 1911 beabsichtigt die preussische Regierung für den Reptilienfonds 6 Millionen 154 000 M. auszugeben.....

Die Ostmarkenzulagen sind widerrufen. Derjenige Beamte, der am schärfsten gegen die Polen auftritt und in den verschiedenen hakatistischen Verbänden am meisten schreit, der bekommt die Ostmarkenzulage. Der ruhige und gerechte Beamte hat keine Hoffnung, diese Zulage zu erhalten.

Darin aber liegt der Kern der ganzen Sache, daß die Regierung, welche die Schreier und Talerpatrioten unterstützt, dadurch Erbitterung unter den gerechten und ruhigen Beamten hervorruft. Für diese Riesensummen lehrt die Regierung die Deutschen, die Polen zu hassen und die Grundsätze der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit von sich zu werfen. Dies muß mit der Zeit wie das Gift wirken, welches unmerklich aber sicher den Tod herbeiführt. In diesem Falle den moralischen Tod der deutschen Gesamtheit. Wir dagegen, die wir an Verfolgung und Unterdrückung gewöhnt sind, werden auch vor den größten Fonds keine Angst bekommen. Zwar ist es uns bekannt, daß diese Fonds uns hier und dort Lücken reißen, doch gleichzeitig sind wir davon überzeugt, daß auch fernerhin sich der moralische Wert unserer Gesamtheit heben wird, der uns die Gewähr dafür bietet, daß brutale Mittel der Übermacht und Gewalttätigkeiten uns nicht besiegen werden.

Aus Nr. 14 des Lech (Gnesen)
vom 18. Januar 1911:

Die polenfreßerische Politik im preussischen Etat.

Die Politik der Ausrottung des polnischen Elements in Preußen hat schon Hunderte von Millionen Mark verschlungen. Auch in dem diesjährigen Etat hat man nicht vergessen, neue Millionen zur Verdeutschung der Polen und alles dessen, was polnisch ist, auszuwerfen. In erster Reihe hat man

26 950 000 Mark

für die Zwecke der Ansiedelungskommission bestimmt, d. h. zur Vertreibung der Polen von ihren uralten, von ihren Vorfahren ererbten Sitten, und zur Ansiedelung fremder Ankömmlinge auf polnischer Erde, die die polnischen Landesteile in rein deutsche, urdeutsche umwandeln sollen!

Die Unterhaltung des ganzen großen Apparates der Ansiedelungskommission erfordert natürlich auch große Ausgaben und Kosten, deshalb sind in den Etat für 1911 zur Unterhaltung der Kommission auch

2 211 050 Mark

ausgeworfen. Man braucht nicht hinzuzufügen, daß die Beamten der Ansiedelungskommission vorzüglich bezollet werden und diese Stellen natürlich nur Personen zugänglich sind, die sich um die Verbreitung des Deutschtums in den polnischen Landesteilen wohl verdient gemacht haben.

Die Ansiedelungskommission allein reicht indessen nicht aus, um alle Polen gründlich auszurotten. Für den germanisatorischen Apparat hat man also alle Staatsbeamten engagiert. Wer von diesen sich um das Verdeutschung der Polen am meisten verdient macht, der erhält eine Belohnung, welche die ehrlichen Deutschen „Polenfreßerprämie“ nennen. Diese Belohnungen für Polenfreßerei bilden nicht eine ständige Einnahme des betreffenden Beamten, sondern sie sind zu jeder Zeit widerruflich. Gerade dieser ihr Charakter ist sehr gefährlich und demoralisierend, denn einerseits zwingt er den für Polenfreßerei Prämierten hinsichtlich der Verdeutschung und Verfolgung der Polen ständig alle Kräfte anzuspannen, andererseits züchtet er Spione, Denunzianten und schafft Korruption in hohem Maße. Trotz alledem sieht der neue Etat

**für den Reptilienfonds
6 154 000 Mark**

vor. Von diesen Geldern sind 1 660 000 Mark für Lehrer bestimmt, die am erfolgreichsten polnische Kinder verdeutschung, 700 000 Mark für Pflege der deutschen Schule in polnischen Landesteilen, 2 225 000 Mark zur Disposition der Regierungspräsidenten in Ostpreußen, Posen und des Regierungspräsidenten in Oppeln zur Verteilung unter jene, die am erfolgreichsten das Deutschtum verbreiten. Aus diesem Fonds erhalten germanisatorische Theater und Bibliotheken, polenfreßerische Blätter, wie z. B. das Posener Tageblatt usw., Subventionen. Für höhere Beamte, wie z. B. Richter usw., sind 135 000 Mark zur Erziehung ihrer Kinder bestimmt, schließlich 409 000 Mark für Verwaltungsbeamte für erfolgreiches Unterstützen des Deutschtums. Zusammen erreichen die Fonds zur Ausrottung des Polentums im neuen Etat die gewaltige Höhe von

35 315 050 Mark.

Natürlich kostet außer dieser Summe das Verdeutschung und Lutherisieren der polnischen Landesteile noch viel mehr. Es ist eine bekannte Sache, daß in unsern Landesteilen z. B. auch die Zwangserziehungsanstalten, wie z. B. die aufgehobene Anstalt in Mielsch, ferner Kleinkinderschulen, Theater (wie z. B. das Theater in Posen) usw. eine germanisatorische Mission erfüllen.

Es ist ferner eine bekannte Sache, daß man in den polnischen Landesteilen ein überaus großes Beamtenheer unterhält, um unsern Landesteilen einen deutschen Charakter zu verleihen und das deutsche Element zu stärken.

So erreichen also die alljährlich zur Ausrottung des polnischen Elements ausgeworfenen Gelder geradezu ungeheure Summen. Das Unrecht, das man den Polen antut, die doch alle Pflichten gegenüber dem Staate erfüllen und für die Größe Deutschlands Ströme von Blut vergossen haben, ist um so größer, als die Fonds zu ihrer Vernichtung aus Staatsfonds fließen, zu welchen sie zum Teil in Form von Steuern selbst beigetragen haben. Inzwischen ergibt die Wirtschaft des preussischen Staates immer schlimmere Resultate. Jedes Jahr schließt mit einem ungeheuren Defizit. Zum Bau von Wegen und Eisenbahnen, für allgemein-kulturelle Zwecke, zur Hebung der Landwirtschaft, für Zwecke der Aufklärung ist kein Geld vorhanden. Aber zur Unterhaltung des Beamtenheeres, das jeden Augenblick zur Polenfreßerei bereit ist, zum Heranziehen von Ansiedlern bis weit aus Ungarn und Rußland, fehlt niemals Geld, wenn man es auch unter der Erde hervorholen sollte, oder auch — aus dem Blut der Untertanen. Inzwischen trägt dieses berühmte „Werk der Kultur“ nur elende Früchte. Das polnische Element läßt sich nicht vernichten, es hat im Gegenteil in den letzten Jahren

bedeutende Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete und auf dem Gebiete der Aufklärung gemacht.

Verlieren wir deshalb auch fernerhin nicht die Hoffnung. Wenn über ein Jahrhundert hindurch ein Staat alle seine Kräfte angespannt hat, um uns auszurollen, und wenn diese seine Pläne Fiasco gemacht haben, dann ist dies der beste Beweis dafür, daß die polnische Nation unerschöpfliche Vorräte an Lebenskräften hat, und daß sie

„niemals aufhören wird
zu leben und zu existieren!“

Aus Nr. 16 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 20. Januar 1911:

Was war unsere Politik im Jahre 1910 wert?

Über dieses Thema haben wir in Nr. 1 dieses Jahrganges die Diskussion eröffnet, indem wir versicherten, daß wir alle Korrespondenzen der Reihe nach bringen würden, sogar solche, die eine völlig andere Anschauung als die unsrige vertreten.

Aus unserer Stadt schreibt man uns aus Arbeiterkreisen über dieses Thema nachstehenden Artikel, den wir ohne alle Randbemerkungen bringen:

„Wieder ist ein Jahr verflossen, ein Jahr, das für unsere Nation voller Erwartungen, voller Sorgen um unsere Zukunft, zugleich aber auch voller Begeisterung gewesen war, die unsere Herzen ergriffen hatte. Vorbereitet war unser wackeres Volk auf neues Unrecht seitens der angeblich kulturellen deutschen Nation, es stand also stets auf dem Posten, um jeden Augenblick zur Verteidigung seiner teuersten Schätze bereit zu sein. Und das Jahr ist verflossen und die preußische Regierung ist immer noch nicht imstande gewesen, uns zu entnationalisieren, oder mit ihrer antipolnischen Politik auch nur irgend welche sichtbaren Erfolge zu erzielen. Gott hat unser Volk vor dieser „Wohltat“ bewahrt. Wir sind auch fernerhin bereit, alles zu erdulden und zu ertragen, wenn wir nur den Geist nicht verlieren. Wenn sie auch unsern Körper zerreißen werden, unsere Ehre lassen wir nicht beflecken, und für unsere Schätze, unsere Religion, unsere Sprache, unsere nationale Würde werden wir bis zum letzten Atemzuge kämpfen. Wenn sie auch unsern Körper fesseln, so sind sie dennoch nicht imstande, unsere Gedanken und Gefühle zu entnationalisieren. Wir wissen doch, daß dies unsere heilige Pflicht ist. Und unser Volk kennt seine Pflicht, es fühlt und wird sich frei fühlen.“

Dennoch haben wir unter uns kleinmütige, dumme Leute, die das Ideal der Nation nicht kennen wollen, denen der eigene Wohlstand oder Feigheit den Weg weist. Solche Leute standen auch im verflossenen Jahre leider an der Spitze unserer Nation und befleckten häufig unsere nationale Ehre. Es waren dies Sklaven, die ein freies Leben nicht mehr verstehen, die es vorziehen, in demütigen, sklavischen Verbeugungen vor der ersten besten Macht das Empfinden eines freien Bürgers, eines freien Menschen und — wenn auch nur geistig — eines freien Polen aufzugeben.

„Vor deiner Tür, preußische Regierung, stehen wir Polen und warten auf das Öffnen derselben.“ Es hat sich ein Mensch gefunden, der sich nicht scheut, diese Worte im Namen der ganzen edlen polnischen Nation auszusprechen.

Wieder andere haben sich nicht geschämt, zu einem Fest zu gehen, welches zu besuchen ihr Stolz ihnen nicht hätte gestatten dürfen. Wir können es nicht begreifen, daß dorthin Leute gehen konnten, die unser Volk führen wollen, die der Ansicht sind, daß

sie allein hierzu berufen sind. Für solche „berufenen Führer“ danken wir herzlichst. In unserm Volke macht sich noch ein anderer Ehrgeiz, machen sich noch andere Begriffe von nationalen Bestrebungen und Bemühungen geltend.

Im vergangenen Jahre sind noch mehrere solcher traurigen Erscheinungen hervorgetreten. Scham ergreift uns, wenn wir daran denken. Wir wissen sehr gut, daß solche Sklaven des Geistes aus eigenem Antriebe, nicht im Auftrage unseres Volkes, gehandelt haben. Unser Volk wird sich aber die im vergangenen Jahre erhaltene Lehre zu Herzen nehmen und mehr als bisher darauf achten, daß unsere Führer nicht Leute werden, die weder an ihre persönliche noch an die nationale Würde denken. Und wenn das ganze Volk von dem Verständnis dafür durchdrungen sein wird, daß es seine Aufgabe ist, das Verhalten unserer Führer zu überwachen, daß es seine Aufgabe ist, nicht Personen zuzulassen, denen die Bemühungen der Nation, ihre Schmerzen und Leiden, gleichgültig sind, dann werden wir am Schlusse des Jahres bei der Abrechnung unserer politischen Errungenschaften nicht das Ergebnis unterschreiben brauchen: „Im verflossenen Jahre hat sich unsere Politik auf Abwegen befunden. Die Errungenschaften sind beinahe gleich Null. Dafür haben wir unsern Allerherzlichsten bewiesen, daß, wie in den schlimmsten Zeiten des freien Polens, so auch im verflossenen Jahre, unsere Politik nicht von nationalen, sondern von persönlichen Interessen geleitet wurde, auf deren Boden das Unkraut der Zankucht, der Feindschaft, des Streites, der Eifersucht und der Vergesslichkeit, was wir als Nation uns schuldig sind, üppig wucherte.“

Gervazy Sm.

Aus Nr. 18 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 22. Januar 1911:

„Eine Krisis in der polnischen Volksgemeinschaft.“

Bis vor kurzem beruhte die Methode des Haktismus darin, bei jeder sich bietenden Gelegenheit und oft auch ohne jeden Anlaß die Gefahr auszumalen, welche dem Deutschtum seitens des polnischen Elements angeblich drohe. Dieses Element — so verkündeten die haktistischen Organe in allen Tonarten — wachse wirtschaftlich an Kräften, es konsolidiere sich politisch und strebe beharrlich danach, sich vom Deutschen Reiche loszureißen. Da nun alle bisherigen Verfolgungsmittel, alle Ausnahmegeetze die wirtschaftliche und politische Entwicklung der polnischen Bevölkerung unter preußischer Herrschaft nicht aufzuhalten vermocht hätten, habe nach haktistischer Logik die Regierung zu energischeren und wirksameren Mitteln zu greifen.

Gegenwärtig tritt der vereidigte Ratgeber für polnische Angelegenheiten, der in letzter Zeit vielgenannte Professor der Berliner Universität, Herr Ludwig Bernhard, mit einer neuen haktistischen Theorie auf. Im Gegensatz zu denen, welche die Wirkungslosigkeit der gegenwärtigen antipolnischen Politik der preußischen Regierung predigen, erblickt er eine achtungswerte Wirkung dieser Politik, und diese Wirkung bildet die Krisis, die sich angeblich seit einer gewissen Zeit im Schoße der polnischen Volksgemeinschaft bemerkbar macht.

Der Hauptinhalt der Auslassungen des Professors Bernhard haben wir in der gestrigen Nummer wiedergegeben. An dieser Stelle können wir uns also darauf beschränken, die drei Punkte hervorzuheben, welche angeblich von dieser Krisis Zeugnis ablegen. Nach Ansicht des Herrn Bernhard beginnt also die Finanz-

organisation des polnischen Kreditystems zu schwanken, ferner machen sich politische Parteikonflikte bemerkbar, und schließlich treten Mißverständnisse auf kirchlichem Gebiet zutage. Wieviel ist an alledem wahr?

Ungeachtet eines gewissen Scheins der Gelehrsamkeit ist Professor Bernhard im Grunde genommen ein unverbesserlicher Phantast. Wie er vor einigen Jahren auf der Grundlage seiner kurzen Studien in Posen irgend eine mächtige „polnische Republik“ aufgebaut hat, die sich auf den Boden des Kredits stützte, so nimmt er heute schon in dieser Republik ernste Risse wahr, und er prophezeit ihren nahen Fall. Zum Glück bestehen diese Risse ausschließlich in seiner Einbildung, und wir können die Befürchtungen oder Hoffnungen des gelehrten Professors hinsichtlich der Gefahr, die angeblich unserm Kreditssystem droht, beruhigen. Dieses System ist auf starke und dauerhafte Grundlagen gestützt, und keine Projektentmacher werden es stürzen.

Anscheinend mehr Richtigkeit beruht in dem, was Herr Bernhard von der Zuspitzung der politischen Parteigegensätze sagt, aber nur scheinbar. Natürlich tauchen in einem lebenden gesellschaftlichen und nationalen Organismus politische Konflikte auf, denn sie müssen auftauchen. Sie haben dann und wann Formen angenommen, die auch wir tief bedauern. Diese Konflikte waren und werden aber aller Wahrscheinlichkeit nach niemals von der Art sein, daß sie unsere nationale Solidarität zertrümmern könnten. Ganz unsinnig ist aber die Behauptung des Prof. Bernhard, daß der polnische Adel seit anderthalb Jahren alle seine Kräfte anstrenge, alle seine Beziehungen ausnütze, um die preußische Regierung zum Inaugurieren einer Versöhnungspolitik geneigt zu machen.

Eine jeder realen Grundlage entbehrende Phantastie ist schließlich die Entdeckung des Prof. Bernhard betreffend den Antagonismus gegenüber der Kirche, der angeblich in der polnisch-demokratischen Bewegung und in den Vereinen der jungen Arbeiter erwache.

Die oben charakterisierten Ausführungen des Prof. Bernhard würden uns an sich nicht bewogen haben, diese Sache ausführlich zu erörtern. Als Symptom besitzen sie jedoch wesentlichere Bedeutung, bilden sie eine Tatsache, über die es nachzudenken gilt. In dem Verhältnis der preußischen leitenden Kreise zur polnischen Bevölkerung hat sich in letzter Zeit eigentlich nichts geändert. Der Kurs der antipolnischen Politik ist der gleiche wie früher. Auf jedem Gebiete des öffentlichen Lebens spüren wir die alten Hintanziehungen; Ausnahmegesetze lasten fortgesetzt auf unsern Schultern; sie knebeln die Freiheit unserer Bewegung, berauben uns der Fülle der bürgerlichen Gerechtsame und der politischen Gleichberechtigung. Schließlich hat erst kürzlich vor einigen Tagen einer der Minister von der Landtagstribüne herab erklärt, die preußische Regierung denke an keine Änderungen der bisherigen Ostmarkenpolitik.

Und dennoch erwacht seit einer gewissen Zeit im hakatistischen Lager eine deutliche Unruhe, eine Befürchtung, daß in der antipolnischen Politik mehr oder weniger eine prinzipielle Änderung eintreten könnte. Um dieser Möglichkeit von vorn herein vorzubeugen, alarmieren die Hakatisten auf jede Weise die deutsche öffentliche Meinung. Die Einen schrecken sie mit dem angeblich riesigen und für das Deutschtum bedrohlichen Anwachsen des polnischen Elements; andere, wie Prof. Bernhard, verkünden schon segensreiche Folgen der antipolnischen Politik, die in der angeblich nahen Zerfetzung der polnischen Volksgemeinschaft zutage treten.

Bisher fehlt es an jedweden konkreten Tatsachen, welche diesen Alarm rechtfertigten. Wir werden jedenfalls die weitere Entwicklung der Tatsachen mit Ruhe

abwarten. Wir schätzen keineswegs die Niederlagen aller Art gering, welche das seitens der preußischen Regierung der polnischen Bevölkerung gegenüber angewandte System auf uns herabzieht. Wir wissen auch die Vorteile zu schätzen, welche uns eine Verminderung des gegenwärtigen Drucks ohne die geringste Einbuße für die Sicherheit und Macht des Deutschen Reiches mit sich bringen würde. Schließlich aber wissen wir, daß unser Los weniger von irgendwelchen äußeren Faktoren, und von den oder jenen Strömungen der preußischen inneren Politik abhängt, als von uns selbst, von unsrer Besonnenheit, Solidarität und Ausdauer in der Verteidigung unserer Nationalität.

Schließlich nochmals auf Herrn Bernhard zurückkommend, bemerken wir, daß die polnische Volksgemeinschaft ihm in gewissem Grade Dank schuldet für seine neuen Auslassungen. Er hat doch die Karten des Hakatismus aufgedeckt, aufgeklärt, worauf unsere Feinde rechnen und wo sie die schwachen Punkte unsrer Politik erblicken. Diese bedrohten Punkte haben wir auf jede Weise zu stärken und eifrig daran zu arbeiten, daß sich die Hoffnungen unsrer vor allem auf unsre Uneinigkeit spekulierenden Feinde nicht verwirklichen.

Aus Nr. 18 des Wielkopolanin (Posen)
vom 22. Januar 1911:

Jahresbericht des polnischen Lehrerinnenheims.

Am 12. Januar d. Js. fand in der „Czytelnia dla Kobiety“ in Posen die Generalversammlung des polnischen Lehrerinnenheims bei geringer Beteiligung der Vereinsmitglieder statt. Frau Brezina aus Wienkowitz eröffnete die Versammlung, dann verlas die Schriftführerin den Jahresbericht, die Bureauleiterin und Schatzmeisterin Anna Przybyłowska den Kassenbericht und den Bericht des Vermittlungsbureaus. Die Bank- und Kassenbücher prüfte Franziska Potworowska aus Gola und erteilte unsrer Kassiererin Anna Przybyłowska Entlastung. Weil uns oft vorgeworfen wird, daß wir zu wenig arbeiten und die Lehrerinnen die Früchte unsrer Arbeit nicht fühlen, beschloß wir, dem Jahresbericht einen Bericht über die zehnjährige Tätigkeit des polnischen Lehrerinnenheims folgen zu lassen.

Das polnische Lehrerinnenheim erlitt durch den Tod des Vorstandsmitglieds Grafen Engeström, der unsere Versammlungen fleißig besuchte und uns mit Rat und Tat immer zur Seite gestanden hat, einen herben Verlust.

Im verflossenen Jahre hielten wir drei Versammlungen ab. In allen diesen Versammlungen wurde die Frage der Eröffnung des Heims angeschnitten. Leider erwiesen sich unsere bisherigen Einnahmen als zu klein, um ein solches Werk beginnen zu können. Nach Berechnung unseres Vermögens gelangten wir zu der Überzeugung, daß, falls wir ein ständiges Lehrerinnenheim eröffnen wollten, wir vielen Lehrerinnen, die einer kleinen, aber ständigen jährlichen Unterstützung bedürfen, diese verweigern müßten. Weil wir jedoch mit Rücksicht auf die Bedeutung des Lehrerinnenheims öfter als früher größere Geldbeträge erhalten, nähern wir uns zweifelsohne unserem Ziel, nämlich der Eröffnung eines ständigen Lehrerinnenheims. Wir haben gegenwärtig 40 000 Mark in bar. Um aber ein ständiges Lehrerinnenheim gründen zu können, sind 100 000 Mark erforderlich — erst mit dieser Summe können wir es wagen, ein Lehrerinnenheim zu eröffnen. Mit Genugtuung stellen wir fest,

daß Lehrerinnen, die unsere Arbeit würdigen können, sich nicht nur als Mitglieder melden, sondern auch ihr schwer erworbenes und erspartes Geld unserm Verein überweisen, um uns die Verwirklichung unseres Hauptzieles, d. h. die Eröffnung eines ständigen Lehrerinnenheims zu ermöglichen.

Weil die Zimmer für die durchreisenden Lehrerinnen nicht mehr ausreichten, beschlossen wir von der Frau Przybyłowski noch welche hinzu zumieten. Jetzt haben wir drei Zimmer zur Disposition.

Im verflossenen Jahre war das Zimmer für durchreisende Lehrerinnen 279 Tage besetzt. Dieses brachte 538,50 Mark ein. Weil die Unterhaltung der Gäste, die Beleuchtung, Beheizung, Wäsche und Miete 495,50 Mark betrug, blieben 43 Mark als Reingewinn übrig.

Unser Vermittlungsbureau vermittelte im ganzen 49 Stellen u. zw.: 30 für polnische Lehrerinnen, 5 für polnische Kindergärtnerinnen, 14 für Ausländerinnen. Die Einnahme daraus betrug 1088 Mark, davon gingen für Porto 86 Mark ab; es flossen in die Kasse des polnischen Lehrerinnenheims 1002 Mark. Das im Jahre 1910 gegründete Rechtshilfsbureau wurde bisher von keiner Lehrerin in Anspruch genommen.

Rassenzusammenstellung

vom 1. Januar 1910 bis 1. Januar 1911.

Einnahmen.

Remanent.....	32 376,44 Mk.
Einnahmen aus einem Konzert.....	1 211,00 "
Außerordentliche Beiträge.....	210,00 "
Mitgliedsbeiträge.....	892,50 "
Einnahme aus dem Bureau.....	1 002,00 "
Einnahme aus dem Zimmer.....	538,50 "
Zinsen von den in der Bank der Erwerbsgenossenschaft hinterlegten Wertpapieren.....	1 671,45 "
	37 901,89 Mk.

Ausgaben.

Monatliche Beihilfe an 17 Lehrerinnen	2 485,00 Mk.
Einmalige Beihilfe an 3 Lehrerinnen	181,00 "
Miete u. Instandhaltung des Zimmers	495,50 "
Konzertkosten.....	267,55 "
Miete für den Saal zur Generalvers.	49,00 "
Annoncen.....	42,00 "
Schreibmaterialien.....	15,45 "
Botenlohn.....	14,45 "
Porto.....	2,50 "
In der Kasse zur Auszahlung verblieben	212,35 "
	3 719,80 Mk.
Einnahmen.....	37 901,89 Mk.
Ausgaben.....	3 719,80 "
	34 182,09 Mk.

In den 10 Jahren seines Bestehens hat der Verein an ständigen Unterstützungen 12 463 Mk. und an einmaligen 842 Mk. ausgezahlt, und an 285 polnischen Lehrerinnen, 48 Erzieherinnen und 76 Ausländerinnen Stellen vermittelt. Das Stellenvermittlungsbureau brachte während der Zeit 6469 Mk. ein.

Sophie Brezina, Vorsitzende.

Marie Halina Lebinska, Schriftführerin.

Aus Nr. 3 des Robotnik (Posen)

vom 22. Januar 1911:

Unter der Spitzmarke:

Sozialisten und die Jugend

schreibt der „Robotnik“ u. a. folgendes:

In unseren Vereinen ist unsere Jugend doch so wenig vertreten! Die Jahresberichte,

die jetzt veröffentlicht werden, beweisen, daß die älteren Mitglieder, die Eltern, die wichtige Pflicht der Arbeit über den so sehr bedrohten eigenen Kindern noch nicht verstehen. Führen wir unsere Jugend zu uns, wo wir nur irgend können. Schaffen wir in unseren Vereinen besondere Abteilungen für die Jugend. Wir werden bei Gelegenheit über derartige Abteilungen einen besonderen Artikel schreiben, denn es bestehen solche bereits hier und da in unseren Vereinen, und die entwickeln sich auch sehr gut.

Wir machen auch darauf aufmerksam, daß wir eine sehr schöne und billige Zeitung für unsere Jugend haben, sie heißt Przyjaciel Młodzieży (Jugendfreund) und erscheint in Ostrowo unter der Redaktion des Geistlichen Stanislaus Grzenda, des Generalsekretärs des Verbandes der erwerbstätigen Frauen. Das Abonnementsgeld beträgt jährlich 1,20 Mk. für 12 Nummern. Wir empfehlen dieses Blatt den Eltern für die heranwachsenden Kinder. Vielleicht würden die Vereine aus ihrer Kasse mehrere Exemplare für ihre jungen Mitglieder bezahlen.

Wir dürfen bei der Arbeit um unsere Jugend weder Mühe noch Ausgaben scheuen. Sehen wir zu, was die Sozialdemokraten machen, und lernen wir von ihnen agitieren. Diese wollen allerdings aufwiegeln und vernichten, wir aber wollen durch unsere Arbeit nur unserer lieben Jugend alles das erhalten, was uns teuer und heilig ist.

Aus Nr. 18 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 22. Januar 1911:

Brüder! Der Jahrestag!

48 Jahre sind am 22. Januar seit dem Augenblick verflossen, in welchem sich die polnische Waffe zum letzten Male gegen die Eindringlinge erhob. Die verzweifelte polnische Nation, in die Fesseln der Übermacht geschmiedet, in den Gefängnissen gemartert, in die sibirischen Bergwerke verschickt, stöhnte und zog nicht des Sieges wegen in den Kampf, sondern um den Tod zu suchen. Neun Monate kämpfte unsere Nation mit der Übermacht, neun Monate floß das Heldenblut „für eure und unsere Freiheit“, bis sich schließlich das Land mit Galgen bedeckte, an welchen die letzten Söhne unseres Vaterlandes hingen und dieses sich in einen großen Kirchhof der nationalen Freiheit verwandelte.

Heute begehen wir wieder den Jahrestag jener traurigen nationalen Tragödie. Möge das Beispiel jener, „die mit entblößter Brust den Bajonetten entgegen gingen“, die höher als Bequemlichkeit, Überfluß, Ruhe und Ehren die Würde und Freiheit der polnischen Nation schätzten, uns zu um so größerer Liebe für unsere nationale Vergangenheit erwärmen, zu um so größerer Anspannung der Kräfte bei der Verteidigung des Polentums, der Häuser, der Familie und des Geistes.

Und wenn wir heute an die Helden des Januaraufstandes denken, dann erweisen wir ihnen die verdiente Ehre.

Aus Nr. 19 des Lech (Gnesen)
vom 24. Januar 1911:

Zum Januar-Jahrestage.

48 Jahre sind seit dem Augenblick vergangen, in welchem die polnische Nation zum letzten Mal die bewaffnete Hand gegen den ihn tretenden Tyrannen erhoben hat. Es war dies ein wahnsinniger, hoffnungsloser Plan, aber so heldenhaft und heilig, daß er, wenn auch nur dieses eine Blatt der Geschichte der polnischen

Nation beschrieben sein würde, genügen würde, um das Andenken an ihn zu einem unsterblichen zu machen. Die heutige Generation kann nur schwer in vollem Umfange die ungeheure Begeisterung begreifen, welche die Blüte unserer Jugend in der eiskalten Nacht vom 21. zum 22. Januar aus den Städten und Dörfern, zum bedeutenden Teil direkt von den Schulbänken in die mit Schnee bedeckten Einöden und Wälder zu neuem Todeskampfe mit dem Feinde trieb. Mit Stöcken und Senfen, mit schlechten Jagdgewehren gingen diese Reihen edler Begeisterter den Bajonetten der zarischen Soldaten entgegen, ohne danach zu fragen, ob diesem wahnsinnigen Kampfe auch nur ein Fünkchen der Hoffnung auf Sieg voranleuchte. Tausende haben mit ihrem Blute und mit ihrem jungen Leben diese heilige Begeisterung bezahlt. Tausende sind am Galgen gestorben, in den unterirdischen sibirischen Bergwerken, Tausende mußten den Rest ihres Lebens fern von der Heimat verbringen, mußten aus Sehnsucht nach dem Vaterlande dahinsinken und sterben.

Aber wenn auch das Blut in Strömen floß und das ganze Land überschwemmte, wenn auch die ganze ungeheure Anstrengung der Nation mit einer neuen Niederlage endete, so hatte dennoch die Nation nicht umsonst das Beste, was sie besaß, auf dem Altare der Freiheit niedergelegt. Aus der Saat von Blut und Tränen, auf den Grabhügeln der gefallenen Helden begann neues Leben zu sprießen, es begannen neue Gedanken, Bestrebungen und Strömungen zu entstehen, die vielleicht anders beschaffen als die früheren waren, jedoch ebenso kräftig und edel, weil sie sich auf den unerschütterlichen Glauben an eine bessere Zukunft der Nation stützten. So wurde der Januaraufstand, wenn er auch nicht die Befreiung der Nation aus den Ketten der Sklaverei herbeiführte, dennoch zum Fundament ihrer Wiedergeburt. Auf den Schlachtfeldern, in dem Hagel der Geschosse, unter dem Stöhnen der Verwundeten und Sterbenden kam die Erleuchtung über uns, daß die Zukunft der Nation nicht mit dem Schwerte in der Hand aufgebaut werden darf, sondern von unten herauf, indem möglichst breite Massen der Volksgeamtheit zur Arbeit an ihrer Wiedergeburt berufen werden.

Wer also heute den Stein der Verdammung auf die heldenhafte Anstrengung im Jahre 1863 wirft, der ladet auf sein Gewissen eine schwere Sünde gegenüber den edelsten Söhnen der Nation, die über alles, mehr als ihr Leben, ihre Gottheit liebten, das Vaterland und seine Freiheit.

Mögen sich unsere Gedanken und Empfindungen heute mit Dankbarkeit und Bewunderung zu jener großen Schar von Helden und Märtyrern des Januaraufstandes wenden. Mit Bewunderung für ihre Begeisterung und Aufopferung, mit Dankbarkeit dafür, daß sie die von den Vätern rein erhaltene nationale Standarte den folgenden Generationen rein und unbefleckt überwiesen haben.

Heute verlangt unsere Sache nicht geringere Begeisterung und Aufopferung, aber wir haben heute nicht mehr mit den Waffen in der Hand zu fallen, sondern zu leben und zu siegen.

Aus Nr. 16 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. Januar 1911:

In einem Artikel, betitelt die

Stadtschuldeputation von Posen,

führt der Verfasser zunächst die gesetzlichen Bestimmungen an, auf denen diese Einrichtung beruht, und dann schreibt er:

... „Jetzt müssen wir darlegen, ob die in der Posener Stadtschuldeputation herrschenden Verhältnisse den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.“

Unter den 15 Mitgliedern der Deputation gibt es keinen einzigen Vertreter der katholischen Geistlichkeit. Der Ministerialerlaß vom 17. Juni 1864, der die konfessionellen Verhältnisse der Schule im Auge hat, sagt aber: „Unter den Mitgliedern der Schuldeputation muß sich mindestens ein Geistlicher befinden.“

Im Jahre 1873 repräsentierte in der Schuldeputation die katholische Geistlichkeit der Domherr Brzezinski. Wegen der Umwandlung der konfessionellen Simultanschulen wurden die Geistlichen überhaupt aus der Schuldeputation beseitigt. Da jedoch unter den Schülern der Posener Gemeindeschulen in konfessioneller Hinsicht die Katholiken überwiegen, indem unter den 21000 Schülern $\frac{3}{4}$ Katholiken sind, so sollte auch in der Stadtschuldeputation das katholische Element überwiegen.

Verlangt wird das im § 3 der Instruktion vom 26. Juni 1811, welcher wie folgt lautet: „In Städten, wo es Schulen verschiedener Konfessionen gibt, welche alle städtischen Patronats sind, ist bei der Zusammensetzung der Schuldeputation hierauf Rücksicht zu nehmen und das gehörige Verhältnis zu beobachten.“

Bei der Zusammensetzung der Posener Schuldeputation wurde diese Forderung unberücksichtigt gelassen. Die Hauptschuld hierfür trifft den Magistrat. Gehörte es sich angesichts dessen, daß Posen unter 156 696 Einwohnern am 1. Dezember des Vorjahres 89 428 Polen zählte, nicht dafür zu sorgen, daß in der Schuldeputation eine ansehnlichere Zahl Polen sitzen?

Die Zusammensetzung der Schuldeputation und die im hiesigen Magistrat herrschenden antikatholischen und antipolnischen Tendenzen bewirkten, daß an den Posener Simultanschulen unter Benachteiligung der Katholiken 115 evangelische Lehrer und 6 evangelische Direktoren über das Bedürfnis hinaus vorhanden sind, sodaß die katholische Jugend unter überwiegend protestantischem Einfluß steht. Derselben Einflüsse bewirkten, daß an den Posener Volksschulen unter Benachteiligung der polnischen Schüler Lehrer angestellt zu werden pflegen, welche die polnische Sprache nicht kennen. Auf den Posener Magistrat und die Schuldeputation fällt also die Schuld dafür, daß die polnische Jugend in den Posener Simultanschulen nicht die gehörigen Fortschritte macht und daß sie in moralischer Beziehung verkümmert.

Aus Nr. 1 der Straż (Posen)
vom Januar 1911:

Die Hauptorgane der Straż.

Die ganze Straż-Organisation wird von dem Beirat geleitet, an dessen Spitze der Vorstand steht. Der Vorstand erledigt die Verwaltungsangelegenheiten und entscheidet selbständig über Sachen von geringfügiger Bedeutung. Dem ganzen Beirat unterliegen Fragen von größerer Bedeutung, vor allem die Leitung der „Straż“. Die Tätigkeit des Beirats und des Vorstandes unterliegen der Kritik der Generalversammlung der Delegierten der Orts-Straż-Vereine.

Dem Beirat und dem Vorstand ist das Straż-Bureau unmittelbar untergeordnet. Ohne dieses Bureau würde man sich heute das Gelingen mancher nationalen Angelegenheit, die in den letzten Jahren durchgeführt worden ist, kaum noch vorstellen können. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das Bureau nicht nur die rechte Hand der Straż, sondern in vielen nationalen Angelegenheiten auch ein Hilfsorgan der ganzen Gesamtheit ist.

Außerdem bestehen Ausschüsse. Der **wirtschaftliche Ausschuß**, der keine sehr glückliche Hand gehabt hat, hat sich **aufgelöst**; übrigens erfüllen seine früheren Aufgaben heute andere Organisationen mit wirtschaftlichen Zielen.

Der **Rechtsausschuß** erfüllt seine Pflichten, die heute zweifellos unvergleichlich geringer sind, als zu Zeiten des Schulstreiks. Der Ausschuß führt diejenigen Prozesse durch, die von allgemeiner nationaler Bedeutung sind.

Der **Aufklärungsausschuß** ist heute der wirkliche Kern der Strasz. Durch die Sympathie, derer er sich in patriotischen Kreisen erfreut, ist es ihm gelungen heut über einen auf das gewissenhafteste verwalteten Fonds von 40000 Mark zu verfügen. Der Aufklärungsausschuß arbeitet ohne Unterbrechung in der Weise, daß er möglichst wenig nach außen auftritt. Er befaßt sich vornehmlich mit solchen nationalen Aufklärungsangelegenheiten, die im Interesse der nationalen Sache liegen; von dem Aufklärungsausschuß brauchte nur die Initiative auszugehen oder die Arbeit in Angriff genommen zu werden, deren gänzliche Ausführung in den Händen breiterer Kreise der Gesamtheit ruhte. Wir wollen nur auf ein Beispiel hinweisen: auf die großen nationalen Feiern, wie die **Slowacki**, **Chopin**- und **Grunwaldfeier**. In allen diesen Fällen hat der Aufklärungsausschuß die Aktion begonnen und die Organisation der Komitees veranlaßt, denen er beigetreten ist; und er hat fast immer den Löwenanteil der Arbeit geleistet, wenn auch nicht unter seiner Firma. Wer das Slowackijahr — das Niveau und den Umfang der Feier — mit der Feier des hundertsten Geburtstages Mickiewicz vergleicht, der wird zugeben müssen, daß die Arbeiten und Bestrebungen des Aufklärungsausschusses nicht umsonst gewesen sind, sondern daß sie für die Gesamtheit mit erheblichen Nutzen verbunden gewesen waren.

Diesen Weg ehrlicher Arbeit wird der Aufklärungsausschuß auch weiter verfolgen.

Aber auch die ganze Organisation soll vorwärts schreiten. Wir suchen fortwährend nach Wegen, welche die Arbeit der Strasz vorwärts und auf eine breitere Bahn bringen sollen. Zu diesem Zweck gehen wir gegenwärtig an die Herausgabe einer Monatschrift heran.

Aus Nr. 15 des Postep (Posen)
vom 19. Januar 1911:

Über unser Theater

wird uns aus der Stadt geschrieben:

Wir bedauern allgemein auf unserer Bühne den Verfall des Dramas und der Komödie; es gefällt uns nicht, daß bei uns die Operette Alleinherrscherin geworden ist. Aber — bei Gott — wir haben keinen Grund zur Klage, und vor allen Dingen haben dazu unsere Zeitungen keine Veranlassung, denn sie selbst haben dazu beigetragen, daß es so geworden ist. Diese Behauptung wird vielleicht in den Augen der Herren Redakteure als feck gelten, sie ist jedoch nicht ohne Grundlage!

Unsere Direktion kann mit der literarischen Kommission ein Stück wählen, welches sie will — keines wird in den Augen unserer Kenner-Redakteure Gnade finden — und doch haben letztere Einfluß auf die Entscheidungen jener Kommission. Möge man ein Stück geben, welches man wolle, nach jeder Premiere kann man in den Zeitungen folgende Sahanwendungen finden:

„Die Direktion zeigte bei der Wahl des Stückes keine glückliche Hand“ — „sie berücksichtigte nicht das intellektuelle und künstlerische Niveau unseres Publikums — sie hätte, als sie eine Sache von so geringem künstlerischem Werte gab, damit rechnen sollen, daß wir doch Leute von einem verwöhnten, künstlerischen Geschmack und einem erprobten, kritischen Sinn besitzen“ . . . und andere ähnliche — Verzeihung — Ungereimtheiten.

Nehmen wir z. B. die neue Premiere „Sokol“. Zuerst bekam von fast allen Zeitungen der Verfasser sein Teil und dann das Stück selbst, nicht minder die Direktion, Regie und die Schauspieler. So finden wir im Kurjer Poznański folgenden Satz:

„Das am Sonnabend gegebene Stück ist im Preisausschreiben des Namens Julius Slowacki in Warschau mit dem ersten Preis bedacht worden. Diese Tatsache muß von vornherein gewisse Bedenken erregen . . .“

„Dort, wo eine vielköpfige mehr oder minder zufällig gewählte Jury entscheidet, ist es schwer, ein befriedigendes Resultat zu erlangen, auch wenn man die berühmtesten Männer als Richter berufen hätte.“

„Eines scheint mir jedoch sicher zu sein, nämlich das, daß der Geist Julius Slowackis, unter dessen Patronat das Preisausschreiben stattgefunden hat, über das Resultat dieses „Turniers“ nicht besonders entzückt gewesen sein wird.“

Also, wo eine vielköpfige Jury entschieden hat — auch wenn sie von den berühmtesten Männern gebildet worden wäre — erregt ein solches Urteil „schwerwiegende Bedenken“ und der Geist Julius' kann über das Resultat dieses Turniers nicht entzückt sein.“ — Indes soll das dem Publikum aufgebürdete Urteil eines Redakteurs, auch wenn er der beste Kenner und Kritiker wäre, hingenommen werden und ist der Meinung des Rezensenten nach — sichtlich am Plage.

Es wird mir vielleicht jemand einwenden, daß von einem Aufbürden nicht die Rede sein könne und daß das Urteil des Rezensenten für das Publikum nicht maßgebend zu sein brauche. Es braucht nicht zu sein — es ist aber in der Tat maßgebend. Leider ist dieses so und es schadet — wie wir sehen — bei uns sogar dem Theater selbst nicht wenig. Aber heute ist es überall so, was uns unser „Reibblatt“ schreibt, das unterschreiben und darauf schwören wir.

Daß dem leider so ist, beweist folgendes Beispiel: Es war im Theater gerade bei der Premiere des „Sokol“. Nach dem zweiten Akt kommt aus einer rechten Parterrelloge ein Arzt oder Rechtsanwalt, auf alle Fälle ein „Intelligent“. „Ein vorzügliches Stück ohne Frage“ höre ich, wie er zu einem Bekannten sagt. Indes tritt einer der Rezensenten hinzu und stöhnt — „Ach, es ist zum Heulen!“ „Solche Albernheiten soll sich der Mensch nun ansehen — wie kann man nur solche Stücke geben!“ Unser Intelligent blickt den Sprecher an und protestiert mit unsicherer Stimme. „Was, Sie loben noch dieses armselige Stück?“ schilt ihn der Herr Kritiker-Kenner. „Nicht nur das Stück ist armselig, sondern auch das Spielen der Schauspieler ist unmöglich und unverzeihlich. Wie kann man nur das Publikum solcher Tortur aussetzen!“

Dieser sagte noch etwas, jener warf noch einige Worte hinzu — und ehe sie die Treppe heruntergestiegen sind, waren beide darüber einig, daß es sich nicht lohnte, zu kommen!

Es gibt, Gott sei Dank, noch andere Leute, die, sei es, nicht mit den Herren Rezensenten zusammenkommen, sei es, noch den Mut besitzen, auch in Gegenwart der „Sachverständigen“ ihre Meinung zu sagen. Ich hörte viele Parkett- und auch Logenbesucher sagen, daß ihnen das „fabelhafte“ Stück sehr gefallen habe.

Ich will mich durch den Vorwand, daß „solche Leute“ alles „fabelhaft“ finden, nicht einschüchtern lassen. Im Gegenteil! Auch wir wissen es, was gut ist, und gerade die einfachen Menschen (zu denen auch ich mich zähle) haben in künstlerischer Hinsicht einen Sinn, der es ihnen erlaubt, zu fühlen, was gut oder schlecht ist. Sie geben manchmal ihrer Befriedigung einen elementaren Ausdruck durch Klatschen und Trampeln — ihren Widerwillen bekunden sie — was nicht schön ist — durch Pfeifen. Dies ist jedoch der Beweis dafür, daß das Volk ein eigenes und meistens zutreffendes Urteil besitzt.

Für diejenigen, die mit dem „Sokol“ zufrieden waren, ja sich über ihn entzückten, führe ich weitere interessante Sätze aus den Rezensionen hiesiger Blätter an. So schreibt der Rezensent des „Kurjer“ weiter:

„Herr Grabowski schrieb eine „heroische Komödie aus der Zeit der polnischen Renaissance“. Ein zweifellos lobenswertes, eines polnischen Shakespeare würdiges Vorhaben. Leider ist Herr Grabowski kein Shakespeare. Ja, er reicht nicht einmal an Herrn Kossak heran, der in seinem „Cyrano de Bergerac“ eine heroische französische Komödie schuf. Um wie viel schwächer ist das Stück des Herrn Grabowski! Es gibt zwar dort eine ganze Reihe schöner Bilder, es fehlen auch nicht einige gelungene szenische Momente, aber das Ganze ist so schwach, jeglicher komischen Handlung im wahren Sinne des Wortes bar — so arm an neuen Einfällen, daß es den Namen einer heroischen Komödie keinesfalls verdient.

Vor allen Dingen fällt beim Verfasser das Fehlen jeglichen historischen Sinnes auf. Im „Sokol“ gibt es kein Quentchen eines wirklichen historischen Elements, alles ist nur äußerliche Staffage. Keiner kann aus dem Stücke ersehen, wie die polnische Renaissance in Wirklichkeit war. Und schon eine wirkliche Maskerade war jener Hof des polnischen Prinzen im letzten Bild. Die einzige phantasievolle und humorvolle Szene ist das Zusammentreffen des Junkers mit den drei Ritter-Sbirren.“

Direkt großartig klingt der letzte Satz dieser Rezension: „Schließlich — trotz aller Vorbehalte — ist die Sache sehenswert und sie wird besonders für das breitere Publikum zweifelsohne eine Attraktion bilden.“

Wißt Ihr was, ihr Leute, das ist schon ein wirkliches Toppfen des Publikums! Also die Sache ist nichts wert und armselig, außer einer Szene, der Verfasser ist nicht wert, einem Kossak die Schuhriemen zu lösen — aber für das breitere Publikum wird das Stück eine Attraktion werden!! Denkt ihr vielleicht, ihr Herren, daß das breitere Publikum, welches diese Rezensionen liest, (und es hat sie gelesen, denn im Dredownik war dasselbe, wenigstens dem Sinne nach zu lesen!) noch Lust verspürt, dies Jammerstück zu sehen! Was anders das Premierenpublikum; dieses wird beim Lesen solcher Rezensionen mit den Achseln zucken und diejenigen bedauern, deren Lehrer in künstlerischen Sachen der Rezensent ist. Und das will ein Blatt sein, welches sich zum Ziel gesetzt hat, „das künstlerische und kulturelle Niveau unseres rückständigen Landesteils zu heben.“

Doch nicht nur dem Kurjer allein gelten meine und des breiteren Publikums Vorwürfe. Im „Dziennik“ und „Goniec“, sogar im „Więkopolanin“ findet man oft oder immer solche Tiraden. Das letzte Blatt bekam vom Verfasser des „Moja Pani“ (Meine Wirtschafterin) mit Recht eins auf die Klappe.

Der „Dziennik“ schreibt mehr vom Spiel und den schwachen Seiten der Spielleitung — aber auch darin war das Publikum anderer Meinung.

Andere Zeitungen habe ich momentan nicht zur Hand; soviel weiß ich nur, daß alle Zeitungen von Hand zu Hand kursierten und alle über die Art solcher Behandlung der für uns so wichtigen Sache empört waren.

„Der Kampf der Frauen“, welches Stück direkt künstlerisch gespielt wurde — wie man allgemein erzählten hörte, fand im „Goniec“ eine solche Anerkennung:

„In der Sonnabendpremiere „Der Kampf der Frauen“ war allgemein wenig französische Leichtigkeit und Anmut, die das Spiel erfordert, vorhanden. Damit wollen wir keinesfalls sagen, als ob unsere Schauspieler nicht besser spielen könnten, sondern daß sie sich in die einzelnen Rollen zu wenig eingelebt haben. Dabei wurden einige französische Ausdrücke, die in dem Stücke vorkommen, schrecklich ausgesprochen.“

Die zuletzt angeführten Beispiele sind noch nicht die schlimmsten. Heute habe ich die früheren Rezensionen nicht mehr zur Hand; schade darum, denn es würden sich noch einige sehr charakteristische darunter finden.

Eine solche Behandlung der Angelegenheit verleidet den Menschen den Theaterbesuch überhaupt; einige, die schwächeren Geistes sind, gehen ins deutsche Theater, wofür sie wiederum von denselben Zeitungen verdammt werden, die durch ihre manchmal grundlose, auf jeden Fall zu scharfe Kritik diese Leute ins deutsche Theater treiben.

Zu Rygers Zeiten war das Theater nicht gut! Unter Selewicz soll es auch nicht besser sein! Man sagt, Selewicz habe durch seine Operetten alles verdorben! Das ist nicht wahr! Nichts hat er verdorben, es kann eines neben dem andern sehr gut existieren —, aber ihr habt den Geschmack des Publikums verdorben; durch eure Kritiken habt ihr den kritischen Sinn und die Beobachtungsgabe unterdrückt und in unsere Seelen Voreingenommenheit gesät. Wer, der solche Kritiken immer liest, hat noch Lust, ins Theater zu gehen, um sich dort zu langweilen oder zu ärgern?!!

Heute wird eventuell — noch unter Vorbehalt — Przybylski, Ibsen (dessen Stücke nach der Meinung unserer Überkritiker von unseren Schauspielern schlecht gespielt werden, obwohl wir solche Künstler wie Junosz und Sokolicz hatten, die verärgert unsere Bühne verlassen haben!), Wilde usw. gelobt, der Rest ist keinen roten Pfennig wert.

Lassen wir doch lieber alles in Ruhe! Wozu Aufrufe in die Zeitungen setzen, wozu von seiten der Redaktionen zu Sammlungen und zu Deklarationen auffordern?! Diese Deklarationen und Assignationen wären vollständig überflüssig, wenn man nicht so übertrieben kritisiert und das Publikum vom Theaterbesuch abschrecken würde. Eure Worte klingen anders — und eure Taten sind anders. — Wozu Beiträge sammeln wenn dieses Theater nichts Vernünftiges bietet und keine Zeitung, also sozusagen das Publikum, dessen Organ die Zeitungen sind, befriedigen kann?!

Macht nur so weiter, und ihr werdet sehen, wohin wir gelangen. Wir selber werden die Existenz unseres Theaters untergraben und die Leute ins deutsche Theater treiben. Videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica! Möge sich derjenige, den dies betrifft, in acht nehmen, damit der Erfolg nicht ein anderer wird, als er ihn sich vielleicht wünscht!

Inferior.

Aus Nr. 2 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 15. Januar 1911:

Die polnischen Kaufleute und die Korrespondenz.

In unserer Presse wurde schon so oft der Gedanke berührt, mit unserem schwer verdienten Geld nicht die deutschen und jüdischen Industriellen und Kaufleute, welche bei unserer Boykottierung gern die polnische Kaufmannschaft gänzlich vernichten möchten, zu bereichern. Die polnische Presse hat oft genug ermahnt und ermahnt heute noch, daß die polnischen selbständigen Kaufleute, wenn sie gezwungen sind, ihre Waren aus den deutschen Engrosgeschäften oder Fabriken zu beziehen, wenigstens mit den entsprechenden deutschen Firmen in polnischer Sprache korrespondieren möchten, damit die Firmen gezwungen werden, für das polnische Geld wenigstens polnische Korrespondenzen zu unterhalten. Aber die polnischen Kaufleute achten garnicht auf die Ermahnungen der Presse und der interessierenden Gehilfen, sie korrespondieren grundsätzlich mit den deutschen Handelshäusern nur in der deutschen Sprache und so mancher will von der Einführung der polnischen Korrespondenz garnichts hören. Ihren Landsleuten zuzurufen „Jeder zu den Seinen“, das verstehen sie, aber sie denken nicht daran, daß das polnische Geld, welches sie erhalten, hauptsächlich in die Hände unserer Feinde geht.

Es wird vielleicht so mancher polnische Kaufmann sagen: Wie kann ich denn auf einmal eine polnische Korrespondenz einführen? Das ist auch gar nicht nötig, daß er ohne weiteres anfängt, an die deutsche Firma polnisch zu schreiben. Ein Kaufmann, welcher die polnische Korrespondenz einführen will, kann sich vorher mit dem entsprechenden Handelshause in deutscher Sprache verständigen und sich auf die Verhältnisse beziehen, welche ihn zu der polnischen Korrespondenz zwingen. Man kann z. B. auch in dieser Weise schreiben:

Aus Rücksicht auf meinen jetzigen Korrespondenten, welcher die deutsche Sprache noch nicht so beherrscht, daß er in derselben die Handelskorrespondenzen erledigen könnte, bin ich gezwungen, den geehrten Herrn zu fragen, ob ich mit den geehrten Herrn die Handelskorrespondenz in polnischer Sprache führen könnte. Vielleicht befindet sich schon im Hause des geehrten Herrn solche Person, welche in der polnischen und deutschen Handelskorrespondenz bewandert ist — wenn nicht — dann braucht der geehrte Herr sich nur an das Bureau Vereinigung junger Kaufleute in Posen, St. Martinstraße 68 zu wenden, welches dem geehrten Herrn zu jeder Zeit eine entsprechende Kraft zur Verfügung stellt.

Ich bemerke, daß ich nicht in der Lage bin, die Korrespondenz selbst zu erledigen. Wenn der geehrte Herr meiner Bitte nicht beipflichtet, dann werde ich in Zukunft gezwungen sein, meine Waren nur bei solchen Firmen zu bestellen, welche ebenfalls polnisch korrespondieren.

In Erwartung einer baldigen Antwort zeichnet
Hochachtungsvoll

N. N.

Die deutschen Firmen werden mit solchem Vorschlag ohne Zweifel einverstanden sein, denn sie werden dem Vorteil, welchen sie durch die polnischen Unternehmer haben, nicht entsagen wollen.

Die Deutschen suchen oft chinesische, italienische und schwedische Korrespondenzen, von den englischen, französischen und russischen will ich nichts sagen, aber nach polnischen Korrespondenten wird beinahe garnicht oder nur selten gefragt, obgleich sie das größte Absatz-

gebiet ihrer Erzeugnisse hauptsächlich bei den Polen haben. Andere Nationen dagegen besitzen ihre eigenen Erzeugnisse, jedoch in Polen, wo die Industrie und der Handel noch nicht bis zum Höhepunkt entwickelt sind, müssen die Bedürfnisse hauptsächlich aus Deutschland bezogen werden.

Es gibt über 20 Millionen Polen. Nehmen wir bloß an, daß jeder Pole durchschnittlich jährlich für fünfzig Mark Kleidung gebraucht, so sind dies zwanzig Millionen mal fünfzig, gleich eine Milliarde Mark. Eine solche riesige Summe, welche hauptsächlich die Deutschen erhalten, muß das polnische Volk jährlich nur für Kleidung ausgeben. Trotzdem erachten sie es nicht für angebracht, polnische Korrespondenten zu halten, denn die polnischen Kaufleute korrespondieren mit ihnen nur in deutscher Sprache.

Wenn die polnischen Kaufleute mit den deutschen Warenhäusern polnische Korrespondenz führen würden, dann würden viele polnischer Korrespondenten nicht nur ihren Unterhalt, sondern auch eine gute kaufmännische Schule haben. Daher müßten alle polnischen Kaufleute und auch andere Stände, soweit sie gezwungen sind, ihre Waren bei deutschen Fabrikanten und Warenhäusern zu bestellen, mit ihnen nur in polnischer Sprache korrespondieren, denn wir fügen der polnischen Gesamtheit nicht nur großen Schaden zu, sondern auch die polnische Sprache, welche wir mit allen Kräften pflegen und verteidigen müßten, wird sehr vernachlässigt.

Viele polnische Kaufleute korrespondieren deshalb nicht in der polnischen Sprache, weil sie die polnische Schreibweise nicht kennen. Die polnische Schreibweise ist für den Polen nicht schwer. Jeder Pole, der sich gründlich an die Arbeit herannimmt, kann diese in zwei oder drei Monaten erlernen. Die polnischen Kaufleute schreiben oft an die deutschen Firmen so gebrochen deutsch, daß die Deutschen oft ironische Bemerkungen über ihre Briefe machen und doch verstehen sie diese und wissen, um was es sich handelt. Möge jeder Pole wie er es kann und versteht in der Muttersprache schreiben. Es weiß doch jeder, daß uns in der preussischen Schule kein Lehrer polnisch gelehrt hat und daß wir uns durch Selbstbildung die polnische Schreibweise, Orthographie und Grammatik aneignen mußten.

Leider denken die polnischen Kaufleute gar nicht daran, mit den deutschen Firmen polnisch zu korrespondieren: ich selbst habe diese Erfahrung gemacht, denn ein gewisser reicher polnischer Eisenhändler aus einer gewissen größeren Stadt im Großherzogtum Posen, unweit der schlesischen Grenze, hatte mich als Buchhalter in sein Komtor berufen. Dieser Kaufmann erhält monatlich fast 200 Rechnungen aus verschiedenen Gegenden Deutschlands, aber er führt mit keiner deutschen Fabrik die Korrespondenz in polnischer Sprache.

Die Industrie und der Handel in Polen sehen im Vergleich zu den anderen Nationen noch nicht besonders aus. Es ist wahr, in den letzten Jahren ist das Verständnis nach dieser Richtung hin bedeutend vorwärts geschritten. Bei den Polen kann sich Handel und Industrie nur dann gehörig entwickeln, wenn die polnischen Kaufleute und Industriellen sich der Muttersprache nicht nur in Wort, sondern auch in Schrift bedienen werden, denn sonst werden sich die Nachkommen gänzlich entnationalisieren. Den Schaden werden dann nicht nur unsere Kaufmannschaft, sondern auch die polnische Gesamtheit und unsere katholische Kirche tragen.

Die maßgebenden Faktoren und vor allen Dingen unser Verband der Kaufleute müßten endlich über die

Sache gründlich nachdenken, um dem Bösen noch bei Zeiten vorzubeugen.

Ugojecz in Pommern, im Januar 1011.

Johann Wierzba.

Aus Nr. 2 des Robotnik (Posen)

vom 15. Januar 1911:

Antwort auf die Briefe der Kinder.

Liebe Kinder!

Mit großer Freude kann heute der „Robotnik“ verkünden, daß er von euch viele Briefe mit der Beschreibung der Weihnachtsfeiertage erhalten hat.

Die Post brachte uns 93 Briefe.

Es könnten gewiß ihrer mehr sein. Aber schon darüber freut sich der Robotnik sehr und dankt euch herzlich für alle Nachrichten und für die lieben und so höflichen Grüße und Wünsche.

Ihr werdet gewiß alle sehr neugierig sein, wie eure Beschreibungen dem Robotnik gefallen haben. Ich kann euch heute schreiben, daß mir alles sehr gut gefallen hat. Sehr viele Briefe verdienen volles Lob, denn sie sind sehr schön und sorgfältig, mit nur sehr wenigen Fehlern geschrieben. Liebe Kinder, arbeitet nur so fleißig weiter, lernt zu Hause polnisch Lesen und Schreiben, möge einer dem anderen helfen, denn ihr wisst, daß ihr Polnisch selbst lernen müßt.

Aus euren Briefen hat der Robotnik sehr viel erfahren. Er weiß jetzt, wer zu Weihnachten schöne Geschenke bekommen hat, und er weiß auch, wer von euch ganz glücklich ist. Der Robotnik weiß auch ebenfalls, daß es so manchen von euch, liebe Kinder, zu Weihnachten traurig zu Mute war, denn die Eltern oder Geschwister waren krank, oder es war große Armut zu Hause. Möge euch der Heiland in eurer Betrübnis trösten. Bleibt nur gute Kinder, und Gott wird euch immer segnen.

Der Robotnik hat für euch zehn Geschenke für die besten Beschreibungen bestimmt. Nachdem aber der Robotnik alle eure schönen Briefe durchgelesen hat, sagte er sich, daß es mehr Geschenke sein müssen, und zwar soviel, wie Beschreibungen waren. Daher bekommt vom „Robotnik“ jedes Kind ohne Ausnahme, welches einen Brief geschrieben hat, als Weihnachtsgeschenk ein Büchlein.

In dieser noch, oder zu Anfang der nächsten Woche erhält jeder von euch ein solches Geschenk.

Das soll eine Anregung zu weiterem Fleiß sein. Der „Robotnik“ wird sich immer freuen, sofern er von euch einen neuen Brief erhalten wird.

Liebe Kinder! Es grüßt euch herzlich und wünscht viel Segen

Der „Robotnik“.

Aus Nr. 2 des Sokół (Posen)

vom 15. Januar 1911:

In der in Posen abgehaltenen Sitzung des allgemeinen turntechnischen Zirkels des Sokolverbandes wurde u. a. folgendes mitgeteilt:

Nach dem Beschluß des engeren turntechnischen Zirkels des Verbandes, gefaßt in einer Sitzung in Berlin, soll ein Verbandswettbewerb i. J. 1911 in Posen in der Pfingstzeit, während des 25jährigen Jubiläums des Vereins Posen, stattfinden. Genosse Kulczynski stellt den Antrag, das genaue Datum des Verbandswettbewerbs in der Plenarsitzung vorzulegen.

Aus Anlaß des allgemeinen slawischen Turntages, der i. J. 1912 in Prag stattfindet, wurde der Verbandstag (des Sokolverein in Deutschland) auf das Jahr 1913 verlegt.

Aus Nr. 16 des Lech (Gnesen)

vom 20. Januar 1911.

Von der Franziskanerkirche in Gnesen.

In der katolischen „Schlesische Zeitung“ läßt sich wieder ein Herr B. aus Gnesen über die Angelegenheit des Streites um die Franziskanerkirche aus. Er schreibt:

Im Gnesener Kirchenstreite hat das Oberlandesgericht Posen im letzten Termine beschlossen, Beweis darüber zu erheben, ob bezw. inwieweit die Trinitatisgemeinde durch Erziehung ein Recht zur regelmäßigen Mitbenutzung der Franziskanerkirche erworben habe. Neuer Verhandlungstermin findet erst im April d. J. wieder statt. Berücksichtigt man aber, daß es sich um eine äußerst schwierige und voraussichtlich auch sehr umfangreiche Beweisaufnahme handelt, die außer der Bewältigung eines großen Urkunden- und Aktenmaterials auch die Vernehmung zahlreicher vorwiegend nicht am Orte des Prozeßgerichts wohnhafter Zeugen notwendig machen dürfte, so erscheint die dafür gesetzte Frist keineswegs sehr lang. Durch die Erlassung des Beweisbeschlusses ist der Rechtsstreit um einen bedeutenden Schritt gefördert und die deutschen Katholiken Gnesens geben sich der frohen Erwartung hin, den Konflikt in absehbarer Zeit völlig beendet zu sehen.

In der Hoffnung, daß dieses Ende gleichzeitig eine dauernde Besserung ihrer kirchlichen Verhältnisse herbeiführen werde, sind sie auch an anderer Seite bestärkt worden. Seit einiger Zeit nämlich fängt das polnische Hochamt in der Franziskanerkirche eine Viertelstunde später an als sonst. Für den vorangehenden deutschen Gottesdienst ist also in Form die Zeit zugestanden worden, welche die feierliche Besprechung der Gemeinde, das Kennzeichen des Hauptgottesdienstes erfordert; außerdem haben fortan die deutschen Katholiken das Recht, Taufen, Trauungen und Begräbnisse von ihren Geistlichen vornehmen zu lassen, wenn nicht triftige Gründe im Einzelfalle dagegen sprechen. Beide Neuerungen sind von der bischöflichen Behörde angeordnet worden, daß es dabei nicht ohne Widerstand auch von Seiten des fast ausschließlich polnisch besetzten Konsistoriums abgegangen ist, erhellt schon rein äußerlich aus der Bekanntmachung an die Trinitatisgemeinde, „daß die Verlegung ihres Hochamtes erfolgt sei, nachdem die deutschen Katholiken sich bei der Regierung und Konsistorium beschwert hätten“. Diese Behauptung trifft zwar nicht ganz zu, kennzeichnet aber — von der Kanzel verkündet — deutlich das „Wohlwollen“, welches den deutschen Katholiken entgegengebracht wird. Um so dankbarer ist es anzuerkennen, daß ganz offenbar die Staatsbehörde ihren Einfluß mit Entschiedenheit für sie in die Waagschale geworfen hat.

So viel Herr B. aus Gnesen.

Es ist schwer zu verstehen, weshalb ein Katholik, als welcher Herr B. doch gelten will, sich unter die schützenden Fittiche der katolischen und lutherischen „Schlesische Zeitung“ flüchtet. An der Verteidigung des Katholizismus liegt ihm sicherlich nichts, denn sonst würde er nicht darüber triumphieren, daß die Regierung sich in kirchliche Angelegenheiten einmischt.

Aber es handelt sich weniger um die Beweggründe des Herrn B., uns kommt es auf die andere Seite der Angelegenheit an. Das Gnesener Konsistorium hat den Deutschkatholiken in Wirklichkeit ein weitgehendes grundsätzliches Zugeständnis gemacht. Bisher war es dem Präbendar Strauch, der als Seelsorger für die Deutschkatholiken in Gnesen angestellt ist, nur nach besonderer Genehmigung des betreffenden Propstes gestattet, zu taufen, zu trauen usw. Von jetzt an wird

es ihm ohne jede Genehmigung des Propstes gestattet sein, zu taufen, zu beerdigen usw. Das Konsistorium hat sich allerdings vorbehalten, daß ihm der Propst aus wichtigen Gründen dies verbieten kann, aber es ist dies ein Vorbehalt rein platonischer Natur, der ohne jede tatsächliche Bedeutung ist.

Auf diese Weise ist die Stellung des Präbendars an der Franziskanerkirche viel selbständiger geworden, als sie es jemals gewesen war, und die deutschen Parochianen haben besondere Rechte oder richtiger Privilegien erhalten, die die polnischen Katholiken nicht besitzen. Die Angelegenheit hat außerdem noch eine für die Gnesener Propste sehr unangenehme Seite. Die Bezahlungen für Taufen, Trauungen und Beerdigungen fließen in die Propsteikasse, wenn sie auch von anderen Geistlichen vorgenommen werden. Aus diesem Grunde kann leicht ein Odium der Deutschkatholiken auf die Propste fallen, da die Deutschkatholiken den Propsten den Vorwurf machen werden, daß sie für Amtshandlungen, die von anderen vollzogen sind, Bezahlung annehmen.

Aus diesen Gründen halten wir das vorgenannte Zugeständnis zugunsten der Deutschkatholiken in Gnesen für ein äußerst unglückliches, besonders in einer Zeit, in welcher die Sache noch nicht entschieden ist und leicht als erwünschter Präzedenzfall aufgegriffen werden kann. Es liegt ganz und gar nicht im Interesse der Kirche, daß die Deutschkatholiken in unsern Landesteilen irgendwelche Privilegien besitzen. Unserer Ansicht nach müßte man ganz energisch dagegen auftreten, daß sich die Deutschkatholiken von der Gewalt der Propste emanzipieren wollen. Wir verstehen es, daß die Regierung in diesem Falle einen kräftigen Druck auf das Gnesener Konsistorium ausgeübt hat, aber ein Zugeständnis war hier durchaus nicht am Platze. Wenn man der Regierung den Finger reicht, dann will sie gleich die ganze Hand. Wir fragen uns voll Furcht, wo die Nachgiebigkeit seitens unserer geistlichen Behörde ihr Ende finden wird? Einmal muß doch dreist und offen entschieden gesagt werden: Bis dahin und nicht weiter! Eine solche Entscheidung wird in den breitesten Massen unserer Volksgesamtheit, die treu an der Seite ihrer geistlichen Behörde ausharren wird, die größte Anerkennung finden. Und dann wird uns kein Kampf mit den Annahmen der Regierung bedrohlich und gefährlich sein.

Aus Nr. 17 der Gazeta Polska (Kosten)
vom 21. Januar 1911:

Volkbank in Kosten.

Aus dem uns vorliegenden 42. Jahresbericht pro 1910 der Volkbank in Kosten ersehen wir, daß diese seit einigen Jahren sich überaus günstig entwickelnde Finanzinstitution auch im vorigen Jahre in jeder Beziehung einen Fortschritt zu verzeichnen hatte. Der allgemeine Umsatz betrug etwa 19 Millionen Mark, im Verhältnis zum Vorjahre hat er sich um $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark vergrößert.

An Depositen sind im Laufe des Jahres 1910 über 2 Millionen Mark hinterlegt.

Der eiserne Fonds vergrößerte sich um etwa 12000 Mark.

An Anteilen sind gegen 50000 Mark eingezahlt worden.

An Wechseln wurden im Laufe des Jahres für $2\frac{1}{2}$ Millionen Mark diskontiert.

An Zinsen sind über $\frac{1}{4}$ Million Mark eingegangen.

Auch die andern Konten weisen gegen das Vorjahr eine bedeutende Zunahme auf.

Das Vermögen der Genossenschaft beträgt 455 825,73 Mark. Außerdem besitzt die Genossenschaft 4 683,18 Mark in der Reserve der Immobilien und 8789,16 Mark im Emeritenfonds.

An Depositen sind 5380415,68 Mark vorhanden. Die Summen sind auf Wechsel (5 268 441,38 Mark) ausgeliehen, 86 307,94 Mark auf das Bankhaus eingetragten, für 200 000 Mark sind Aktien gekauft worden, der Rest 290 880,27 Mark in Banken hinterlegt.

Auf Grund der Gewinn- und Verlustrechnung bleiben zur Disposition der diesjährigen Generalversammlung, die am 9. Februar um 2 Uhr nachmittags im Luczischen Saale stattfindet, 30 105,34 Mark.

Die Bank hat 1955 Mitglieder und 4114 DepONENTEN. In den Vorstand gehören: Propst Dr. Surzynski, Ignacy Migdal und Talarezyk.

Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Dr. Laurentowski, Schriftführer Dekan Szafranek, stellvertretender Vorsitzender Nikolaus Wittig. Außerdem gehören dem Aufsichtsrat an: A. Rutowicz, G. Lure, W. Sifora, S. Bonk, P. Jerzykiewicz, P. Grygier.

Die Entwicklung der Volksbank war in den letzten Jahren so groß, daß das Genossenschaftsvermögen den wachsenden fremden Kapitalien nicht entsprechend vergrößert werden konnte; das Verhältnis ist wie 1 zu 11,80 und sollte eigentlich nur wie 1 zu 4, höchstens 1 zu 6 betragen, das heißt das Genossenschaftsvermögen müßte im vorliegenden Falle mindestens 1 Million Mark groß sein. So viel uns bekannt ist, schlugen die Genossenschaftsrevisoren schon zum zweiten Male vor, die Dividende von 7 auf 6% zu ermäßigen zwecks Erhöhung des eisernen Fonds der Genossenschaft. Daher hat auch gestern der Aufsichtsrat beschlossen, im Sinne der Revisoren und auch aus der Notwendigkeit heraus, das Genossenschaftsvermögen zu vergrößern, der Generalversammlung vorgeschlagen, den Mitgliedern nur 6% Dividende zu gewähren.

Aus Nr. 19 des Orędownik (Poien)
vom 24. Januar 1911:

Volkbank.

Dpalenika.

Am 19. Oktober 1910 gründete der verstorbene Kurator Wawrzyniak eine Volkbank G. G. m. u. S. in Dpalenika. Da das Amtsgericht viel Schwierigkeiten machte und die Genossenschaft nicht eintragen wollte, begann die Bank ihre Tätigkeit erst am 19. Januar d. J. Dem Vorstand gehören an: A. Schmidt als Direktor, W. Kalek als Kassierer und A. Szuminski als Kontrolleur. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Propst Gustowski gewählt. Die Bank befindet sich in der Wohnung des Herrn J. Smierzchalski am Markte und ist anfangs einmal wöchentlich, und zwar Donnerstag von 2—4 Uhr geöffnet. Die Bank nimmt Depositen an und gewährt Darlehen zu dem üblichen Zinsfuß. Glückauf der neuen Bank, deren Fehlen sich schon lange fühlbar machte.

Eines der Mitglieder.

Aus Nr. 19 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. Januar 1911:

Betrifft die Überlandzentrale.

Aus der Gostynner Gegend schreibt man uns:
Seit etwa 2 Jahren schon beschäftigen wir uns hier lebhaft mit der Frage einer elektrischen Zentrale in Gostyn.

Mit Rücksicht auf die großen Kosten entstand mit der Zeit ein andres, größeres Projekt für die Kreise Kosten, Schmiegel, Grätz, Fraustadt, Schrimm, Gostyn, Rawitsch, Posen Ost und West und Posen Stadt mit der Hauptzentrale in Kosten, welche von dorthier Kraft und Licht nach allen Richtungen hin leiten würde.

Heut ist die Zeit der Entscheidung in dieser Hinsicht gekommen, und darum gestatte ich mir, diese wenigen Auslassungen niederzuschreiben.

Am 30. Januar d. J. nachmittags 4 Uhr wird in Gostyn eine Versammlung der Interessenten stattfinden; es hat sich somit jeder von ihnen beizeiten die Bedingungen dieses Unternehmens zu vergegenwärtigen, ehe er ihm beitrith. Vergessen wir vor allem nicht, daß sich mit der Finanzierung dieses großen Instituts die Provinzialhilfskasse in Posen auf der Grundlage einer Einzahlung von 5 M. und einer Haftung von 20 M. für den Morgen Areal des ganzen Gutes befassen wird. Eine Einzahlung von 5 M. für den Morgen wäre nicht hoch, wenn man alle möglichen Vorteile für heut und die Zukunft berücksichtigt. Etwas anderes stellt jedoch die hypothetische Haftung in Höhe von 20 M. für den Morgen dar. Gerade diese Frage der hypothetischen Bürgschaftsleistung ist — abgesehen von ihrer Höhe — für uns besonders schwer infolge des Enteignungsgegesetzes, mit dem leider in diesem Falle durchaus gerechnet werden muß.

Nehmen wir ein Beispiel: Ich lasse für die Zentrale eine Hypothek von 20 Mark pro Morgen als hypothetische Sicherheit für den Fall von Zuschüssen, Liquidationen usw. eintragen. Zuschüsse werden unvermeidlich sein, besonders in den ersten Jahren, solange nicht alles wie am Schnürchen gehen wird. Unterdes kommt die Enteignung. Die Kommission muß die elektrische Einrichtung bezahlen, aber die auf jeden Morgen eingetragene Hypothek von 20 Mark zahlt sie nicht zurück, mit der ganz richtigen Behauptung, daß das eine Last sei, die auf dem Gute ruhe.

Die Kommission hat jedoch die Vorteile des Anschlusses des Gutes an die Zentrale zu berücksichtigen, und sie muß das tun, soweit man nachweist, daß man hiervon finanzielle Vorteile habe. Wenn aber diese Vorteile einstweilen nicht da sein werden, was wahrscheinlich ist, so wird es schwer sein, irgendeine Entschädigung für diese Vorteile, die erst in Zukunft zu beweisen wären, in Anspruch zu nehmen. Die Kommission und das Gericht werden sie nicht anerkennen, und die Garantiehypothek zum Schaden des Besitzers abziehen.

Viele andere Fragen noch werden in der Versammlung entschieden werden müssen, und darum sollten alle Interessenten in Gostyn zusammenkommen. Ich habe hier nur den wichtigsten Punkt angeführt, denn es schließt meines Erachtens entschieden unsern Anschluß an das Unternehmen aus, wenn die Bedingung der hypothetischen Garantie sich nicht vermeiden ließe.

M. J.

Aus Nr. 3 des Robotnik (Posen)
vom 22. Januar 1911:

Tremessen.

Am 6. Januar d. J. fand die Generalversammlung unseres Vereins statt. Der Schriftführer, Kassierer und Bibliothekar erstatteten ihre Berichte. In den Vorstand wurden gewählt:

Peter Plowinski, Vorsitzender,
Johann Banza, Stellvertreter,
Anton Matelewski, Schriftführer,
Jos. Opaczewski, Stellvertreter,
Mart. Kujawa, Kassierer,
Joh. Elominski, Kassierer der Sterbekasse,
Lorenz Kolodziejczak, Bibliothekar,
Joh. Szymanski, Stellvertreter.

Aus Nr. 15 des Lech (Gnesen)
vom 19. Januar 1911:

Zum Vorsitzenden

des Wahlkomitees für den Kreis Mogilno wurde in der gestrigen Sitzung des Komitees anstelle des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak der Propst Kurzawski aus Rakosch gewählt.

Aus Nr. 15 des Lech (Gnesen)
vom 19. Januar 1911:

Ein neuer Industrieverein.

Am 15. Januar 1911 ist in Wilatowen ein Industrieverein gegründet worden. In den Vorstand wurden gewählt:

Johann Bisikiewicz, Vorsitzender,
M. Wietrzynski, stellv. Vorsitzender,
K. Meller, Schriftführer,
Filipinski, stellv. Schriftführer,
W. Klatt, Kassierer,
Heliasz, } Beisitzer,
A. Biegemaier }
K. Pokorski, }
Lewandowski, } Revisoren.

Aus Nr. 15 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 19. Januar 1911:

An die Jugend.

Häufig ist, besonders in der letzten Zeit, in unseren Zeitungen das Schwinden der Liebe zum Gesang in den polnischen Häusern konstatiert, und dies mit Recht, bedauert worden, denn in der Tat wirkt nichts so unmittelbar auf das Gemüt ein, wie gerade der Gesang. Deshalb müßten besonders wir Polen, „geboren in der Sklaverei und in Fesseln geschmiedet“, uns mit außerordentlicher Vorzüge unsere Lieder zu eigen machen, denn das polnische Lied gewährt uns Trost, es gibt uns die Kraft zum siegreichen Ertragen der Sklaverei, zur geistigen Befreiung aus den uns am Geiste angelegten Fesseln. Vor allem lastet auf unserer Jugend geradezu die Pflicht, unsere Melodien kennen zu lernen und zu verbreiten, denn die Jugend ist die Zukunft der Nation, von ihr wird es abhängen, ob in Zukunft „die Polen wert sein werden, sich eine Nation zu nennen“. Und leider, noch niemals war unsere Jugend in der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft, so lässig gewesen, wie gerade jetzt.

Nicht sehr rosig sieht unsere Zukunft aus, wenn wir in Betracht ziehen, wie gerade in unseren Vereinen die Jugend am Geiste fällt. Wir sehen in den Vereinen zielbewußte und kräftige Arbeit, jedoch nur dort, wo ältere Leute arbeiten. Der Geist der Tat der früheren polnischen Jugend aber, der die ganze Volksgesamtheit erwärmte und mit sich fortriß in die Sphäre der Ideale, der Geist dieser Jugend, deren Liebe zum Vaterlande, Einigkeit und Willen Wunder vollbrachten, ist in der jungen Generation nicht vorhanden. Heute kann man die Jugend nicht dort finden, wo ihr Platz ist, bei gemeinsamer Arbeit zum Besten der Gesamtheit, sondern in deutschen Tanzsälen, in uns im Geiste feindlichen Vereinen, dort treffen wir sie, **wie sie das Gift der Fäulnis in ihre jungen polnischen Seelen tränfelt.**

Und inzwischen strengen sich die Vorstände unserer Jugendvereine aus Leibeskräften an, denken stets über neue Mittel für eine nutzbringende Tätigkeit nach, aber alles ist vergeblich; denn nur wenige jüngere

Mitglieder, die dafür aber auch überall figurieren, machen sich eifrig ans Werk, während die Mehrheit, und zwar gerade die Mehrheit, für welche die polnischen Vereine die Rettung sein würde, sich das polnische Herz vergiftet und nicht verstehen kann, wozu die polnischen Vereine da sind, wozu das polnische Haus, ja sogar das Polentum überhaupt da ist.

Wir wenden uns an alle jene, deren Vergesslichkeit noch nicht allzu große Fortschritte gemacht hat, mit der Bitte, sich wenigstens einige Male hintereinander in den Versammlungen zu zeigen, jene Abneigung gegen alles, was polnisch ist, zu überwinden, und sie werden in Kürze die Tragweite dieser Sache begreifen, und sie werden diesen Schritt nicht bedauern.

Zum Schluß wird den jungen Leuten der Beitritt zu dem polnischen Gesangsverein „Moniuszko“ in Bromberg, der besonders den polnischen weltlichen Gesang pflegt, warm empfohlen.

Beziehungsveränderungen
nach den Mitteilungen der polnischen Presse
in der Zeit vom 1.—15. Januar 1911.

Laufende Nr.	Ort	Name und Wohnort des		Nationalität a) des Verkäufern b) des Erwerbers	Flächen= größe Morgen	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung des Grundstücks	Kauf= preis M.
		Verkäufern	Erwerbers				
A. Städte.							
1	Argenau	Martin Soltysinski in Argenau	St. Burzynski in Wygoda	a) Pole b) Pole	—	Städtisches Grundstück mit 100 Mor= gen	49 500
2	Gnesen	Ludwig	Glowacki aus Mogilno	a) Deutscher b) Pole	—	Grundstück Böttcher= markt Nr. 7 mit Zubehör	80 000
3	desgl.	Moritz Cohn	J. R. Krutzka	a) Deutscher b) Pole	—	Markt Nr. 7 mit Zubehör	98 500
4	Golantich	Koczorowski	Sylwester Stani= jewski	a) Pole b) Pole	—	Hausgrundstück in der Schloß= straße	8 000
5	Hohenjalza	Wilhelm Frenzel	Andreas Adamczak	a) Deutscher b) Pole	—	Grundstück Bahnhof= straße 27	58 750
6	Kösten	Wwe. Böhmert	Stan. Kaczmarek, Schneidermeister	a) Deutscher b) Pole	—	Grundstück am Markte	22 000
7	desgl.	Wwe. Ellmann	Felix Bajon, Dachdeckermeister	a) Pole b) Pole	—	Grundstück an der Madai= straße	15 000
8	desgl.	Frau Biskupska	Anton Distant, Schneidermeister	a) Pole b) Pole	—	desgl.	23 000
9	Kruschwitz	J. Dinski, Schuh= machermeister	J. Schwarz, Fleischermeister	a) Pole b) Pole	—	Hausgrundstück	32 000
10	Labischin	Wanda Switalska	Langiewicz aus Stonsk	a) Pole b) Pole	—	Grundstück mit 7 Morgen Land	?
11	Margonin	Lucner'sche Erben	Klemens Fiebig	a) Pole b) Pole	—	Apothekeneb= Grundstück	?
12	Obersigko	P. Zbonikowski	Fischer	a) Pole b) Deutscher	—	Hotelgrundstück	20 250
13	Posen Stadt	v. Blosizewski	Leon Bogajski	a) Pole b) Pole	—	Grundstück Bernhardiner= platz 4	211 500
14	desgl.	Dabrowski'sche Erben	Frau Borowicz, früher in Kurnik	a) Pole b) Pole	—	Grundstück Breslauer= straße 36	145 000
15	Ostrowo	Eiohl	Grzejał, Bäckermeister	a) Deutscher b) Pole	—	Grundstück an der Kalischer= straße	63 000
16	Rawitsch	Erwig, Dachdecker= meister	Stanislaus Biernat	a) Deutscher b) Pole	—	Grundstück Ratstraße 482	6 150
17	desgl.	Zygmunt Lufowski	Narcyza Lufowska	a) Pole b) Pole	—	Grundstück mit Schankwirt= schaft	78 100
18	Schroda	Strozyński	Matthens, Kaufmann	a) Pole b) Deutscher	—	Grundstück am Markte	25 000
19	Strelno	Bufalski	Gapinski	a) Pole b) Pole	—	Grundstück Feldstraße	48 000
20	desgl.	Pinczewski	Ignacy Kwilinski	a) Pole b) Pole	—	Hausgrundstück	10 000
21	Breschen	Wwe. Radziejewski	Josef Dzieciuchowicz	a) Deutscher b) Pole	—	Grundstück Milošlawer= straße 9	?

Laufende Nr.	Ort	Name und Wohnort des		Nationalität a) des Verkäufers b) des Erwerbers	Flächen- größe Morgen	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung des Grundstücks	Kauf- preis M.
		Verkäufers	Erwerbers				

B. Plattes Land.

a) Provinz Posen.

1	Bradowo, Rittergut bei Gryn	v. Szczepanowski	Seegall, Kaufmann in Bromberg	a) Pole b) Deutscher	1400	—	pro Morg. ca. 550 Mk.
2	Buchfelde (früher Gra- bowo)	Lange	Thomas Gajtor	a) Pole b) Pole	240	—	?
3	Galazewo, Kr. Breschen	Bant Parcelacyjny, Schrinn	Kobus, Wola wap.	a) Pole b) Pole	?	—	?
4	Kaczanowo, Kr. Breschen	L. Bogdanski	Joh. Olejniczak	a) Pole b) Pole	Haus mit einigen Morgen Land	—	?
5	Nowra	Slomczewski	v. Wefierski aus Mogilno	a) Pole b) Pole	?	—	293 000
6	Pogrzymowo, Kr. Wittowo	Weber	Felix Nowak	a) Deutscher b) Pole	Gastwirt- schaft m. 7 Morg. Land	—	21 000
7	Slonak, Kr. Kosten	Langiewicz	Banda Switalska	a) Pole b) Pole	Bauern- wirtschaft	—	?
8	Rudy, Kr. Breschen	Joh. Kazmierczak	Franziska Nowak aus Miloslaw	a) Pole b) Pole	desgl.	—	?
9	Starboszewo, Kr. Breschen	D. Szczesniak	W. Szczesniak	a) Pole b) Pole	170 Morgen	—	?
10	Wygoda, Kr. Strelno	St. Burzynski	Boesche	a) Pole b) Pole	Gastwirt- schaft m. Ackerland	—	42 000

b) Provinz Westpreußen.

11	Hohenfelde, Kr. Schwetz	Josef Pomarzynski	?	a) Pole b) Deutscher	Bauern- wirtschaft	—	?
12	desgl.	Valentin Ziolkowski	?	a) Pole b) Deutscher	desgl.	—	?
13	Gruppe b. Graudenz	?	Gehr. Szolcinski	a) Deutscher b) Pole	160 Morgen	—	53 000
14	Jezewo, Kr. Schwetz	Koniger	Bazar, G. m. b. H.	a) Deutscher b) Pole	Haus- grund- stück mit Geschäft	—	1 000 000
15	Klein Komorst, Kr. Schwetz	Kintop	Szczepanski	a) Deutscher b) Pole	Bauern- wirtschaft	—	?
16	desgl.	Wick	Gaca	a) Deutscher b) Pole	desgl.	—	?
17	desgl.	Altmann	Eckmann	a) Deutscher b) Pole	desgl.	—	?
18	Odry, Kr. Konig	Gomoll	Jan Wojak	a) Deutscher b) Pole	Haus mit 7 Morgen	—	6 000
19	Gut Dffen, Kr. Schwetz	August Mezer	Lisewnik aus Drzycim	a) Deutscher b) Pole	?	—	210 000
20	Zabno Born., Kr. Preuß. Stargard	Speijger	Legowski, Gnejen	a) Deutscher b) Pole	?	—	?
21	Zawada, Kr. Schwetz	Kilanowski	?	a) Pole b) Deutscher	Gast- wirtschaft mit Acker	—	20 250

Laufende Nr.	Ort	Name und Wohnort des		Nationalität a) des Verkäufers b) des Erwerbers	Flächen= größe Morgen	Bei städtischen Liegenschaften nähere Bezeichnung des Grundstücks	Kauf= preis „H
		Verkäufers	Erwerbers				

c) Provinz Schlesien.

22	Krehlau bei Herrnstadt	Kahler	Zielinski	a) Deutscher b) Pole	440 Morgen	—	?
23	Sabor, Kr. Glogau	?	?	a) Deutscher b) Pole	größere Besitzung	—	?

Aus Ost-, Westpreußen und Pommern.

Aus Nr. 11 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 14. Januar 1911:

Ein

„Die zukünftigen Mütter“

überhriebener Artikel der „Gazeta Torunska“ schließt
wie folgt:

Und nun ist die wichtigste Sache der Beitritt zu
den **Frauenaufklärungsvereinen**. Das Vereinsgesetz
hat in dieser Beziehung für unsere Frauen einen großen
Wirkungskreis eröffnet. Möchten sie doch von diesem
Recht nach Möglichkeit Gebrauch machen. In vielen
Vereinen können sie zusammen mit den Männern arbeiten.
Am besten aber bilden sie ihren Geist und ihre Herzen
in nationaler Beziehung in besonderen Frauenauf-
klärungsvereinen.

Lasset uns solche Vereine in jeder
Stadt und sogar in jedem größeren Dorf
gründen. Die Redaktion der „Zjednoczenia“, Organ
der Frauenaufklärungsvereine in Posen erteilt gern
Fingerzeige in dieser Hinsicht. Dort ist der passendste
Platz für unsere Töchter!

Wenn wir die Erreichung des gesteckten Ziels mit
voller Energie erstreben werden, dann wird dem
polnischen Hause eine bessere Zukunft erblühen und auf
seiner Schwelle wird eine Frau und Bürgerin als
wirkliche polnische Mutter und als Priesterin unserer
nationalen Heiligtümer stehen.

Aus Nr. 12 der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 15. Januar 1911:

Das Bibliothekenwesen in Westpreußen.

Die Notwendigkeit des Lesens guter Bücher liegt
klar auf der Hand. Man braucht sich nicht weiter
darüber auszulassen, daß für uns auf jedem Schritte
hinsichtlich der Sprache verfolgte Polen das Buch
das einzige und wertvollste Mittel ist, um die polnische
Sprache zu bewahren. Es muß also jeder lesen, doch
nicht jeder ist in der Lage, sich Bücher kaufen zu
können. Daher besitzen die Bibliotheken der Vereine
und die Volksbüchereien des Volksbibliothekenvereins
in Posen, die jedem das Buch frei ins Haus liefern,
einen ungeheuren Aufklärungswert.

Wir wollen heute die Bibliotheken des Volks-
bibliothekenvereins in Westpreußen auf Grund der im
Vereinsorgan Przegłond Oswiatowy veröffentlichten

statistischen Angaben besprechen. Wir ersehen daraus
vor allem, daß in 20 Kreisen Westpreußens Bibliotheken
existieren, und zwar im Kreise Strasburg, Kulm, Konitz,
Schlochau, Danzig, Graudenz, Karthaus, Berent,
Marienwerder, Löbau, Putzig, Fr. Stargard, Schwetz,
Stuhm, Dirschau, Thorn, Tuchel, Briesen, Neustadt
und Flatow.

Alle diese Kreise haben im Jahre 1909 zusammen
2925 neue Bücher und im Jahre 1910 zusammen
5723 Bücher erhalten. Es ist das eine verhältnis-
mäßig geringe Zahl, wenn man erwägt, daß die
Bibliotheken in der Fremde im letzten Jahre 3800
Bücher erhalten haben. Am meisten hat der Kreis
Schwetz (705 Bücher) erhalten, dann folgen die Kreise
Karthaus mit 656 und Kulm mit 350 Büchern; am
wenigsten Bücher hat der Kreis Schlochau (122) er-
halten.

Es wäre wichtig zu erfahren, wieviele Personen
in den einzelnen Kreisen die Bibliotheken benutzt haben.
Von den 20 westpreussischen Kreisen haben aber nur
drei Kreise — und dazu noch ungenaue — Berichte
eingesandt. Eine lobenswerte Ausnahme macht einzig
und allein der Kreis Schwetz, in dem es im letzten
Jahre 10 Bibliotheken gab. Sie sind von 558 Per-
sonen benutzt worden, die zusammen 5146 Bücher ge-
lesen haben. Im Kreise Konitz gab es 12, im Kreise
Graudenz 5, im Kreise Berent 16, im Kreise Marien-
werder 16, im Kreise Dirschau 10, im Kreise Thorn 7
und im Kreise Tuchel 14 Bibliotheken. Der Bericht
hebt ausdrücklich hervor, daß der Kreis Tuchel hin-
sichtlich des Bibliothekenwesens rückwärts schreitet.

Interessante Zahlen enthält der Bericht des Kassierers
über die 20 organisierten westpreussischen Kreise. Auch
hier steht der Kreis Schwetz an erster Stelle, der
555 Mk. aufgebracht hat. Dann folgen die Kreise
Berent und Marienwerder mit 254 und 239 Mk.
Der Kreis Thorn hat sage und schreibe 10,50 Mk.,
die Kreise Löbau und Stuhm je 5 Mk., der Kreis
Tuchel 10,50 und die Kreise Schlochau und Danzig
nichts aufgebracht.

Aus Nr. 7 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 17. Januar 1911:

Unter der Überschrift

„Die Zentrumsfreunde“

macht die Gazeta Grudziadzka dem Zentrum zum
Vorwurf, daß es gegen den polnischerseits eingebrachten
Antrag auf Abänderung des § 130 des Strafgeset-
buches, der besonders den polnischen

Redakteuren bekannt sei, gestimmt habe Es heißt dann weiter:

Und wie haben sich die Zentrumsleute verhalten, von denen so viele Leute in der polnischen Volksgesamtheit meinen, daß sie unsere großen Freunde sind und daß sie aus Freundschaft bereit seien, dies oder jenes für uns zu tun. Sie haben sich sehr unschön verhalten, denn nicht nur, daß sie diesen sehr berechtigten Antrag nicht einmal mit einem Wort unterstützen und gegen ihn gestimmt haben, haben sie sich während der Zeit, als der Redner der polnischen Fraktion diese so wichtige Angelegenheit besprochen hat, so unruhig verhalten, sie haben sich so ohne jede Rücksichtnahme auf ihren Bänken unterhalten und dann noch den Justizminister mit einem Privatgespräch befaßt, daß er auf die Ausführungen des polnischen Redners gar nicht achten konnte. Das Verhalten der Zentrumsparthei hat alle polnischen Abgeordneten aufs tiefste empört.

In jedem Falle haben die Zentrumsleute von neuem gezeigt, daß sie der angeblichen Freundschaft für die Polen nicht im geringsten Rechnung tragen. Die Zentrumsleute haben augenblicklich offenbar ihr politisches Interesse daran, der Regierung nicht im Wege zu sein, und aus diesem Grunde haben sie den so überaus berechtigten polnischen Antrag nicht unterstützt, ja, sie haben sich dabei sogar ungehörig benommen. Dadurch sollen sich auch diejenigen unserer Gesamtheit, die immer an die Zentrumsfreundschaft glauben und ihre Blicke fest auf sie richten, überzeugen, daß man auf die Freundschaft des Zentrums nicht rechnen kann.

Wir waren immer der Meinung, daß das Verhältnis der polnischen Gesamtheit und ihrer Vertreter zu den Zentrumsleuten sowie zu den anderen Parteien einzig und allein von unserem politischen Interesse abhängen muß. Und wenn dieses Interesse der polnischen Gesamtheit erfordert, gegen das Zentrum zu gehen, so müssen wir gegen das Zentrum gehen. Niemals dürfen wir uns aber auf die Freundschaft der Zentrumsleute verlassen, dann werden wir auch keine Enttäuschungen erleben.

Aus Nr. 7 der Nasza Gazeta (Pr. Stargard)
vom 17. Januar 1911:

Sullenczyn, Kreis Karthaus.

Seit gewisser Zeit herrschen bei uns in der Kirche geradezu unmögliche Verhältnisse. Unser Pfarrverweser Aeltermann faßt die Aufgabe der Kirche und des Geistlichen ganz merkwürdig auf. Anstatt mit gottesfürchtigem Wort und mit frommem Beispiel die Leute zur Kirche zu ziehen, anstatt sich um das Lob Gottes zu kümmern, ist er wohl nur um die Karriere besorgt — anstatt „Gloria in excelsis Deo“ hörten wir die Worte „raus, raus!“, also Worte, die auf die Straße gehören und nicht in ein Gotteshaus.

Ähnliche Übergriffe seitens des merkwürdigen Pfarrverwesers, die das Empfinden des gottesfürchtigen Volkes bis aufs tiefste beleidigen, gibt es viele. Angesichts dessen darf erwartet werden, daß die geistliche Behörde hier ihre Pflicht erfüllt und sich die Sache einmal ansieht.

Aus Nr. 3 der Klosy (Thorn)
vom 21. Januar 1911:

Der Verein der landwirtschaftlichen Beamten in der Provinz Posen.

Am 7. Februar nach der Generalversammlung der landwirtschaftlichen Vereine in Kulmsee im Hotel

des Herrn Schulz findet dajelbst eine Versammlung der Mitglieder des Vereins der landwirtschaftlichen Beamten in der Provinz Posen zur Bildung einer besonderen Direktion für den Teil Westpreußen rechts der Weichsel statt.

Diejenigen Mitglieder, die nicht kommen können, oder Personen, die sich als Mitglieder melden wollen, bitte ich um Angabe ihrer Adressen.

Im Auftrage des Hauptvorstandes.

B. Paszkiewicz, Warzawice bei Kulmsee.

Aus Nr. 8 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Januar 1911:

„Die Lage in Ermland“

überschreibt sich ein längerer Artikel der Gaz. Grudz., in dem es u. a. heißt:

Die polnischen Arbeiter müssen den deutschen Berufsvereinen entrisen und vor allen Dingen in Allenstein auf dem Boden der polnischen Berufsvereinigung organisiert werden.

Die Bauernvereine oder den Bund der Landwirte müssen unsere landwirtschaftlichen Vereine vertreten. Die wichtigste Sache für die Wirte in Ermland wäre aber die Gründung einer polnischen Bank, um sie von der Abhängigkeit der deutschen finanziellen Institute und insbesondere von den Kasseisenkassen zu befreien. Daran dachte auch der verstorbene Prälat Wawrzyniak, der sich auch schon einen festen Plan zurecht gelegt hatte, dessen Verwirklichung aber durch den Tod dieses großen Organisators unserer Banken vorläufig hinausgeschoben worden ist.

Alle Pläne, in Ermland eine starke nationale Organisation zu schaffen, scheitern gegenwärtig an der wichtigsten Schwierigkeit, und zwar an dem Mangel von Leuten für leitende Stellungen. In der Verwirklichung dieser Projekte ist aber ein augenscheinlicher Fortschritt zu verzeichnen. Dazu trägt zweifellos die Beteiligung des polnischen Volkes an den Wahlen bei. Darum ist es durchaus notwendig, daß sich mit der gegenwärtigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Allenstein-Kössel recht viel aufgeklärte Polen aus Ermland befassen unter Beteiligung von Personen aus Westpreußen und Großpolen, die sich im Interesse des nationalen Wohls gern dem öffentlichen Dienst widmen.

Aus Nr. 1 des Przegląd oświatowy (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Bildung eines Komitees des Volksbibliothekenvereins für den Kreis Berent in der Rajchubei.

Infolge Erlassens von über 100 Einladungen durch den Kreisdelegierten Propst Cichocki aus Grabau fand im kleinen Saale des Bazar in Berent am 6. Dezember im geschlossenen Zirkel eine Versammlung statt, an welcher etwa 50 Personen teilnahmen. Nach Eröffnung der Versammlung übernahm der Delegierte die Leitung und erteilte das Wort dem Propst Broblewski aus Niedamowo. Dieser stellte den Versammelten in einem Vortrage die Notwendigkeit und die Vorteile der Bildung vor und regte zur Einzeichnung als Mitglied zum Volksbibliothekenverein und zur Arbeit auf dem Gebiet der Bildung an. Er teilte mit, daß es im Kreise bisher 17 Bibliotheken gegeben habe, das Bibliothekenwesen habe aber lahm gelegen infolge Mangels an intensiver Arbeit nach dieser Richtung hin. Gemeinsam mit dem Delegierten sei nun ein Plan für die

weitere Arbeit angelegt worden, und man habe beschlossen, die Sache des Volksbibliothekenwesens mit einem Schwunge auf die rechte Bahn zu bringen durch die Wahl eines Kreiskomitees und die Einrichtung von Bibliothekszirkeln zwecks Mobilisierung der Bibliotheken. Im Einverständnis der Versammelten habe man beschlossen, im Kreise 10 solche Zirkel einzurichten, die anfangs je 4, im folgenden Jahre je 5 Bibliotheken zählen sollen. Für sofort sei beschlossen worden, eine Reihe neuer Bibliotheken anzulegen, so daß es sofort wenigstens $10 \times 4 = 40$, und im künftigen Jahre nach Anlegung von 10 neuen 50 Bibliotheken geben solle. Zu diesem Zwecke seien für 10 Ortschaften etwa 500 aus Posen neu empfangene Bücher verteilt worden. Hierzu komme noch der Jahrgang 1909 von den bisher bereits bestehenden Bibliotheken. Der Rest — 30 Bibliotheken — werde aus den bisherigen auf die Weise geschaffen werden, daß der Kreisbibliothekar alle an das Hauptlager in Berent zwecks Instandsetzung und Sortierung abgelieferten Bücher in 10×3 Jahrgänge teilen werde, so daß nach Neujahr jeder der 10 Zirkel je 4 Bibliotheken besitze.

Referent führte auf einem großen kolorierten Karton den Versammelten die Art und Weise des Kursierens der Bibliotheken in jedem Zirkel nach der Methode des Herrn Dr. Michalski vor Augen, und diese Art und Weise gefiel allen. Denn es ist wirklich schwer, eine praktischere Form der Mobilisierung der Bibliotheken zu finden, so daß nicht immer eine und dieselbe Ortschaft neue Bücher erhält, sondern der Reihe nach jede der 5 einem Zirkel angehörnden.

Es folgte die Wahl des Komitees, in welches aus jedem abgerundeten, aber nicht ganz genau mit der Parochie übereinstimmenden Zirkel ein Mitglied eintritt, und zwar:

1. für Berent: Thomas Rogalla-Berent,
2. für Lipusz: Propst Dunajski-Lipusz,
3. für Lesno: Augustin Gapiewski-Dzimianen,
4. für Alt-Rischau: Organist Ponczek, Alt-Rischau,
5. für Medamowo: Propst Wroblewski von dort,
6. für Gartschin: Fräulein Marie Tempka aus Linewko,
7. für Pogutken: J. Borkowski von dort,
8. für Skarszewo: Leo Zur von dort,
9. für Wischin: B. Lubowski von dort,
10. für Grabau: Propst Cichocki von dort,
11. von seiten des Volksbibliothekenvereins in Berent ein Delegierter,
12. als Kreisbibliothekar Herr Franz Sendzicki-Berent.

Die Mitglieder des Komitees sind verpflichtet, in kurzer Zeit Bibliothekare und Kollektoren für ihre Bezirke ausfindig zu machen und dies dem Komiteevorsitzenden Propst Cichocki mitzuteilen.

Die Bibliotheken werden gleich nach Neujahr mit Schränkchen, die das Komitee auch beschaffen wird, bedacht werden. Zwecks Belehrung der Bibliothekare und Kollektoren darüber, wie sie weiterhin verfahren sollen, wird bei Abgabe der Bibliotheken eine Versammlung, verbunden mit einem praktischen Kursus, stattfinden. Es ist zu hoffen, daß nach Organisierung des Kreises nicht nur die Zahl der Mitglieder und der Beiträge, sondern auch die Leserschaft sehr wachsen wird.

Aus Nr. 1 des Przegląd oświatowy (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Aus dem Kreise Karthaus.

Die Volksbibliotheken im Kreise Karthaus sind im laufenden Jahre organisiert und durch einen bedeutenden Vorrat an neuen Büchern vervollständigt worden. Es gibt unter ihnen Werke zum Zeitvertreib und zur

Belehrung für alle Stände, und sie warten nur auf Leselustige. Bibliothekare, welche die Bücher unentgeltlich verleihen, gibt es für jede Parochie mehrere, und man kann sie mit Leichtigkeit erfragen. Da jedoch die Beschaffung neuer Bücher, und von Schränken, sowie die Versendung viel Geld kosten, und unsere ganzen Volksbibliotheken nur auf der Opferwilligkeit der polnischen Volksgemeinschaft beruhen, so bitte ich Euch, Brüder und Landleute, dringend um freiwillige Spenden für diesen erhabenen Zweck, und seien sie auch noch so klein. Sammler, welche zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen berechtigt sind, sind die Herren: Alexander Burczyk-Parchowo, Wiesław Strzempkowski in Sierakowice, Julius Wroblewski in Zakowo, Franz Trowski, Organist in Ober-Brodnica, Lipski, Schneidermeister in Gorentschin, Josef Krejta in Staniszewo, Daszkowski jun. in Klukowo Hütte, Labuda, Bürovorsteher in Karthaus, Paszki, Kaufmann in Zukowo, Theodor Wenta in Gowidlin, Johann Rejschke, Schmiedemeister in Przodkowo, Johann Miazkowski in Storzewo. Außerdem wird jeder Bibliothekar gern bei der Sammlung für die Volksbibliotheken vermitteln. Vorwärts, Brüder, an die Aufklärung!

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 8 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 19. Januar 1911:

Die Organisation der Versöhnungselemente.

In der letzten Nummer erwähnten wir bereits kurz die Organisation, welche sich die Versöhnungselemente geschaffen haben, um sich eine umschränkte Herrschaft in Schlesien zu sichern. Die Organisation führt den Namen „Polnische Partei in Schlesien“. Sie ist jedoch eine parteipolitische Partei. Dies erhellt aus ihren Satzungen, aus der Tatsache, daß die offiziellen Organe dieser Partei einzig und allein die Katolik-Blätter sind, wie der Kurjer Slonski, der Dziennik Slonski und der Gornoslonski. Alle diese Zeitungen sind Katolik-Blätter, und sie sind, wie die Satzungen besagen, die offiziellen Parteiorgane. Die politische Parteilichkeit der Partei hob ferner in der Königshütter Versammlung der Abgeordnete Napieralski hervor, wenn er erklärte, daß Leute einer anderen politischen Ansicht und Richtung zu dieser Versammlung nicht eingeladen würden, weil das Volk entschieden habe, daß es auf der Seite der „Versöhnung“ stehe. Schließlich erlaubte sich der Abgeordnete Graf Mielzynski, diejenigen „Verräter“ zu nennen, die auf dem Standpunkt der neuen Partei nicht stehen.

Die neue Partei ist also keine Organisation von allgemein polnischem Charakter, die nur die Verteidigung der nationalen Interessen gegen das Vordringen der Germanisierung zum Zweck hat, sondern sie ist eine Organisation von parteipolitischem Charakter, die allen denjenigen aus dem politischen Lager den Krieg erklärt, die nicht auf dem Standpunkt der Partei stehen.

Es ist dies eine Organisation der Versöhnungselemente gegen die selbständige und unabhängige polnische politische Denkart.

So und nicht anders muß die neue Organisation beurteilt werden.

Die Grundlage der Versöhnungspartei sollen die polnischen Vereine sein. Dies besagt ausdrücklich § 2 der Satzungen. Die polnischen örtlichen Vereine sollen sich in jedem politischen Kreise in Bezirksverbände zusammenschließen, die sich ihrerseits dem politischen Kommando des Vorstandes und Aufsichtsrates der Versöhnungspartei unterwerfen sollen.

Die Satzungen sagen nicht, welche politischen Vereine die Grundlage der Versöhnungsorganisation

sein sollen. Man darf daher annehmen, daß sich unsere Versöhner an alle polnischen Vereine heranzumachen werden, auf daß sie dem Versöhnungsgedanken dienen, sich dem Versöhnungsgedanken unterordnen und die Versöhnungsinteressen wahrnehmen. Unsere polnischen Vereine — einerlei welche — mögen auf der Hut sein und wachen, denn die Versöhner werden verschiedene Wege einschlagen, um sie unter ihr Kommando zu bekommen. Verschiedene Wege führen nach Rom, und so werden auch die Versöhner verschiedene Wege einschlagen, um ihren Zweck zu erreichen.

Und sie sind sich ihrer selbst schon sicher. Dies erhellt aus der hochmütigen Rede des Herrn Korfanty, der, heute mit dem Versöhnungsorden geschmückt, in den ersten Reihen der Versöhner einhererschreitet.

Die vollzogene „Versöhnung“ hatte den Zweck, die polnische Presse zu knebeln, die selbständige politische Denkart zu unterdrücken. Die gegenwärtige Versöhnungsorganisation hat mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen im Auge, den Versöhnungselementen die Abgeordnetenmandate zu sichern und vor allem, wie sich eine Person aus der Gleiwitzer Intelligenz treffend ausdrückte, Herrn Korfanty, der nach dem Verkauf seiner Zeitungen und nach seiner bekannten politischen „Umkehr“ sehr wohl fühlt, daß der Boden unter seinen Füßen brennt, ein Mandat zu sichern.

Die Versöhnungsorganisation wird, um ihren Zweck zu erreichen, planmäßig vorgehen. In dieser Beziehung darf man sich keiner Täuschung hingeben. Sie will sich der Wahlkomitees, der politischen und kommunalen Wahlen, des ganzen öffentlichen polnischen Lebens in Schlesien bemächtigen, damit alles und alle nach der Versöhnungspfeife tanzen.

Nur eins verstehen unsere Versöhner nicht. Vor allem überschätzen sie ihre Kräfte, wenn sie nicht mit demjenigen Flügel der Volksgesamtheit in Oberschlesien rechnen, der alle Kräfte und Mühen aufbieten wird, ihre Gelüste, ihre Absichten und Pläne zu paralisieren. Durch ihre Organisation haben sie den Keil des Unfriedens in die Volksgesamtheit getrieben, und sie entfesseln durch die Spaltung der Volksgesamtheit einen politischen Sturm, der in seinen Folgen unberechenbar ist.

Die Verantwortung hierfür wird auf die Versöhner fallen. Wenn sie den Kampf haben wollen, so sollen sie ihn haben. Wir kennen auch die polnische Volksgesamtheit in Oberschlesien, wir wissen, welche Strömungen in ihr wühlen, und wir werden nicht zu viel sagen, wenn wir hervorheben, daß sich in denjenigen Kreisen, die politisch selbständig zu denken verstehen, genug Widerstandskraft finden wird, um die politischen Anschläge unserer Versöhner auf die selbständige politische Denkart abzuwehren.

Hochmütig und dünnhäutig nannte Herr Korfanty in seiner Königshütter Rede diejenigen, die nicht auf dem Standpunkt der neuen Versöhnungspartei stehen, „politische Säuglinge“. Er versteift sich offenbar darauf, daß er heute als eine der Versöhnungssäulen auf diese Massen des polnischen Volks, die ihm vertraut haben und die er heute hintergangen hat, von oben herablicken darf. Diese „politischen Säuglinge“ werden wissen, was sie mit Herrn Korfanty im gegebenen Zeitpunkt machen sollen, und sie werden ihm seine Geringschätzung nicht ungestraft lassen.

Noch vor einigen Wochen nannte er sie „Verräter“ und „Handlanger der Sozialdemokraten und Hatzisten“. Heute nennt er sie „politische Säuglinge“. Es scheint uns, daß, wenn jemand, so Herr Korfanty zurückhaltender sein und mit Schmähungen wie „Verräter“ und „Säuglinge“ nicht so um sich werfen sollte. In seiner ganzen politischen Laufbahn fabrizierte er „Ver-

räter“ und endete schließlich damit, daß er in den Dienst derjenigen getreten ist, die er „Verräter“ nannte.

Die Versöhner brechen zum Angriff gegen die „Verräter“ und „Säuglinge“ auf. Ihre Organisation dehnt sich über den ganzen ober-schlesischen Industriebezirk aus, um das ganze politische Leben zu beherrschen, sich seiner zu bemächtigen und es zu bändigen. Die Gegenseite muß die entsprechenden Schlüsse ziehen und klug und umsichtig wachen, daß die Versöhner, die sich auf ihre Kräfte versteifen, nicht das Oberwasser gewinnen und den in der Volksgesamtheit tätigen politischen Gedanken unterdrücken.

Großen politischen Verstand haben die Versöhner nicht. Ihr politischer Verstand ist verkrüppelt. Sie stellen also nicht so „gefährliche Löwen“ dar.

Aus Nr. 9. des Glos Slaski (Gleiwitz)

vom 21. Januar 1911:

Ein polnischer Geistlicher

schreibt uns anlässlich der Gründung der Organisation der Versöhnungselemente, Herr Korfanty dürfe nicht geschont werden, weil er ein „Geschäftsmacher“ sei, der die nationalen Ideale nur im Munde führe, dagegen sollten wir Herrn Napieralski nicht anzapfen, weil er ein Mann sei, der sich um die Sache in Oberschlesien verdient gemacht habe.

Wir fügen hinzu, daß der Brief von einem polnischen Priester stammt, der sich um die polnische und katholische Sache wirklich verdient gemacht hat, dabei dem Glos Slonski aufrichtig wohlgesinnt ist, indem er ihn mit seinem Einfluß unterstützt, wo und wie er kann. Wir bemerken jedoch, daß wir weder Herrn Korfanty, noch Herrn Napieralski persönlich angreifen, weil persönliche Dinge nicht in eine Zeitung hineingehören; wir unterziehen einer Kritik nur die vollzogene „Versöhnung“, die ihrerseits eine Organisation der Versöhnungselemente zur Unterdrückung der selbständigen polnischen Denkart erzeugt hat.

Auch wir erkennen die Verdienste des Herrn Napieralski voll und ganz an, was wir schon wiederholt betont haben, aber das kann uns nicht abhalten, die Augen dem gegenüber zu verschließen, was geschehen ist und geschieht. Wurden doch gegen den Glos geheime Aufträge erlassen, die Agenten hieß man schwören, daß sie Agenturen für den Glos nicht annehmen sollen, es wurde ein „Friede“ zur Knebelung der polnischen Presse geschlossen, es wurde eine politische Versöhnungsorganisation geschaffen, um sich in Schlesien eine unumschränkte Herrschaft zu sichern, man bezeichnete uns selbständig denkende Menschen als „Verräter der Nation“, als „Handlanger der Sozialdemokraten und Hatzisten“, man organisierte einen Boykott gegen den Glos in dem dem Katolik beigegebenen Witzblatt Smieszek, man überhäuft uns Menschen von selbständigen politischen Überzeugungen mit nichtswürdigen Schmähungen und brutalen Angriffen.

Ist das die Aufgabe der katholischen und polnischen Presse? Ist das die Aufgabe der Führer der Volksgesamtheit? Möge der verehrte geistliche Korrespondent die ganze Sache unparteiisch beurteilen. Wir möchten denn doch nicht glauben, daß Herr Napieralski gar nichts davon wissen sollte, was geschehen ist und noch geschieht.

Was aber Herrn Korfanty anbetrifft, so stimmen wir dem Herrn Korrespondenten vollständig bei, daß er ein „Geschäftsmacher“ war und ist, der die nationalen Ideale nur im Munde führte und führt, und jetzt durch seinen Schacher der ganzen Volksgesamtheit den un-

widerleglichen Beweis geliefert hat, daß er gut wittert, wo an dem Patriotismus etwas zu verdienen ist.

Eine solche Meinung von Herrn Korfanty hatten schon lange diejenigen, die ihn näher kannten. Eine solche Meinung hatte man von ihm früher auch in der Redaktion des Katolik. Heut nach vollzogener „Versöhnung“ stellt sich die Sache freilich anders dar.

Wo kann in anbetracht solcher Verhältnisse die Rede sein von einer ordentlichen und rechtschaffenen Regelung der politischen Fragen? Wo kann hier die Rede sein von einer nationalen Erbauung unter dem Volke, wenn von allen Seiten und aus allen Ecken „Geschäftemacher“, Terrorismus, Boykott, „Verräter“, „Handlanger“ und wie diese Beschimpfungen weiter heißen, hervorgeholt werden?

Die selbständige Presse, zu der sich der Glos zählt, hat die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen und dies zu beleuchten, nicht um zu stören und zu wühlen, sondern um eine Gesundung dieser Verhältnisse herbeizuführen.

Wir hoffen, daß der verehrte Herr Korrespondent die ganze Lage wohlmeinend und unparteiisch beurteilen wird.

Aus Nr. 17. des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 21. Januar 1911:

Der Kurjer Poznański

großt den Abgeordneten Korfanty und Napieralski, weil sie eine Versammlung nach Königshütte einberufen und den Gedanken, die Polnische Partei in Schlesien zu gründen, aufgeworfen haben.

Weshalb eine politische Organisation in Schlesien gegründet wurde, wissen alle unsere aufgeklärten Landsleute sehr wohl, und den Gedanken ihrer Gründung haben sie mit großer Begeisterung begrüßt.

Es handelt sich um eine Vertiefung und Förderung der nationalen Aufklärung, um die politische Schulung des polnischen Volks und darum, dieses Volk zum systematischen Kampfe um seine nationalen bürgerlichen Rechte zu wappem.

Der Kurjer Poznański will nicht verstehen, daß sich in Schlesien sehr wichtige politische Vorfälle ereignet und eine neue Grundlage für die nationale Politik geschaffen haben. Der Kurjer Poznański kann gegen diese nationale Politik auf der neuen politischen Grundlage keinen sachlichen Vorwurf erheben, denn er kann uns nicht irgendwelcher versöhnlicher Bestrebungen in dem Verhältnis zur Regierung oder der Zentrums-partei beschuldigen, er muß vielmehr, wenn er bei der Wahrheit bleiben will, selbst bestätigen, daß sich unsere Politik auf den Boden einer möglichst vollkommenen Selbständigkeit stützt. Er kann uns nicht einer dem Volke feindlichen Politik beschuldigen, weil unsere Politik mehr völkisch ist als die seinige, denn man könnte eher dem Kurjer Poznański manchmal den Vorwurf machen, daß er die Grundsätze der völkischen Politik und die programmatischen Forderungen seiner Partei den rein geschäftlichen Interessen seines Verlages opfert.

Hat doch unlängst der Redakteur des Kurjer Poznański offen bekannt, daß die Kandidatur des Herrn Franz v. Morawski zum Reichstagsabgeordneten und die Kandidatur des Herrn v. Trompczynski zum Landtagsabgeordneten keine Kandidaturen der Nationaldemokratie sein können, aber der Kurjer Poznański mußte, weil er nach der Sezession in Posen einen bedeutenden Abonnentenverlust zu verzeichnen hatte, die Kandidatur des „gemäßigten“ Konservativen unterstützen und als erster die Kandidatur des Herrn

v. Trompczynski vorschlagen. Der Redakteur des Kur. Pozn. war am 2. Weihnachtsfeiertag in der Versammlung zu Kattowitz, wo sich verlesenerische Stimmen gegen die Adelspolitik der polnischen Fraktion erhoben und überdies forderten, daß in die polnische Fraktion nur Arbeiterabgeordnete gewählt würden. Dort wurden auch Stimmen laut, daß die Zeitungen Korfantys und Napieralskis zur Tür hinauszuerwerfen seien, aber weder die Anhänger des Redakteurs des Kur. Pozn. noch der Redakteur selbst fanden auch nur ein einziges Wort der Berichtigung und des Tadelns für diese demagogischen Losungen. Offenbar fürchteten sie, daß eine solche Berichtigung die Gewinnung von Abonnenten für ihre Zeitung erschweren würde. Um in Posen Abonnenten zu gewinnen, unterstützt der Kur. Pozn. gemäßigte Konservative und vertraut in sicheren Wahlkreisen gemäßigten Männern Mandate an. Aus Furcht davor, daß er keine Abonnenten gewinnen wird, duldet er nationalfeindliche und demagogische Losungen. Vielleicht beliebt der Kur. Pozn. darüber nachzudenken, ob dies nicht ein politischer Schacher mit Parteigrundsätzen und nationalen Losungen ist? Möge sich lieber der Kur. Pozn. an die Brust schlagen und für die Sünden, seine Grundsätze verkauft zu haben, Buße tun, anstatt uns Ausbeutung der nationalen Sache zu Parteizwecken vorzuwerfen.

Was wir für die nationale Sache getan haben, wissen alle, weiß vor allem unser Volk, und die an Mühen und Geld von uns gebrachten Opfer sind so groß, daß sie der Kur. Pozn. sein ganzes Leben nicht bringen wird.

Der Kur. Pozn. sucht nach alter, aber heut nicht mehr erfolgreicher Gewohnheit den Frieden in Schlesien zu stören. Vergeblich sind seine Anstrengungen, denn gelingen wird ihm dies nicht, obgleich er auch bei diesen Anstrengungen nicht sehr mit der Wahrheit rechnet. Es ist nämlich nicht wahr, daß der Abg. Korfanty mehrere Tage vor dem Friedensschluß den Entwurf einer breiten völkischen Organisation ausgearbeitet hat, um das Katolik-Lager „vollends zu brechen“. Wahr ist es dagegen, daß der Abg. Korfanty einen solchen Entwurf ausgearbeitet hat, um das Nationalbewußtsein unter dem Volk in Schlesien zu vertiefen und es in politischer Hinsicht zu schulen. Auch in dem Versammlungsbericht hat sich der Kur. Pozn. eine ganze Reihe — gelinde gesagt — Ungenauigkeiten zuschulden kommen lassen. Er behauptet nämlich, daß für die Entschließungen nur hundert und einige Duzend Teilnehmer gestimmt hätten und der Vorsitzende trotzdem bekannt gemacht habe, daß sie durch Zuzug angenommen worden seien. Dies ist eine Unwahrheit, denn der Vorsitzende hatte ganz ausdrücklich gefragt, wer gegen diese Entschließung sei, aber keine Hand hatte sich erhoben. Vielmehr haben sich sogar einige Teilnehmer, die am 2. Weihnachtsfeiertag den Aufruf der falschen Demokraten zugunsten ihres Blattes unterschrieben hatten, von der ganzen Perversität dieser Leute überzeugt und nicht nur für die Entschließungen der Versammlung von Sonntag gestimmt, sondern darunter noch ihre Unterschrift gesetzt.

Die Wut des Kur. Pozn. und der falschen Demokraten wird weder uns noch das schlesische Volk von der Arbeit an der Förderung des Nationalbewußtseins und der politischen Schulung des Volkes abschrecken. Auf die persönlichen Angriffe, auf das Geschrei und Gejammer dieser Herren wollen wir nicht achten, denn unsere Aufgabe war und wird stets sein, zusammen mit dem Volke für die polnische und völkische Sache zu arbeiten.

Aus Nr. 21 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 21. Januar 1911:

Mutiges Auftreten eines polnischen Wählers.

Aus Gleiwitz erhalten wir folgende Zuschrift:

Pfarrer Peter erhielt bei der Wahl 367 Stimmen, mithin etwa 30—40 Stimmen mehr, als der verstorbene Dr. Heisig. Diese Erscheinung läßt sich dadurch erklären, daß 30—40 Wahlmänner, die bei der Hauptwahl unter einem Druck dem Gegner des Katholizismus ihre Stimmen gegeben hatten, sich diesmal dem katholischen Lager anschlossen, weil ein Druck nicht vorhanden war. Wir sahen also Gesichter, die sonst den Gegnern zulächeln.

Groß war die Begeisterung bei der Wahl nicht. Nach der Wahl versammelten sich die Wahlmänner im katholischen Vereinshause, wo sie mit Bier und Wurst bewirtet wurden. Pfarrer Peter dankte für das ihm bewiesene Vertrauen zunächst deutsch und dann in einigen polnisch klingenden Worten. Dabei versprach er wieder, daß er die polnische Sprache lernen werde. Das Hoch auf den neuen Abgeordneten brachte Herr Lehrer Swoboda in deutscher und Herr Malcherek aus Groß-Zernik in polnischer Sprache aus. Seine Rede gefiel allgemein und wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Sie lautete etwa wie folgt:

„Die Liebe hat heute uns Deutsche und Polen, Bauern und Herren zusammengeführt, aber blickt um euch, und ihr werdet euch überzeugen, daß der größte Teil der Wahlmänner Bauern und Polen sind. Auf die Bauernschaft und das Polentum stützt sich also die katholische Kirche in Oberschlesien. Darum bitte ich den neuen Abgeordneten, uns Polen im Landtage zu verteidigen, denn dadurch verteidigt er den Katholizismus; ich bitte ihn sehr, bei der Regierung zu erwirken, daß unsere Kinder wenigstens 4 Jahre polnischen Unterricht in der Schule erhalten, denn sehen wir nicht täglich, welche Folgen die deutsche Schule zeitigt? Die Jugend neigt der gottlosen Sozialdemokratie zu, und unsere Zukunft ist sehr unsicher, wenn die Bahn der Germanisierung nicht verlassen wird, die in den Gemütern unserer Kinder schreckliche Verwüstungen anrichtet. Nur in der Muttersprache erteilter Unterricht kann eine gute katholische Erziehung gewähren.“

Sogar Deutsche und verdeutschte Polen stimmten Herrn Malcherek, der mit voller Überzeugung sprach, zu, nur ein paar Gesichter machten eine saure Miene. Herrn Malcherek gebührt herzlicher Dank für seine schönen und mutigen Worte.

Aus Nr. 20 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 25. Januar 1911:

Der Ostmarkenverein verlangt mit Gewalt die Enteignung.

Unter dieser Überschrift knüpften die Katolik-Blätter an die Wiedergabe des vom Hauptvorstande des Ostmarkenvereins in der Enteignungsfrage gefaßten Beschlusses u. a. folgende Bemerkungen:

Der Ostmarkenverein war bisher eine Nebenregierung, er trat niemals in Gegensatz zu der offiziellen Regierung. Noch unlängst warnte er auf dem Verbandstage davor, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Heute ist es anders, alles hat sich geändert.

Der Ostmarkenverein geht zur Opposition über, er tritt nicht gegen die Regierung auf, sondern er drückt sogar öffentlich sein Mißtrauen aus und wirft, was noch schlimmer ist, der Regierung von Bethmann Hollwags Mangel an deutschem Patriotismus vor, beschuldigt ihn beinahe des nationalen Verrats und klagt

ihn der Lüge an, denn nach Ansicht des Ostmarkenvereins sagte der Minister von Schorlemer im preussischen Landtage die Unwahrheit, wenn er behauptete, daß die Ansiedlungskommission noch Land im Überflusse besitze.

Dies ist in der preussischen polenfeindlichen Politik eine Erscheinung von erstklassiger Bedeutung. Was daraus entstehen wird, ist heute schwer vorauszusehen. Wir wissen nur soviel, daß die Skatisten, die zu den maßgebenden Kreisen Zutritt haben, alle Mittel anwenden, um die Regierung zu noch größeren Rücksichtslosigkeiten gegen die Polen zu bewegen.

Wir geben uns keinen Illusionen hin, aber wir meinen, daß die polnische Volksgesamtheit allen Grund hat, nüchternen Sinn, Ruhe, Gleichgewicht und Zurückhaltung zu bewahren, wo es gebührt, insbesondere unsere Vertretung zu Berlin. Es fehlt bei uns nicht an Leuten, die sich im gegenwärtigen Zeitpunkt mit der deutschen Rechten decken, zu der wir noch das Zentrum rechnen müssen; aber wir haben noch mehr solche, die unsere Sache nicht anders anzusehen verstehen als durch die Brille der deutschen Linken und äußersten Linken. Uns Polen kann es sich weder um die Gnade der Rechten noch um den Beifall der deutschen Linken handeln, unser nationales Interesse kann sich nur von unseren politischen Wegen leiten lassen, ohne daß wir auf fremde Ratschläge hören. Diese letzten Bemerkungen betreffen besonders auch verschiedene kleine polnische Zeitungen, die ganz unbewußt unter dem Einfluß liberal-jüdischer und sozialdemokratischer Zeitungen stehen, wofür der beste Beweis der letzte unsinnige Angriff des Dziennik Berlinski auf die polnische Reichstagsfraktion ist.

Aus Nr. 2 der Wzajemna Pomoc (Königshütte)
vom 15. Januar 1911:

10 000 neue Mitglieder in Oberschlesien.

Trotz der schwierigen Verhältnisse, unter denen der Zentralvorstand und der Abteilungsvorstand der „Polnischen Berufsvereinigung“ arbeiten müssen, haben sie doch seit der Verschmelzung der polnischen Organisationen in Oberschlesien bereits über 10 000 neue Mitglieder gewonnen. Das ist ein Beweis dafür, daß sich die „Vereinigung“ des Vertrauens der Kameraden erfreut, daß die polnischen Arbeiter in Oberschlesien immer mehr zu der Überzeugung kommen, daß sie sich zwecks Verteidigung ihrer Interessen zusammenschließen müssen.

Man muß danach trachten, daß sich die polnischen Arbeiter, sei es in der Heimat oder in der Fremde, in den Berufsorganisationen vereinigen, dann werden wir gewiß sein, daß dies zur Hebung der Aufklärung unter den Arbeitern und zur Besserung unserer materiellen Lage beitragen wird.

Viel Glück also den polnischen Berufsorganisationen!

Aus Nr. 2 der Wzajemna Pomoc (Königshütte)
vom 15. Januar 1910:

Die Versammlungen unserer Arbeiter.

Alles in der Welt strebt einem Ziele zu. Nur unsere Arbeiter scheinen nicht daran denken zu wollen. Doch auch die Arbeiter sollten das tun, d. h. sie sollten um die Besserung ihrer Existenz bemüht sein. Das haben unsere Arbeiter in der Fremde wohl verstanden, indem sie vor 8 Jahren die polnische Berufsvereinigung gründeten, die nun auch hier in Oberschlesien festen Fuß gefaßt hat. Die segensreiche Arbeit der

„Vereinigung“ ist sichtbar, deshalb treten die Arbeiter dieser polnischen Organisation auch so zahlreich bei. Weil sich die Versammlungen unserer Organisation des besonderen Schutzes der Polizei erfreuen, waren wir gezwungen, uns des öfteren mit dem Verfahren der Polizei zu beschäftigen. Die oberschlesische Polizei deutet hinsichtlich der Versammlungen manchmal die Vorschriften des Gesetzes zu unseren Ungunsten, weil zwischen den Arbeitgebern und der Polizei in Oberschlesien eine gewisse Verwandtschaft besteht, weil häufig irgendein Direktor, Inspektor, Obersteiger oder irgendein anderer Hüttenbeamter gleichzeitig auch Amtsvorsteher ist, deshalb ist es kein Wunder, daß sich die Versammlungen der Arbeiter der außergewöhnlichen Obhut der Polizei erfreuen. An die Beeinflussung der Schankwirte, daß sie ihre Säle zu den Arbeiterversammlungen nicht hergeben, wollen wir nicht erinnern. Aber auch die Filialversammlungen, die in geschlossener Gesellschaft stattfinden, nur für die Mitglieder der betreffenden Filiale, also solche Versammlungen, in denen nur soziale und Arbeiterverhältnisse zur Erörterung kommen, erachtet die Polizei für gefährlich. Weil die Polizei kein Recht hat, in einer solchen geschlossenen Versammlung anwesend zu sein; weil sie aber wiederum durchaus wissen will, was in diesen Versammlungen gesprochen wird, wendet sie verschiedene Mittel an, nur um ihr Ziel zu erreichen.

In Gogalkowitz bei Pleß wird eine Versammlung in geschlossener Gesellschaft einberufen, und zwar zum Zwecke der Gründung einer Filiale. Zu dieser Versammlung erhielten die Mitglieder namentliche Einladungen. Weil aber die Polizeibeamten den dortigen Mitgliedern der Filiale bekannt sind, bemühte sich die Polizei um einen Kriminalisten aus Bielsk (?) in Osterschlesien, den sie in jene Versammlung zum Zwecke der Überwachung entsandte. Der Geheimpolizist wollte auch durchaus in jene Versammlung hinein, aber das Kunststück gelang ihm nicht. Er mußte davon gehen, obwohl er das „Eintrittsgeld“ bezahlen wollte. Man erkannte den ungebetenen Gast rechtzeitig. — In Grogatschow (Schlesiengrube) entsandte die Polizei in die Versammlung der dortigen Filiale der Hüttenarbeiter einen Wirt, dem sie empfahl, sich als Mitglied aufnehmen zu lassen; die Wochenbeiträge wollte sie für ihn bezahlen, er dagegen sollte ihr dafür alles sagen, was in den Arbeiterversammlungen gesprochen wird, oder mit anderen Worten: er soll zum Schaden der Arbeiter Polizeispitzel werden. Ähnliche Beispiele haben wir mehr.

Weshalb schreiben wir das — und welche Lehre ergibt sich hieraus? Damit die Vertreter unserer Filialen wohl auf der Hut sind. Unsere Kameraden müssen zu jeder Versammlung ihre Quittungsbücher mitbringen, wenngleich einer den andern genau kennt. Die eingeladenen Gäste bzw. die Kandidaten sollte der Schriftführer in das Protokoll aufzeichnen. Wenn es notwendig wird, kann alsdann festgestellt werden, wer von Gästen und wie viele ihrer in der und der Versammlung anwesend waren. Es ist auch schon vorgekommen, daß die Polizei irgend eine Person in die Versammlung entsandte, die allen Mitgliedern bekannt war; und aus diesem Grunde wurde keine Legitimation verlangt. Als der Polizeibeamte sah, wie einer Person ohne Legitimation zu der Versammlung Zutritt gewährt wurde, verschaffte er sich Eingang ins Lokal, erklärte die Versammlung für eine öffentliche und löste sie auf.

Wir bitten alle Vertreter der Filialen inständigst, sich an die Vorschriften zu halten, die sie vom Hauptvorstande bezüglich der Bekanntmachung der Filialversammlungen erbeten haben.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 2 des Robotnik Polski na Obczyznie
(Berlin-Moabit)
vom 15. Januar 1911:

Jahresbericht über die Tätigkeit des polnisch-katholischen Vereins unter dem Schutz des St. Kasimir in Moabit für das Jahr 1910.

Im verflossenen Jahre hatte der Verein 32 Versammlungen abgehalten, an welchen durchschnittlich 60 Mitglieder teilgenommen haben. Überwiegend wurden in jeder Versammlung belehrende Vorträge, teils von Mitgliedern und teils von Fremden gehalten.

Es haben auch 10 außerordentliche Versammlungen stattgefunden, in welchen inhaltsreiche und belehrende Vorträge gehalten wurden; es wurde ferner von Kindern deklamiert, außerdem fanden kleinere Theateraufführungen statt. Seit der Zeit, als der Vorstand den Gedanken gefaßt hatte, beständig alle 4 Wochen außerordentliche Versammlungen abzuhalten und sich bemühte, für jede solche Versammlung entsprechende Redner zu besorgen, die belehrende Vorträge halten, begann unser Verein sich zu entwickeln.

Es wurden abgehalten 12 Vorstandssitzungen, sowie eine Generalversammlung, in welcher folgender Vorstand gewählt wurde: Kacmarek Nikolaus, Vorsitzender, Klupich Johann, Stellvertreter, Ciepielski József, Schriftführer, Dzikowski Roman, Stellvertreter, Cieslak Andreas, Kassierer, Pluskota Stanislaus, Stellvertreter, Smura Michael, Bibliothekar, Klauza Johann, Stellvertreter, Rozłowski Joseph und Jaremba Stanislaus, Beisitzer, Witkowski Johann und Kacmarek Franz, Stellvertreter, Schranz Egidius, Brzezinski Johann und Jasiaf Kasimir Kassenrevisoren.

Am Anfang des Jahres zählte der Verein 170 zahlende Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 145 Mitglieder beigetreten. Gegenwärtig zählt der Verein 300 Mitglieder ausschließlich derjenigen, welche mit den Beiträgen im Rückstande sind, sowie des Ehrenmitgliedes, zu welchen man den Herrn Abgeordneten Kulerski für die Verdienste um den Verein ernannt hatte.

Der Verein hat einen unerseßlichen Verlust durch den Tod seines Ehrenvorsitzenden, des verstorbenen Paters Egidius, welcher sich 14 Jahre um den Verein kümmerte, erlitten.

Der Verein hat folgende Festlichkeiten abgehalten: Das Stiftungsfest, das Namensfest des verstorbenen Ehrenvorsitzenden Paters Egidius, das Sommerfest, drei Ausflüge in den Wald mit Kindern, eine Mickiewicz-Feyer mit Lichtbildern aus dem Leben des Dichters mit Vorträgen, ein Vortrag mit Lichtbildern über Johann Matejko und Grotzger, das Fest der Einführung des neuen Seelsorgers, wobei die versammelten Mitglieder und Gäste 1000 an der Zahl, eine Resolution beschlossen haben, in der gegen die Beleidigungen, welche durch den römischen Bürgermeister, den Juden Nathan, gegen den heiligen Vater gerichtet worden sind, Protest erhoben wurde, sowie die Weihnachtsbescherung der Kinder, in welcher über 500 Kinder mit Süßigkeiten und Büchern beschenkt wurden. Es wurden auch sehr viele Gebetbücher und Fibeln verteilt.

Es hat sich auch dabei gezeigt, daß bei jeder Gelegenheit nicht umsonst vom Vorstandstische angeregt wurde, daß die Mitglieder sich um die Aufklärung durch Lesen polnisch-katholischer Blätter bemühen sollen.

und daß die Eltern gewissenhaft die Pflichten bezüglich ihrer Kinder erfüllen möchten.

Es hatte sich zur Deklamation eine so große Anzahl Kinder gemeldet, daß es geradezu nicht möglich war, auch nur die Hälfte deklamieren zu lassen. Es fand auch eine Aufführung des Stückes die „Geburt Christi“ statt, in welcher die Kinder der Mitglieder aufgetreten sind und wider Erwarten ihre Aufgabe sehr gut erfüllt haben. Der Verein hat auch Unterricht für die Mitglieder in der polnischen Rechtschreibung eingeführt.

Aus Anlaß des 25 jährigen Ehejubiläums hat der Verein einem Mitgliede ein Diplom überreicht. An freiwilligen Unterstützungen hat der Verein vier bedürftigen Mitgliedern 50 Mark bewilligt.

Der Verein besitzt auch eine Unterstützungskasse. Mitglieder, welche 20 Pfg. wöchentlich Beitrag zahlen, erhalten in Krankheitsfällen nach einer halbjährigen Zugehörigkeit 7 Mark wöchentlich.

Der Verein hatte im verflossenen Jahre an Einnahme 1566,97 M., an Ausgabe 835,71 M. zu verzeichnen, es verblieb ein Überschuß von 731,26 M. Das gesamte Vereinsvermögen beträgt 1607,50 M. welches sich in der Sparkasse befindet.

Der Verein besitzt zwei Fahnen, eine kirchliche und eine nationale, zwei Spinde, 5 Bilder sowie andere verschiedene Vereinsutensilien. Im verflossenen Jahre hat der Verein ein Bild seines Patronen des St. Kasimir angeschafft. Der Verein besitzt eine eigene bedeutende Bibliothek, sowie auch Bücher aus der Posener Volksbibliothek.

Der Verein gehört zu den folgenden Institutionen: Zum polnisch-katholischen Arbeiterverbande Deutschlands, zur Bewahranstalt, zum Verein „Oswiata“ und zur Konferenz von Johannes Ranty.

Mit der Fahne beteiligte sich der Verein an den Stiftungsfeiern der Vereine, sowie bei Hochzeiten und Beerdigungen der Mitglieder.

An der gemeinschaftlichen Kommunion nahm der Verein zweimal teil. Für verstorbene Mitglieder ließ der Verein drei hl. Messen halten.

Unser Verein wird sich wie bisher auch fernerhin um die beständige Entwicklung bemühen, um die Landsleute immer mehr aus den fremden Vereinen herauszuziehen und sie in unseren Versammlungen mit entsprechenden Vorträgen zu belehren.

Der beste Beweis dafür ist die Entwicklung des Vereins, die mit Publikum überfüllten Versammlungen und daß die Landsleute scharenweise in den Verein eintreten.

Deshalb vorwärts zur gemeinschaftlichen Arbeit, liebe Mitglieder, und Gott wird es geben, daß diese Arbeiten mit der Zeit reiche Früchte bringen werden.

Leslaus Ciecielski, Schriftführer
Siemensstr. 16.

Aus Nr. 3 des Glos Wielkopolanek (Posen)
vom 21. Januar 1911:

Die Unterrichts-Selbsthilfe junger Polinnen in Berlin

veröffentlicht folgenden beredten Aufruf:

Seit zwei Jahren schon existiert hier in Berlin ein Selbstbildungsverein unter dem Namen „Unterrichts-Selbsthilfe junger Polinnen in Berlin“. Von der Existenz dieses Vereins wird wohl so manche von Euch wenig oder auch gar nichts wissen. Hat eine Unterrichts-Selbsthilfe junger Polinnen denn ein Recht

zur Existenz? Ihr müßt es wohl zugeben, daß dies der Fall ist!

Wir, Euch an Alter gleich und erzogen unter uns fremden Elementen und unter überaus schwierigen Verhältnissen können das am besten beurteilen.

Was gibt es Schöneres, als das gegenseitige Belehren in der vaterländischen Geschichte und das Pflegen der Sprache, in der man uns an der Wiege sang? Doch leider, nur eine Handvoll von uns hat das verstanden, und wie wenige von uns fühlen sich nur dem Namen nach als Polinnen! Wer verschuldete diese nationale Gleichgültigkeit? Doch wohl das Vaterhaus, die Mutter, deren Pflicht es gewesen wäre, die Liebe zum Vaterlande uns einzupflanzen.

Ein schwerer Vorwurf, doch oftmals leider mehr als gerechtfertigt. Sollten also die Eltern nicht diesen großen Fehler wieder gut machen?

Doch oft geschieht gerade das Gegenteil. Statt die Jugend anzuspornen, polnischen Vereinen anzugehören, verbieten oftmals die Eltern den Kindern dieses. Sollte es sein? Und wenn sie es auch nicht verbieten, so ist's den Eltern zum Teil sehr gleichgültig, wo die Kinder ihre freie Zeit zubringen. „Mögen sie sich amüsieren, dazu sind sie jung“ — das ist der Refrain, den man oftmals hört. Also deswegen weil wir jung sind, sollen wir uns amüsieren? Wie peinlich ist es, wenn man auf einem polnischen Vergnügen hört, wie Polen und Polinnen untereinander sich deutsch unterhalten oder die Muttersprache radebrechen! Aber sie amüsieren sich! . . .

Den für die nationale Sache weniger Gleichgültigen drängt sich die Frage auf, wer eigentlich an diesen Verhältnissen schuld ist? Junge Polinnen, habt Ihr nur Zeit zum Amüsement? bleibt Euch zur Bildung keine Minute übrig? Was Euch also das Vaterhaus nicht gegeben hat, das müßt Ihr Euch selbst erringen, nämlich die nationale Erziehung, welche notwendig ist, wenn wir der Gesamtheit dienen wollen, was übrigens unsere heilige Pflicht ist. Was sollt Ihr also, Ihr minder Aufgeklärte tun? Tretet scharenweise der „Unterrichts-Selbsthilfe“ bei, denn dieser Verein gibt sich die größte Mühe, seine Mitglieder zu bewußt-patriotischen Polinnen zu erziehen.

Wie wir schon erwähnten, ist die „Unterrichts-Selbsthilfe“ eine Vereinigung zur Weiterbildung. Es ist bekannt, daß die Lehrende gewisse Kenntnisse besitzen muß — und unserm Vereine fehlt es an solchen Leuten.

An euch in besseren Lebensverhältnissen erzogenen Schwestern — Polinnen — appellieren wir —, denn wir alle sind Schwestern, Kinder einer Mutter —, uns zu unterstützen. Lastet auf euch nicht ebenfalls die Pflicht, sich mit uns zu vereinigen und zu helfen in der Aufklärung der minder Aufgeklärten? Möge euch die manchmal schwere und mühselige Arbeit nicht abschrecken. Opfern die um ein Stück Brot schwer Arbeitenden ihre freien Stunden der Weiterbildung, so seid ihr wohl verpflichtet, ihren Wissensdurst zu stillen! Also noch einmal wenden wir uns an euch, ihr minder Aufgeklärten, und an euch, die ihr uns helfen könnt: Vereinigt euch mit uns, denn nur mit vereinten Kräften gelangen wir ans Ziel!

Unsere Sitzungen finden jeden Sonntag nach dem Ersten und Fünfzehnten eines jeden Monats im Lokal des Herrn Januszkiewicz, Melchiorstraße 15, um 5 Uhr nachmittags statt. An den übrigen freien Sonntagen ist Unterricht ebenfalls von 5 Uhr ab im erwähnten Lokale. Zur nächsten Sonntagsversammlung ladet herzlichst ein

Der Vorstand
der Unterrichts-Selbsthilfe junger Polinnen in Berlin.

Aus Nr. 7 der Osa (Herne-Horsthausen)
vom 17. Januar 1911:

Lehrer und Eltern.

Ehemals erleichterte bei uns die Schule den Eltern die Erziehung der Kinder. Sie erläuterte nicht nur die Glaubenswahrheiten in der Muttersprache der Schüler, sondern sie hatte auch bei dem Unterricht in andern Fächern die Einimpfung der Grundsätze der Moral im Auge. Der Lehrer war im kirchlichen Leben für seine Schüler ein Muster und ein Beispiel. Er vertrat völlig die Eltern und die Kinder gehorchten ihm in jeder Hinsicht.

Die Schule ging also bei dem schönen Werke der Erziehung Hand in Hand mit den Eltern. Sie wirkte in dieser Hinsicht nicht nur auf die Kinder und auf die Jugend ein, sondern häufig auch auf die Eltern. Die Jugend besuchte unter Aufsicht ihrer Lehrer den Gottesdienst in der Kirche und legte dann in der Schule über die Predigt und über die Kirchenlehren Rechenschaft ab. Der Lehrer war nicht nur von den Kindern und der Jugend geehrt und geliebt, sondern auch von den Eltern. Nach dem Verlassen der Schule gedachten die Schüler stets ihrer Lehrer. Sie besuchten sie und bereiteten ihnen angenehme Überraschungen.

So war es früher — heute ist es anders. Der Unterricht findet in deutscher Sprache statt. Sogar der heilige Religionsunterricht wird in deutscher Sprache erteilt. Niemand denkt daran, ob auch das jüngste Kind die deutsche Sprache versteht und die ihm vorgetragenen Wahrheiten unseres heiligen Glaubens begreift. Es ist dies die Anordnung der Schul- und Regierungsbehörden, nach welcher sich die Lehrer in vollem Umfange richten. In dem Denken des Kindes entsteht dadurch Verwirrung, in dem Herzen Unruhe. Die polnischen Kinder, die die deutsche Sprache nicht verstehen, plappern wie die Papageien; von hier aus droht der polnischen Jugend in religiöser und geistiger Hinsicht eine große Gefahr.

Die Lehrer haben von oben den Befehl erhalten, den Kindern das Deutschtum einzulöschen. Für eifrige Tätigkeit in dieser Richtung erhalten sie von der Regierung außerordentliche Geldgaben, sogenannte „Ostmarkenzulagen“. Mit ihrer Arbeit ist die Regierung vollkommen einverstanden. Jene dagegen, die nicht nach der Regierungspfeife tanzen, versetzt sie in ferne Gegenden, wo es keine Polen gibt. Die Lehrer meiden jeglichen Verkehr mit den Eltern und von der katholischen Geistlichkeit halten sie sich fern, ja manchmal leben sie mit den Geistlichen sogar in Unfrieden.

Wenn nach altem Brauche die Schulkinder zur Schulmesse in die Kirche geführt werden, dann verlangen die Lehrer, daß während derselben deutlich gesungen wird, sogar in rein polnischen Parochien. Manche Lehrer sind in dem Bestreben, ihren Vorgesetzten zu gefallen, sogar so weit gegangen, daß sie in Prozessen, die durch Denunziationen veranlaßt worden waren, als Zeugen gegen Priester auftraten, die der „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten von der Kanzel herab“ angeklagt waren. Solche Verhältnisse hat schon das germanisatorische System der preussischen Regierung geschaffen.

Für die empfangenen Ostmarkenzulagen und häufig auch auf Wunsch der Regierung sind die Lehrer Mitglieder der Kriegervereine und Ostmarkenvereine, und sie ermuntern sogar Polen dazu, sich als Mitglieder dieser germanisatorischen Vereine eintragen zu lassen. Es sind also der Religionsunterricht in der Schule und mit ihm die Lehrer in den Dienst des antipolnischen Systems getreten. Wir haben heute nur sehr wenige polnische Lehrer und jene, die es sind, müssen nach der

Pfeife der Regierung tanzen. Viele ändern ihre Familiennamen in deutsche um.

Was haben wir also zu tun? Mit dem Kopf werden wir die Wand nicht einrennen und sofort wird es nicht besser werden. Unsere Abgeordneten sind mit allen Kräften bemüht, uns wenigstens den polnischen Religionsunterricht wieder zu verschaffen, aber bei der heutigen hakatistischen Strömung können sie keinerlei Erleichterung erlangen. Wir müssen also zur Selbstverteidigung und zur Selbsthilfe greifen. Das ist das einzige Mittel, das uns Vorteile bringen kann. Wir müssen in unserer Jugend den katholischen Geist so pflegen, daß sie im späteren Leben den heiligen Glauben und die Muttersprache nicht von sich wirft. Es ist nämlich eine klare und festgestellte Tatsache, daß die Germanisierung und Protestantisierung hauptsächlich dort Fortschritte machen, wo die religiöse und nationale Erziehung von Jugend an eine nicht ausreichende war.

Viele unserer Landsleute fallen alljährlich vom nationalen Stamm ab. Ein jeder derartige Fall des Abfalls, sei es in konfessioneller oder nationaler Hinsicht, ist eine schwere Anklage der Eltern. Augenscheinlich haben sie ihren Kindern gegenüber ihre Pflichten nicht erfüllt. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß ihre Kinder die von der Kirche vorgeschriebenen Lehren aus einem polnischen Katechismus und aus einer polnischen biblischen Geschichte erlernen. Die Eltern müssen darauf achten, daß das polnische Kind das Leben der Heiligen, die Bedeutung des Kirchenjahres kennen lernt, daß es die unsere Herzen durchdringenden Kirchenlieder, die Geschichte der polnischen Nation erlernt, daß es, mit einem Worte gesagt, polnisch denkt und empfindet, daß es weiß, daß es polnisch und katholisch ist.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 14 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 14. Januar 1911:

Das eigensinnige Berlin.

L e m b e r g, den 14. Januar 1911.

Die deutsche Regierung, die aus ihren Bürgern die letzten Säfte zur Beschaffung immer neuerer Panzerschiffe, Geschütze, Festungswerke und dergl. auspreßt, sieht es sehr ungern, wenn irgendein anderer ihr in dieser Hinsicht nachahmen will. Und sie kann geradezu ihre Unzufriedenheit nicht verhehlen, wenn dieser andere ihr nächster Nachbar ist. Hiervon hat sich in sehr empfindlicher Weise Dänemark überzeugt.

Das dänische Kabinett beschloß im Frühjahr des vergangenen Jahres, die Staatsverteidigung auf die gehörige Höhe zu bringen. Es versicherte auf Schritt und Tritt seinem deutschen Nachbarn, daß es ihm vollständig traue, was es jedoch nicht hindere, Mittel und Wege zum Schutze der Staatsgrenze gegen Deutschland zu unternehmen. Dies rief in Berlin große Unzufriedenheit hervor, die dort in einer wahrhaft kreuzritterlichen Weise in Erscheinung trat. Die deutsche Regierung erließ unter dem Vorwande, daß aus Dänemark Fleisch von tuberkulösem Vieh nach Deutschland ausgeführt werde, eine Menge gesetzlicher, die dänische Ausfuhr in hohem Grade einschränkender Bestimmungen. Sie führte eine besondere Quarantäne in den Häfen ein, verbunden mit einer Menge von Formalitäten, die den dänischen Lieferanten ungeheure materielle Verluste verursachten.

Die Folge davon war, daß sich die Ausfuhr von in Dänemark geschlachtetem Fleische äußerst verringerte, während gleichzeitig die Preise für heimisches Fleisch in Deutschland, namentlich in Berlin stiegen. Die

deutschen Abnehmer, die an die „dänische Gefahr“ nicht recht glaubten und lieber billiges Fleisch haben wollten, protestierten gleichfalls. Der „Danja-Bund“ nahm sich dieser Sache an und entsandte einen besonderen Sachverständigen nach Dänemark. Das Ergebnis der Reise war ein außergewöhnliches. Der deutsche Sachverständige kam, nach genauer Feststellung des Sachverhalts, zu der Überzeugung, daß alle Schwierigkeiten bei der Einfuhr des dänischen Fleisches lediglich die Beseitigung des dem deutschen Fleische gefährlichen Wettbewerbers bezwecken.

Die von der Regierung unternommenen Maßnahmen seien, nach Ansicht des Sachverständigen, vom gesundheitlichen Gesichtspunkte aus betrachtet, vollständig zwecklos und schlossen durchaus nicht die Möglichkeit der Zufuhr ungesunden Fleisches aus.

Das Ergebnis dieser Ermittlungen machte in Deutschland einen tiefen Eindruck. Man fing an, sich über die Regierung und die Junker zu beschweren, die Sozialdemokraten nahmen keinen Anstand, eine entsprechende Agitation zu entwickeln, die auf einen sehr fruchtbaren Boden fiel und die breiten Bevölkerungsschichten bis zu dem Grade aufreizte, daß man von einer revolutionären Gärung zu sprechen anfangte und die zum nicht geringen Teil zu den Krawallen in Moabit beitrug —, zu den Krawallen, deren strenger Epilog jetzt vor Gericht seinen Abschluß fand, um mit einer neuen revolutionären Periode in den Arbeiterkreisen zu beginnen.

Die Berliner Regierung ist jedoch gewöhnt, halsstarrig zu sein. Sie sieht vielleicht ein, daß sie ungeschickt handelte, sie will jedoch nicht einlenken, denn dies würde ein Zugeständnis für die Regierten sein, es würde beweisen, daß sie sich durch die Sozialdemokraten und die Dänen besiegt fühle.

Sie hat also die Arbeiter, die sich in dem Moabiter Stadtviertel empörten, ins Gefängnis bis zu drei Jahren geworfen und beschlossen, die indirekten Mitschuldigen an der Volksunzufriedenheit in Deutschland, die Dänen, auf andere Weise zu bestrafen. Sie wendete sich nämlich gegen die in der von Dänemark losgerissenen Provinz Schleswig-Holstein angesessenen Dänen. Die Schulbehörden verboten den Kindern deutscher Abstammung, den Unterricht bei Geistlichen dänischer Schulen zu besuchen, selbst dann, wenn ihre Eltern das wünschten. Alle Bitten der dänischen Geistlichkeit um Aufhebung dieses Verbots blieben ohne Erfolg. Ein Kind also, wenn es auch der deutschen Sprache nicht mächtig ist, amtlich aber als von deutschen Eltern abstammend anerkannt worden ist, darf eine dänische Schule nicht besuchen, auch keine Lieder und Gebete in dänischer, sondern lediglich in der ihm unverständlichen deutschen Sprache lernen. Und dies soll noch nicht das Ende der Bedrückung des dänischen Elements sein, das sich die Sympathien der chauvinistischen deutschen Kreise nicht zu gewinnen verstand.

Aus Nr. 377 der Prikarpatzkaja Rus
(Karpathenländisches Rußland)
(Lemberg)

vom 30. Dezember 1910/12. Januar 1911:

Von allen Gegenden unserer Heimat erhalten wir Nachrichten von Ungeheuerlichkeiten und grober Willkür der Behörden und ihrer Organe bei der Durchführung der Volkszählung. Der polnische „Drang“ nach dem Osten bei der jetzt vorgenommenen Volkszählung übersteigt alles Dagewesene an Schamlosigkeit und Zynismus. Dies wird noch durch den

Umstand vermehrt, daß die Vertreter der Behörden, mit seltenen Ausnahmen — offen — ohne Scham — ihre Organe, die Zählkommissare, frei schalten und walten lassen, die als gehorsame Werkzeuge der polnischen moralischen Regierung mit Gewalt und widerlichem Betrug gegen das russische Volk vorgehen. Nach den uns zugegangenen Nachrichten führen die polnischen Kommissare überall das Zählgeschäft in polnischer Sprache durch, die Proteste der russischen Leute beachten sie nicht und schüchtern die Bauern mit Geldstrafen und Arreststrafen-Androhung ein; die russischen Leute römisch-katholischen Glaubensbekenntnisses, die als Umgangssprache „russisch“ angeben, tragen die Kommissare eigenmächtig als Polen in die Listen ein („Umgangssprache polnisch“), die dagegen protestierenden werfen sie zur Tür hinaus und füllen ohne deren Beisein die Listen nach ihrem Gutdünken aus. Vornamen und Familiennamen von russischen Leuten ändern sie in polnisch klingende um. Sie lassen bei der Befragung der wenig aufgeklärten Bauern die Anwesenheit von anderen Personen (zum Teil sind das Dorfgeistliche, die dazu seitens des griechisch-katholischen erzbischöflichen Konviktoriums bestimmt sind) nicht zu und so gibt es Fälschung und Betrug auf der ganzen Linie. Die seitens der k. k. Bezirkshauptmannschaften ernannten Zählkommissare sind überall Polen oder aber solche Leute, die blind die geheimen, gesetzwidrigen Befehle ihrer Herren, d. h. der polnischen Beamten der k. k. Bezirksbehörden und anderer „mächtiger Pans“ ausführen. Das Gemeinderecht bestimmt die Befugnis der ländlichen Gemeinden, selbst ihre Zählkommissare zu wählen, aber überall, mit seltenen Ausnahmen — ist dieses Recht eigenmächtig von den polnischen k. k. Bezirksbehörden ohne gesetzliche Motivierung kassiert, kraft des bekannten historischen Grundsatzes: *We Polsce, jak kto chce*“ (In Polen tut jeder, was er will). Die Forderung, die Umgangssprache mit „russisch“ anzugeben, wird von den Kommissaren regelmäßig abgelehnt. In vielen Orten haben daher die Bauern eigenmächtig beschlossen, nicht zur Zählung zu erscheinen und kommen auch nicht. Es lassen sich die Zusammenstöße mit den Behörden voraussehen, die — anstatt die Sache vom neutralen Standpunkt zu behandeln und für ein geziemliches Zählungsgeschäft zu sorgen — die Gesetzeswidrigkeiten und Willkürakte der verschiedenen berufenen und ungerufenen Agenten des polnischen nationalen Chauvinismus in Schutz nehmen. So hat man im Zolkiewer Kreise, im Dorfe Turinka, den Studenten Wolniński und drei Bauern verhaftet, hält sie schon drei Tage in Haft und beschuldigt sie der öffentlichen Gewalttätigkeit und des Vergehens gegen das Versammlungsrecht, nur um des einen willen, weil die aus der Kirche herausgetretenen Bauern über die Volkszählung mit einander schwätzten und auf dem Kirchhofe den Studenten Wolniński um einige Auskünfte über die Volkszählung baten. Die polnischen Geistlichen können frei von der Kanzel herab zum Nutzen der „Gebets“-sprache und von Zählungsfälschungen agitieren, die polnischen Kirchenbeamten und Organisten dürfen offen in Kirche und Haus gesetzwidrige Agitation treiben. Die russischen Bauern aber, die, einer jahrhundertlangen Gewohnheit folgend, vor der Kirche über Tagesfragen schwätzen (wie das von jeher an jedem Sonn- und Feiertage geschieht) werden zu Verbrechern gestempelt und in Haft gesetzt.

Aber das ist noch wenig; als eine Massen-Deputation von Bauern unter Führung ihres Pfarrers bei dem Bezirkshauptmann wegen des gesetzwidrigen Vorgehens der ihm unterstellten Beamten vorstellig wird, benimmt sich der k. k. Bezirkshauptmann, der polnische „Kulturträger“ Korytowski, gegen den russischen Pfarrer grob und beleidigend, empfängt die Bauern mit Gebrüll

und Schimpfworten und schlägt sogar noch einen von ihnen.

„W Polsee, jak kto chce“ — In Polen tut jeder, was er will — Man schlägt für das russische Gebet, wie bei den W hlen die russischen Bauern und schießt auf sie, wie auf wilde Enten; die jetzigen „Bojewoden“, die kaiserlich königlichen österreichischen Beamten, die zur Beachtung des Gesetzes berufen sind, behandeln Gebildete und Bauern wie das „Vieh“. Scheinbar kommen die Zeiten eines Kanewski und Wischniewski wieder. Das österreichische Gesetz scheint für unsere Provinz keine Geltung zu haben; hier ist „polnisches Land“ und das historische „polnische Paradies“.

Aber nicht lange mehr soll dies polnische „Paradies“ bei uns triumphieren. Jetzt ist nicht mehr die Zeit, wo die Schläge auf eine erschreckte und furchtsame Herde fallen. Unser Volk ist gereift und läßt sich nicht mehr beleidigen. Für seine Rechte wird es mannhaft eintreten ohne Furcht vor Arrest und sonstigen Strafen!

Aus Nr. 90 des
Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 6. Januar 1911.

Deutschgalizische Mittelschulfragen.

(Polonisierung der deutschen Mittelschuljugend in Galizien. Wie erhalten wir unsere Kinder an den polnischen Anstalten deutsch? Unsere Forderung nach deutschen Mittelschulen in Galizien.)

Es ist hoch an der Zeit, den Finger in eine Wunde zu legen, die Krebsartig am deutschen Volkskörper in Galizien frisst und seine edelsten Säfte vergiftet. Es muß endlich die Frage ange schnitten werden, welche Mittel angewendet werden müssen, um der Polonisierung unserer deutschen Jugend an den polnischen Mittelschulen zu steuern, die uns systematisch unsere heranwachsende deutsche Intelligenz abwendig macht, dem Polentum mitunter die tüchtigsten Männer aus unserer Mitte großzieht, die dann im Kampfe gegen das galizische Deutschtum in die vorderste Gefechtslinie vorgeschoben werden. Ein umgekehrter Wallenrodismus! — Dann klagen wir Deutsche in Galizien, daß wir keine Intelligenz besitzen, also Männer mit Hochschulbildung, die berufen wären, Führer und Leiter ihres Volkes im Lande zu sein. Wir haben tatsächlich keine deutschen Ärzte, Advokaten, Professoren, Techniker u. s. w., weil sie als Mittelschüler an den polnischen staatlichen Gymnasien und Realschulen die Metamorphose vom Deutschen zum Polen durchmachen. Denn was sind Männer wie: Professor Bijanz und Professor Hauswald an der Lemberger Polytechnik, die Professoren Rehmann, Rüdiger, Zuber, Balzer, Schramm und Gerstmann an der Lemberger Universität, die Abgeordneten Adam, German und Rübenbauer im Parlament und in der Landtagsstube, Ärzte und Advokaten, wie Schellenberg und Langner, Seine Eminenz der Erzbischof Viber alias Wilczewski, was sind diese Leute sonst, als durch das chauvinistische Fegefeuer der polnischen Mittelschule zu Urpolen geläuterte Schwabensöhne? Im polnisch-nationalen Gemeinderate der Landeshauptstadt Lemberg sitzen abtrünnige Deutsche wie Friedrich, Riedl, Schneider, Epler usw. Und wo ist die Legion der Angestellten deutscher Herkunft in den verschiedensten Staats- und Landesämtern?

Fürwahr, der berühmte polnische Schriftsteller Boleslaus Prus hat recht, wenn er mit Befriedigung

hervorhebt, daß die Deutschen in den polnischen Ländern zu Fleisch und Blut des Polentums geworden sind. Und ergänzen wir noch diese Wahrheit: wäre dem polnischen Volkskörper seit dem frühesten Mittelalter nicht deutsches, lebenskräftiges, frisches Blut Jahrhunderte hindurch zugefloßen, gäbe es überhaupt noch eine polnische Nation? —

Welche Macht ist es nun, die die edelsten Zweige des deutschen Volkes auf den polnischen Volksstamm verpflanzt? Das ist die polnische Mittelschule! Die polnischen Mittelschulen in Galizien sind Polonisierungsanstalten, sei es mit oder ohne Absicht. Bekanntlich ist zu den neuen pädagogischen Grundsätzen, wie individuelle Erziehung, Ausschaltung von unnützem Gedächtnisballaste und Rücksicht auf die Schulhygiene, als neuestes Erziehungsmoment die nationale Erziehung der Schüler hinzugekommen und hat sich bereits zu einer der ersten Forderungen im Schulwesen hindurchgerungen. Zwar war die polnische Mittelschule immer streng national, gegenwärtig hat sie aber als solche vom autonomen galizischen Landesschulrate das offizielle Approbaturum dazu erhalten.

Aber auch im allgemeinen hat sich heute der Begriff „Schule“ im Verhältnis zu früher verschoben — nicht gerade zu seinem Nachteil. Die Schule, insbesondere die höhere, ist heute nicht mehr dazu da, um der jungen Generation eine Summe von Kenntnissen beizubringen, ihre Hauptaufgabe ist, die Jugend für ihre einstige Betätigung im öffentlichen wirklichen Leben vorzubereiten. Die heutige Schule hat Charaktere heranzubilden, Individuen, die vor allem innerhalb der natürlichen engeren Grenzen der menschlichen Gesellschaft, des eigenen Volkes und des eigenen Staatswesens, würdig an Stelle der älteren Generation treten sollen. Der kosmopolitische Allerweltsdufel ist verraucht, und die Schule ist national geworden.

Es ist daher selbstverständlich und natürlich, daß die Mittelschule gegenwärtig beim Unterrichte die Jugend auf ihre unmittelbarste geistige Umgebung immer wieder hinweist, damit sich in der Seele des Schülers alle Bildungselemente seines unmittelbarsten geistigen Milieus wie in einem Brennpunkte sammeln, damit er sich bewußt wird, daß er vor allem ein Glied der Kette von Menschen ist, mit denen er die köstliche Gabe der Muttersprache teilt, daß er Erbe der geistigen Güter seines Volkes ist, die er von den Geisteshelden seines Volkes in seiner Muttersprache zum Geschenk erhalten hat, und die er zu pflegen und zu mehrten verpflichtet ist. Das kann aber nur eine vom völkischen Geiste durchdrungene Schule erreichen. Zu dieser Erkenntnis sind nun tatsächlich auch die Schulbehörden im autonomen Galizien gelangt — ob auch die deutschen Landesschulräte im übrigen Österreich?

In allen galizischen Mittelschulen, den staatlichen und den Landesanstalten, wird gegenwärtig der Forderung nach nationaler Erziehung Rechnung getragen. Die Lehrbücher geben statt des veralteten kosmopolitischen Erziehungsprinzips dem modernen nationalen Raum. In Geschichte, Geographie, Sprache und Literatur wird das Hauptgewicht ausschließlich auf die Vaterlandskunde, die Muttersprache und die Literatur des eigenen Volkes gelegt. Bei allen geschichtlich bedeutungsvollen Gedenkfeiern der Nation wird die Schuljugend zur Verinnerlichung der Bedeutung derselben, zur Nachahmung der Tugenden großer Männer des eigenen Volkes in besonderen Vorträgen in der Schule angehalten.

Unter Vaterlandskunde verstehen aber die Polen nicht die Geschichte Österreichs, sondern die des ehemaligen Königreiches Polen. Tatsache ist, daß mit der polnischen Geschichte in der untersten Klasse begonnen und in den obersten geschlossen wird. Bei der Matura wird beinahe ausschließlich die polnische Geschichte und

Die Landeskunde des ehemaligen polnischen Reiches geprüft. Alle polnischen Lesebücher sind im exklusiv polnisch-nationalen Geiste verfaßt. Der polnische Nationalgeist wird aber auch sonst noch bei allen nationalen Festtagen unter der Jugend wach gehalten. Bei der jährlichen Feier des Aufstandes vom 29. November 1831 und des vom Jahre 1863, wie auch beim 3. Maieste werden in den Schulen offiziell entsprechende Vorträge für die Schüler gehalten. In allen Anstalten wird überdies jährlich eine obligate Mickiewiczfeier von den Schülern veranstaltet. Daß bei allen diesen Gelegenheiten die polnische Nationalhymne „Noch ist Polen nicht verloren“ gesungen wird, ist selbstverständlich.

So stehen denn die österreichischen Gymnasien und Realschulen in Galizien ganz im Zeichen des polnischen Nationalgeistes. Es kann ja schließlich niemand den Polen verwehren, daß sie ihre nationalen Dichter und Helden in der Schule verehren und feiern. —

Aber in solche nationalpolitische Schulen gehören unsere deutschen Kinder nicht hinein! Denn in solchen Schulen muß unsere deutsche Jugend dem polnischen Chauvinismus zum Opfer fallen! Sie geht zu 99% dem Deutschtum in Galizien verloren!

Wenden wir uns nun der Statistik und dem unvermeidlichen Polonisierungsprozeß der deutsch-galizischen Schulbildung zu! Vorausgeschickt sei, daß es in Galizien 56 vollständige polnische Gymnasien mit 5 selbständigen Filialgymnasien und 11 vollständige staatliche Realschulen gibt. Die Ruthenen besitzen nur 6 Gymnasien. Als fünftes Wagenrad figuriert das sogenannte „deutsche“ Gymnasium in Lemberg, ein polnisches Gymnasium mit deutscher Unterrichtssprache. Für die Deutschen kommen dieses Zwitterding von deutschem Gymnasium und die polnischen Anstalten in Betracht.

Wir legen der statistischen Betrachtung die Schulberichte der Schuljahre 1906/7 und 1908/9, somit einer Zwischenzeit von 2 Jahren zugrunde. Nach diesem statistischen Ausweise des gal. Landesschulrates gab es an allen galizischen Gymnasien und Realschulen im Jahre 1906/7 248 deutsche Schüler, im Schuljahre 1908/9 nur noch 204. Eine größere Anzahl Deutscher wiesen in beiden Zeitabschnitten folgende Anstalten auf:

	1906/7	1908/9
Lemberg, deutsches Gymn.	117	117
Stryj, poln. Gymn.	29	10
Stanislaw, p. Realsch.	17	17
Lemberg, IV. G. und Fil.	15	3
Przemysl, p. G.	11	8
Stanislaw, p. G.	9	10
Zusammen	198	165

Innerhalb zweier Jahre sehen wir an obigen Anstalten einen Abgang von 33 Schülern. Nach der behördlichen Statistik nahm die deutsche Schülerzahl in diesem Zeitraum um 44 ab, was ganz widersinnig ist, denn der Besuch der Mittelschulen durch Deutsche nimmt stets zu. Aber diese Statistik ist im ganzen falsch! Es gibt in Galizien so und soviel mal mehr deutsche Mittelschüler!

Es ist ja bekannt, daß unter dem obwaltenden polnischen Chauvinismus nur selten ein deutscher Vater es wagt, sein Kind als deutsch in die Schule eintragen zu lassen, aus berechtigter Angst vor Schikanierungen. Ein Beispiel möge dies beleuchten. An einer Anstalt hatten sich 1909/10 9 deutsche Schüler zu ihrem Deutschtum bekannt, während es aber tatsächlich an dieser Schule 33 Deutsche gab! Also 24 sind von ihren Eltern verleugnet worden, und mit welch blutendem Herzen tut es oft ein Vater, weil er es tun muß, will er seinem Kinde das Studium nicht erschweren. Aber die Polonisierung deutscher Kinder an den polnischen Mittelschulen geht auch ohne Schikanie-

rung den natürlichen psychologischen Prozeß in der polnisch-nationalen Atmosphäre: Sie müssen zu Polen werden, denn ihr Herz und Sinn wird derart von dem Ritzel polnischer Romantik gefangen genommen, während sie von der Geschichte und Literatur ihres eigenen Volkes in diesen für die Bildung von Herz und Gemüt wichtigsten Jahren gar nichts, wenigstens nichts erhebendes, wenn nicht gar Spott und Hohn hören!

Sollte man nun den deutschen Schülerverlust an jener als Beispiel angeführten Schule (24 von 33) als Maßstab für die Verluste des deutschen Schülerelementes in Galizien überhaupt annehmen dürfen, so bedeutet er 75 Prozent unserer jungen Generation. Daß dieser Prozentsatz nicht etwa zu hoch gegriffen ist, beweisen die Verhältnisse in Neu-Sandez. 1907/08 gab es dort 16 evangelische und nur einen deutschen Schüler, 1908/09 22 evangelische und keinen einzigen Deutschen! Es ist aber absolut wahrscheinlich, daß sämtliche evangelische Schüler in Neu-Sandez auch deutsch sind — und kein einziger ist als Deutscher eingeschrieben! Das evangelische Element steigt von Jahr zu Jahr an den polnischen Mittelschulen, das deutsche nimmt ab. 1906/07 gab es 191 Evangelische und 248 Deutsche, 1908/09 202 Evangelische und nur noch 204 Deutsche. Wir fragen aber, wo sind die deutsch-katholischen Schüler? Denn gewiß sind diese bei weitem stärker vertreten als die deutsch-evangelischen. Nicht nur gibt es bekanntlich eine stattliche Anzahl deutsch-katholischer Landgemeinden in Galizien, sondern es lebt auch in den Städten eine Menge deutsch-katholischer Familien, deren Söhne umso leichter im Polentume aufgehen, da der Religionsunterricht ausschließlich polnisch erteilt wird, und damit das letzte und heiligste Band zwischen Glauben und Volkstum zerrissen wird.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, daß uns in den polnischen Mittelschulen 75 Prozent unserer deutschen Jugend verloren gehen.

Soll diesem Übelstande gesteuert werden, sollen wir dem Polentume nicht oft die tüchtigsten Männer aus unseren Reihen zuführen, wollen wir unsere junge Generation deutsch erhalten, dann muß für einen deutschen Bildungsgang derselben gesorgt werden, was aber nur an einer deutschen Mittelschule möglich ist.

Mit der Frage einer deutschen Mittelschule in Galizien wollen wir uns später beschäftigen. Wir verkennen keineswegs, daß der Weg zur Erlangung einer solchen lang und beschwerlich sein wird. Unterdessen heißt es aber, die Hände nicht müßig in den Schoß legen und mit Zähneknirschen untätig zusehen, wie unsere deutsche Jugend immer mehr dem polnischen Moloch zum Opfer fällt, sondern es gilt, alle möglichen Schutzmaßnahmen anzuwenden, um dieser Polonisierung zu begegnen und sie wenigstens einigermaßen einzudämmen.

Aus Nr. 90 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)

vom 6. Januar 1911:

Volkszählung.

Lemberg.

Obwohl das Gesetz klar und deutlich besagt, daß niemand verpflichtet werden kann, einen anderssprachigen Volkszählungszettel auszufüllen, wurden die Deutschen in Lemberg gezwungen, polnische Zettel anzunehmen und auszufüllen. Die Eintragungen geschehen aber durchwegs in deutscher Sprache. Um die Statthalterei auf diese Gesetzesverletzung der polnischen Behörde aufmerksam zu machen und nach Möglichkeit Abhilfe zu schaffen, hat

die Bundesleitung am 29. Dezember 1910 nachstehenden Protest an den Statthalter Dr. Bobrzinski abgesendet:
„Eure Excellenz, Herr Statthalter!

Die unterfertigte Leitung des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien sieht sich als deutscher Schutzverein genötigt, Euer Excellenz folgende Beschwerde über das gesetzwidrige Verfahren anlässlich der bevorstehenden Volkszählung unterbreiten und um rascheste Abhilfe bitten zu müssen: Es sind bereits von vielen Deutschen der Stadt Lemberg bei der Bundesleitung Klagen darüber eingelaufen, daß die Zählbogen der Konstriktion nur mit polnischem und ruthenischem Vordruck versehen sind, während sie gesetzmäßig in allen drei landesüblichen Sprachen, somit auch in deutscher Sprache vorgedruckt sein sollten. Die Deutschen fühlen sich daher in ihrem Recht, alle Daten zur Volkszählung in ihrer eigenen, der deutschen Umgangssprache, machen zu können, verkürzt, anderseits wird vielen Deutschen bei ihrer oft sehr mangelhaften Kenntnis der polnischen und ruthenischen Sprache die vollkommene Ausfüllung der Rubriken des Zählbogens ganz unmöglich gemacht.

Eure Excellenz werden daher gebeten, diesem Übelstande abhelfen und veranlassen zu wollen, daß die Zählbogen auch deutsch vorgedruckt, oder wenigstens bei Reklamationen deutscherseits anstandslos Zählbogen mit deutschem Vordruck ausgeteilt werden.“

Aus Nr. 90 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)
vom 6. Januar 1911:

Der Beichtstuhl und die Volkszählung.

In der Gemeinde M. kam in den letzten Tagen die Landwirtsfrau R. zur Beichte. Als sie schon die Absolution hatte und sich vom Beichtstuhl entfernen wollte, rief sie der Pfarrer zurück und sagte zu ihr: „Liebe Frau, bekennen Sie sich bei der Volkszählung als Polin!“ Darauf antwortete Frau R.: „Herr Pfarrer, das geht nicht, mein Mann ist ein Deutscher und da muß ich mich als Deutsche eintragen lassen.“ „Ach was“, sagte der Pfarrer, „wir Polen sind hier die Mächtigen und die Deutschen sind nur ein kleines Häuflein.“

So wird auch das Seelsorgeamt von den polnischen Priestern mißbraucht, um nationale Geschäftchen zu machen. T.

Ein Übergriff eines polnischen Bezirkshauptmannes.

Bei der Pferdeprämierung in Jaworow waren die Pferdebesitzer aus allen umliegenden deutschen Siedlungen vertreten. Der Landwirt H. aus Münchental hatte eines von den schönsten Pferden, was der Kommissionsarzt anerkannte und das Pferd auf den Prämierungsplatz führen ließ. Später kam der Bezirkshauptmann dazu und fragte, wem das Pferd gehöre. Man sagte ihm, dem H. aus Münchental. „So, dem H., aha, den kenne ich!“ Sprach und ging fort. Nach einer kleinen Weile kam ein Gensdarm und ließ das Pferd fortführen, so daß es nicht zur Prämierung kam. Herr H. ist nun Obmann in M. und der Bezirkshauptmann, der ihn durch die verschiedenen Schriftstücke kennen lernte, hat ihm die Prämie wahrscheinlich nicht gegönnt. Herr H. möge sich trösten, manchmal brauchen auch Bezirkshauptleute Prämien — ?! T.

Aus Nr. 17 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 17. Januar 1911:

Das Urteil Menchikows über die Polen.

Der für die „Nowoje Wremie“ schreibende bekannte russische Schriftsteller Menchikow versichert, daß in Rußland der Haß gegen die Polen wachse und sicherlich dem gegen die Juden genährten Haß gleichkomme, und die Ursache des Hasses sei die, daß die Polen den Russen das Brot fortnehmen.

Die Lage der Polen — so jammert Menchikow — sei eine schwierige, man müsse jedoch zugeben, daß auch die Lage der ihnen Gastfreundschaft gewährenden Länder nicht der Dramatik entbehre. Die ausländischen Ansiedler nach Art der Polen und Juden brächten allerdings mitunter etwas Kenntnisse und Fleiß mit sich, aber sie raubten den Russen den Verdienst und darin läge eben deren höchst gefährliche gesellschaftliche Rolle. Als Rußland Finnland und Polen an sich gerissen habe, habe es nicht verstanden, sie unschädlich zu machen. Diese Länder hätten mit Hilfe der russischen Bevölkerung besiedelt werden müssen, was vor 100 Jahren keine Schwierigkeiten gemacht hätte oder man hätte sie zu Vasallenstaaten machen sollen, wie man es mit Buchara gemacht habe. Da man weder aus Finnland, noch aus Polen einen realen Nutzen zu ziehen verstanden habe, so habe man sowohl Finnland, als auch Polen Gelegenheit gegeben, den verschiedensten Nutzen aus Rußland zu ziehen.

Die Engländer hätten Indien erobert und dort einen ungeheueren Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse gewonnen. „Wir aber“, bemerkt Menchikow, „haben uns selbst den Finnländern und Polen ergeben und ihnen Tür und Tor geöffnet. Was ist nun dagegen zu machen? Man müßte das finnländische Bürgerrecht in Rußland in dem Maße einschränken, in welchem die Rechte der Russen in Finnland eingeschränkt worden sind. Dies würde der finnländischen Ansiedlung in Rußland vorbeugen. Dasselbe müßte mit den Polen geschehen, sonst werde es so kommen, wie in dem prophetischen Traume des ägyptischen Pharao: die mageren Röhre fressen die fetten auf.“

Polen und Tschechen in Ostschlesien.

Es ist allbekannt, daß Polen und Tschechen in Ostschlesien sich seit jeher auf das heftigste bekämpfen. In diesem Kampfe haben sich die Tschechen als die rücksichtsloseren und erfolgreicherer erwiesen. So manche altpolnische Gemeinde im Kohlenrevier ist heute rein tschechisch geworden, und die Tschechen üben ihre Machtstellung mit einem Terrorismus aus, der seinesgleichen sucht. In letzter Zeit wurde in tschechischen und polnischen Blättern viel davon geschrieben, daß die Polen und Tschechen sich doch einigen sollten, um dann gemeinsam gegen die Deutschen vorzugehen. Erinnern wir uns daran, daß seit 40 Jahren in jedem Jahrzehnt solche Einigungsbestrebungen auftauchten, daß es auch mehrmals zu einem Friedensschlusse auf dem Papier kam. Aber der Kampf dauerte dennoch weiter. Die Gegensätze zwischen diesen slawischen Völkern sind zu groß, als daß dort, wo eine Berührung beider Volksstämme erfolgt, Reibungen vermieden werden könnten.

Aber die „große Politik“ der Slawen erfordert nun einmal eine Einigung, und wenn es auch nur eine Scheineinigung wäre. So werden denn auf beiden Seiten alle möglichen Pläne geschmiedet und Ausgleichsvorschläge gemacht. Sehr interessant ist der Vorschlag eines Dr. Mackowski, der im Krakauer „Swiat Słowiański“ diese Frage behandelt. Er verweist die Tschechen

auf Preußisch-Schlesien, wo sie genügend Terrain hätten, ihre nationalen Gelüste austoben zu lassen. In seinen „Betrachtungen über die Tschechen in der Ratiborer Gegend“ erhebt er den Vorwurf, daß die Tschechen in Ostschlesien die Polen tschechisierten, und wundert sich demgegenüber, daß die Tschechen ihre im Kreise Ratibor lebenden Brüder, die kirchlich zwar zur Diözese Olmütz gehörten, aber sonst territorial und geistig von Böhmen und Mähren vollkommen losgerissen seien, gänzlich der Germanisation überliezen. Nach der preußischen Statistik zählten die sog. Mähren 70 000 Köpfe; in Wirklichkeit seien es ihrer aber viel mehr, da Tausende von ihnen und besonders die wohlhabenderen, obwohl sie tschechisch sprächen, sich bei der Volkszählung als Deutsche ausgäben. Er beklagt, daß die Tschechen so wenig mit den Polen in gesellige und familiäre Beziehungen träten, was er dem Wirken der deutschen Geistlichkeit zuschreibt. Aus dem Grunde habe der überwiegend slawische (80 Prozent) Kreis Ratibor bis zum heutigen Tage deutsche Abgeordnete gewählt. Der bei den letzten Landtagswahlen gewählte polnische Landwirt Raczek komme nicht in Betracht, weil er auf Grund eines Kompromisses mit dem Zentrum gewählt worden sei. Der vor den Reichstagswahlen im Jahre 1893 unternommene polnische Versuch, die von ihren eigenen Brüdern vergessenen Tschechen zu nationalisieren, sei gescheitert, denn nur 500 tschechische Stimmen seien auf den polnischen Kandidaten gefallen. Die Germanisierung mache unter den Tschechen immer mehr Fortschritte, und wenn sich ihrer niemand annehmen sollte, dann würden sie in einigen Jahrzehnten in Deutsche verwandelt sein. Dr. Mackowski rät daher den Tschechen in Ostschlesien, im Kohlenrevier (er spricht immer vom „Teschner Bezirk“), den polnischen Seelenfang einzustellen und sich dafür mit der „Rettung“ der vergessenen Brüder in Preußisch-Schlesien zu befassen. Die Absicht ist ganz klar: dann würden in Ostschlesien die bekannten tschechisch-polnischen Kämpfe aufhören, die Tschechen in Preußisch-Schlesien würden gewonnen und dadurch würde die Verbindung zwischen oberischlesischen Polen und böhmischen Tschechen hergestellt werden. Mackowski rechnet geradezu mit der Möglichkeit, daß ein tschechischer Abgeordneter in den deutschen Reichstag einziehen könnte — Die Entsendung tschechischer Agitatoren aus Österreich hält Dr. von Mackowski für unausführbar, dagegen empfiehlt er, die Geistlichkeit, die das Olmützer Seminar besuche und dort auch die Weihen erhalte, zu nationalisieren, damit sie von dort nicht nur tschechisches Nationalgefühl, sondern auch eine gute Kenntnis der tschechischen Sprache nach Preußisch-Schlesien mitbringe. Wäre es denn nicht möglich, fragt Mackowski zum Schluß, auf diese Weise wenigstens einige Söhne des tschechischen Volkes aus dem Kreise Ratibor zu tschechischen Nationalisten zu erziehen und sie zur nationalen Arbeit unter ihren Landsleuten auf preußischer Seite zu wappnen? Könnte da nicht ein tschechisches Blatt zur Verbreitung der nationalen Aufklärung gegründet werden?

Mackowskis Plan mit diesem wunderlichen Rate, den er den Tschechen gibt, ist zu ersichtlich; er will das Interesse der Prager Tschechen von Ostschlesien ablenken; die Tschechen in Ostschlesien soll man in Prag fallen lassen, man soll die Polen in Ruhe lassen und ihnen Frieden geben. Das ist alles recht gut und schön, aber die Tschechen im Kohlenrevier sind viel zu sehr national gesinnt, als daß sie, selbst wenn sie von Prag aus keine Unterstützung mehr bekämen, sich ruhig den Polen unterwerfen würden. Uns Deutsche in Ostschlesien kann es kühl lassen, ob sich Tschechen und Polen einigen oder nicht. Eher könnten wir uns sogar freuen, wenn beide slawische Völker sich zu ruhigem und friedlichem Nebeneinanderleben zwingen würden. Ein tschechisch-polnisches Bündnis in Ostschlesien kann uns Deutschen

nicht viel schaden, wir werden doch immer wacker standhalten, und schließlich, wenn's gegen die Deutschen geht, sind heute schon und seit langer Zeit die Tschechen und Polen in Ostschlesien einig. Für uns Deutsche in Ostschlesien wird sich nichts ändern, aber in der Ratiborer Gegend muß man jetzt achtgeben, denn möglicherweise wird der Erfolg des Mackowskischen Artikels der sein, daß jetzt die Tschechen in Ostschlesien und in der Ratiborer Gegend ihren Nationalismus durchzusetzen bestrebt sein werden.

Aus Nr. 11/12 der Ukrainischen Rundschau
vom Dezember 1910:

Litauer und Polen.

Nach Erwachen des Nationalbewußtseins unter den Litauern erhob sich ein Kampf zwischen ihnen und den Polen. Er entbrannte dort am schärfsten, wo beide Nationalitäten neben einander wohnen. Trotzdem in manchem Kirchsprengel dort die litauische Bevölkerung bei weitem überwiegt, geschieht der Gottesdienst fast ausschließlich in polnischer Sprache, Gesang und Gebet ebenfalls so; soll es irgendwo auch noch in litauischer Sprache geschehen sein, so ist es nur sehr vereinzelt der Fall. Die Litauer verstehen von dem polnischen Gottesdienste kein Wort und fühlen sich zurückgesetzt und gekränkt. Sie wandten sich an die geistliche Obrigkeit mit der Bitte um Gottesdienst in beiden Sprachen da, wo das Verhältnis zwischen beiden Stämmen ein gleiches ist, aber sonst baten sie um den Gebrauch der litauischen Sprache da, wo diese in einem Kirchsprengel die vorherrschende ist. Doch die Polen strebten dawider, Zeter und Mord schreiend; sie erklärten laut, daß sie nie und nimmer die Einführung der litauischen Sprache in ihrer Kirche zulassen würden, weil die eine götzendienerische wäre. Es scheint uns, als hätten die armen Polen geglaubt, wirklich geglaubt, die Mutter Gottes habe nur polnisch gesprochen und gebetet, als könnte nur der polnisch Betende selig werden. —

So kam es in den Kirchen von Verzininken, Kalvarien und Wistyn zu blutigen Streitigkeiten. Nicht nur in den Kirchen, sondern überall und bei jeder Gelegenheit suchten die Polen sich über die Litauer zu erheben und sie zu demütigen.

Ist unter zehn Gästen eines Privathauses ein einziger Pole, so beginnt dieser die Unterhaltung arrogant in seiner polnischen Sprache. Spricht einer der litauischen Gäste ihn litauisch an, so tut er beleidigt und erwidert mit saurer Miene: „Sie wissen doch, mein Herr, daß ich nicht litauisch spreche!“ d. h. „nicht sprechen will!“ In Groß-Litauen*) behandelt der Pole einen Litauer ebenso, wie in Posen der Deutsche den Polen. Dieser verurteilt die Handlungsweise der Deutschen in den Abgrund, sieht aber in Groß-Litauen den Balken im eigenen Auge nicht. Überhaupt höhnt er den Litauer und nennt ihn trotz deprimierender Behandlung wie im Spott „Bruder“!

Wenn die preußische Regierung die Polen in Posen germanisiert, so hat sie vom staatlichen Standpunkte (nicht vom humanen) ihre Berechtigung dazu; ist sie doch die rechtliche und gesetzliche Verwaltungsbehörde, welche sagen darf; „Ihr genießt unsern Schutz, unsere Kulturfrüchte, in friedlicher Wohlfahrt nach Recht und Gesetz; gebet dem (König) Kaiser, was des Kaisers ist. Das fordert der Staat mit Zug und Recht!“ — Aber, wie wollen die Polen als Provinzler Rußlands die in „gleicher Verdammnis“ schwebenden Litauer vergewaltigen, sie, die keine diesen übergeordnete Stufe inne haben, weder materiell, noch

individuell, weder politisch, noch wirtschaftlich!? — Wohl wäre ihr Gebahren eher begreiflich, wenn die Polen die regierende Nation darstellen könnten. Vergessen diese ferner ganz ihre Brüder in Posen, die über preussische Bedrückung zu klagen nicht aufhören wollen, und gedenken sie nicht des Sprichworts: „Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu!“

Die russische Regierung bereitet den Litauern im allgemeinen weniger Schmerzen, als die Polen. Es empfinden jene den Druck in ihrem nationalen und wirtschaftlichen Leben weniger schmerzhaft als den, der in sozialer Nachbarschaft seitens der Polen ihnen bereitet wird. — Und was sagen die Ruthenen in Galizien dazu? Nicht Litauer allein seufzen unter polnischer Verwaltungs-politik. In Galizien klagt der Ruthene über polnische Boykottierung alles dessen, was er in Kirche und Schule zur Erhaltung seiner Nation unternimmt und anstrebt. Das Sündenmaß der Polen ist zum Überlaufen voll. Was würde der Pole bei erlangter Autonomie nicht erst dann unternehmen, sobald er glücklich aus Ruder käme und die herrschende Gewalt erlangte!

Über litauisch-polnische Verhältnisse hat kürzlich der Professor des geistlichen Seminars in Seinen, Priester Namiotka in polnischer Sprache eine Broschüre: „Fort mit dem nationalen Haß!“ herausgegeben. Dieser Mann ist ein echter Pole, jedoch ein wahrheitsliebender, gerechtdenkender Mensch und hat unparteiisch und sein polnische Umtriebe verurteilt.

Aus Nr. 3 der Polnischen Post (Wien)
vom 18. Januar 1911:

Ein Schulidyll aus Westpreußen.

Posen, im Januar.

Einige Meilen von Danzig entfernt liegt die Kreisstadt Karthaus, die Hauptstadt der Kaschuben. Schon vor zehn Jahren erwies sich das Gebäude als zu klein. Die Gemeinde kaufte Land an und trat mit der Regierung wegen eines Neubaus in Unterhandlungen. Diese führten bis zu dem heutigen Tage zu keinem Ergebnis.

Zurzeit werden 580 Kinder in acht Klassen von acht Lehrern unterrichtet. Durchschnittlich kommen auf jede Klasse mehr als 70 Kinder; in einer befinden sich sogar 102. Die Zimmer sind durchweg zu klein. Einige sind 6 Meter lang und 5 Meter breit, so daß die größere Hälfte der Kinder beim Unterricht in den Durchgängen und an den Wänden stehen muß.

Die Regierung erklärte auf eine Eingabe vor einigen Wochen, sie werde demnächst ein Projekt für den Neubau anfertigen lassen; doch werden bis zur Fertigstellung des Baues wohl immerhin einige Jahre vergehen. Das Gegenstück hierzu ist die in derselben Stadt vorhandene höhere Knabenschule. Hier unterrichten 5 Lehrer 35 Kinder.

Und die Gründe dieser eigenartigen Behandlung des krasen Notstandes?

Die Volksschule wird überwiegend von polnischen und katholischen Kindern besucht, deshalb diese Saumlosigkeit bei der Schaffung angemessener Schulräume. Die höhere Knabenschule wird meist von Söhnen der dort wohnenden protestantischen und deutschen Beamten frequentiert, deshalb dieser Aufwand an Lehrkräften.

Weitere Kommentare erübrigen sich, die Sache spricht für sich selbst.

K. N.

Aus Nr. 11/12 der Ukrainischen Rundschau (Wien)
1911:

Polnische Intoleranz gegenüber Deutschen in Galizien.

Wir werden ersucht, den nachstehend wiedergegebenen Vorfall abzudrucken, der sich in einem deutsch-galizischen Dorfe abspielte und zur Beleuchtung der Art und Weise beiträgt, wie die Polen mit Angehörigen fremder Völker umgehen dort, wo sie selbst in Kraft sind. Die Leidensträger der polnischen Intoleranz sind diesmal nicht Ruthenen, es sind Deutsche, und zwar deutsche Katholiken, deren Religionsgemeinschaft mit den Polen die letzteren nicht dazu benützen, um mit ihnen um so eher in Freundschaft zu leben, sondern diese Gemeinschaft zum Vorwand gebrauchen, die katholischen Deutschen gewaltsam zu polonisieren. Sie haben es freilich schon so weit gebracht, den deutschen Katholiken durch Vorspiegelung der Identität des Katholizismus mit dem Polentum soviel polnisch-nationales „Bewußtsein“ eingeimpft zu haben, daß die katholischen Deutschen in Galizien sich selbst im Gegensatz zu den „echten“ Deutschen, den Protestanten, „polnische“ Deutsche, auch schlechtweg „Polen“ nennen. Die lektthin eingeleitete nationale Bewegung unter den Deutschen Galiziens brachte hier in gewisser Hinsicht Wandlung, national-deutsches Bewußtsein bricht sich auch bei den katholischen Deutschen in Galizien Bahn und dies bringt die Polonisierer aus dem Gleichgewicht. Eine gute Illustration dafür ist folgender Vorfall:

Der polnische Pfarrer in Münchental hat die Deutschen Massinger und Schönhofen aus Münchental des Verbrechens der Religionsstörung angeklagt, weil sie angeblich nach der heil. Wandlung, wo nach dem Befehle des Pfarrers, trotzdem die Kirche voll Deutscher war, polnisch gesungen werden sollte, deutsch, so wie vor der Wandlung, weiter gesungen haben. Alle Deutschen haben dann mit eingestimmt, so daß die paar Polen, die nicht einen Heller zur Kirche leisteten, um ihren polnischen Gesang gebracht wurden. Es sei erwähnt, daß in vielen, vielen Kirchen, zu denen Hunderte von Deutschen gehören, dazu zählen und sie besuchen, das ganze Jahr auch nicht ein deutsches Lied gesungen werden darf. Der polnische Pfarrer aus Olesko verbot z. B. den Deutschen in Angelowka in ihrer eigenen Kirche das Singen in deutscher Sprache; ebenso der Pfarrer aus Podhajce den 700 Deutschen in Beckersdorf in ihrer eigenen Kirche zu Beckersdorf. Aber trotz alledem wurde die Klage des Pfarrers angenommen und Massinger, auf den der Münchentaler Pfarrer die größte Wut hat, weil er sich sogar erfrechte, deutsche katholische Gebetbücher an Deutsche auszuteilen, vom k. k. Kreisgerichte in Przemyśl zu vier Wochen Kerker verurteilt.

Ein mitangeklagter Deutscher, namens Schönhofen, kam frei durch, nachdem der Eid polnischer Bauern, daß er an einem bestimmt angegebenen Tage ein deutsches Lied angestimmt habe, durch Zeugen entkräftigt wurde, die bestätigten, daß er am betreffenden Tage überhaupt in einer anderen Ortschaft weilte, angeklagt dessen die Bauern des Meineides angeklagt wurden. Massinger hielt dem Gerichtshof vor, daß der Pfarrer von der Kanzel herab nur die Deutschen reizte, daß er gesagt habe: „Die deutschen Lieder kann man im Walde und auf der Hutweide singen. Der Pfarrer nannte es vor Gericht eine Lüge, wogegen sich alle Kirchenbesucher bereit erklärten, zu beeiden, daß er dies wörtlich so gesagt hat.

Es ist nur zu bedauern, daß Massinger — er hat eben keine Mittel zu langen Prozessen — die Strafe angenommen hat. Denn weder nach den Geboten Gottes noch nach den Staatsgesetzen kann es einem

Deutschen verboten werden, wenn überhaupt in einer Kirche gesungen wird — und dies war in Münchthal der Fall — daß er in seiner Muttersprache, die ihm Gott gegeben, singt. Es müßten da zum Beispiel die Wallfahrer in Wallfahrtskirchen, wo oft zehn und mehr Prozessionen in verschiedenen Sprachen auf einmal singen und laut beten, alle wegen Religionsstörung angeklagt und eingekerkert werden, und Kirche ist doch Kirche. Wir fragen noch die unparteiischen Richter, welche Massinger verurteilt haben, auf Grund welchen Gesetzes einem Deutschen verboten werden kann, in der Kirche seines Heimatsortes während des Gesanges in seiner Muttersprache zu singen und auf Grund welchen Gesetzes das Singen in deutscher Sprache während des Gesanges in einer Kirche, die zu drei Vierteln von Deutschen besucht wird, eine Religionsstörung ist.

Aus Nr. 11/12 der Ukrainischen Rundschau (Wien).

Die polnische Kolonisation Ostgaliziens.

Von Michael Łozynski.

Die bisherige polnische Herrschaft in Ostgalizien stützte sich auf keine dauerhaften Grundlagen. Es war dies in erster Linie das politische und wirtschaftliche Übergewicht der polnischen Schlachta über die ruthenische Landbevölkerung, sodann der relativ-polnische Charakter der ostgalizischen Städte und zuletzt die Identifizierung sämtlicher Bekenner römisch-katholischer Konfession mit dem Polentum. Während nun die stärkste Stütze des Polentums in Galizien, der Großgrundbesitz, in jähem Niedergang begriffen ist und eine vorteilhafte Güterveräußerung die Parzellierung der Güter unter die umgrenzende, ruthenische Bevölkerung bedingt, andererseits die Städte und Märkte sich mit zunehmendem nationalen Bewußtsein der Landbevölkerung in nationaler Beziehung notgedrungen der ländlichen ruthenischen Umgebung anzupassen anfangen, das Identifizieren des römischen Katholizismus mit dem Polentum aber für sich einen fragwürdigen Wert bedeutet, begannen die Polen an eine tatsächliche Sicherung ihres eigentlich mehr in der Theorie bestehenden „nationalen Besitzstandes“ in Ostgalizien zu denken. Infolge sich rasch vollziehenden wirtschaftlichen Niederganges des polnischen Großgrundbesitzes, dessen politischer Wert übrigens durch das allgemeine Wahlrecht eine Einbuße erlitt, ist es eben die „Million polnischer Bauern im Osten des Landes“, deren erdrückende Mehrheit faktisch Ruthenen römischen Ritus sind, welche die Märsche von der Gemischtsprachigkeit Ostgaliziens aufrechterhalten und pro foro externo eine provisorische Grundlage für polnische Ansprüche auf Ostgalizien und ihre Macht über dasselbe abgeben. So ist es nun klar, daß sich die Polen veranlaßt fühlen, an Stelle der fiktiven eine reale Grundlage dafür zu schaffen und in den Dienst dieser Sache ihre ganze Politik stellen. Das Mittel, welches dazu führt, ist — Kolonisation. Es handelt sich darum, durch eine planmäßige Ansiedlungsarbeit Ostgalizien mit einem Netze polnischer Ansiedlungen zu bedecken, damit Ostgalizien aufhöre ein national-einheitliches ruthenisches Land zu sein und nicht nur den Namen, sondern auch der Tat nach polnisch-ruthenisch werde.

Die Anfänge dieser Ansiedlungstätigkeit datieren seit einer Reihe von Jahren. Sie wurde zunächst von der Lemberger „Parzellierungsbank“ geführt, welche durch die Wirtschaft politischer Freunde Stapinski, des Obmanns der polnischen Volkspartei, an den Rand des Bankrotts geleitet wurde und erst, wie es hieß, durch die zwei Millionen Kronen, von dem Finanzminister Bilinski an Stapinski aus den Staatsfonds überlassen, vom vollständigen Ruin gerettet werden

sollte. Gleichen Zielen oblag die von den Allpolen gegründete „Galizische Hypothekenbank“ in Lancut, welche während nicht ganz vier Jahre ihres Bestandes 3620 Joch Feld in Ostgalizien ausschließlich unter polnische Bauern verparzellierte (aus technischen Gründen mußte der 6¹/₂-te Teil davon, d. h. 557 Joch, die an die Äcker ruthenischer Bauern anschließen, an Ruthenen verkauft werden). Überdies gründete die Schlachta selbst eine Bank in Kopyczynci, die „Bank für Landwirte“, welche gleiche Ziele verfolgt. Die polnische öffentliche Meinung steht an der Tätigkeit dieser Banken Wache und jeder, der es wagt, ein Stück Acker einem ruthenischen Bauern zu verkaufen, dessen Ahnen seit unvordenklicher Zeit ihn bebaut haben, wird als „Verräter“, als „Verfälscher“ gebrandmarkt.

Jetzt nun handelt es sich darum, die Kolonisierungaktion zu zentralisieren, sie nach einem gegebenen Plan weiter zu leiten. Im Februar d. J. wurde darüber in Lemberg in einer hierzu einberufenen Konferenz beraten, an welcher die angesehensten polnischen Führer, so der Polenklubobmann Glombinski, Abg. Hupka, Fürst Leo Puzyna, Graf Korytowski, Graf Skarbek, Abg. Prof. Buzek u. a. teilgenommen haben. Nach einer zweitägigen Beratung wurde, laut des Communiqués der Konferenz, festgestellt, daß die durch das „Zusammenschrumpfen des polnischen Bodens“ entstandene Gefahr immer drohender werde und ihr entgegengesteuert werden müsse, dies aber vornehmlich durch Ausfindung von Mitteln, welche die Ursachen der Bodenveräußerung beseitigen sollten, außerdem aber durch Organisation der sich als unumgänglich notwendig oder als nützlich erweisenden Parzellation vermittels eines Zentralorgans. Dieses sollte darüber wachen, daß die Parzellation ohne nationale und soziale Schäden vor sich gehe. Als ein solches Organ wurde aber nicht etwa eine neue Kreation ins Auge gefaßt, vielmehr sollte mit dieser Aufgabe die bestehende „Galizische Hypothekenbank“ in Lancut, deren Sitz daher nach Lemberg zu verlegen wäre, betraut werden, nachdem ihre bisherige Tätigkeit sich als nutzbringend erwiesen habe. Auch sollte an die Gutsherrenbank in Kopyczynci behufs Fusionierung herangetreten und das so entstandene Zentralorgan, welches in der Provinz Filialen zu errichten hätte, mit Kapitalien ausgestattet werden.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der polnische Kriegsplan auch ausgeführt wird. Ausführlicher als das trockene Communiqué äußert sich über die diesbezüglichen Pläne das „Słowo polskie“ (Nr. 111, 113, 115 und 119). Das allpolnische Blatt schreibt: „In Ostgalizien sind wir Polen eine Minderheit. Aber wir übertreffen die ruthenische Mehrheit durch die Kraft der Kultur, sowohl der geistigen, als auch der materiellen.“ Dieses Übergewicht müsse auch erhalten werden. „Denn auf unsere historischen Rechte können wir uns nur insoweit mit Erfolg berufen, solange wir über ein wirkliches Übergewicht nicht nur der geistigen, sondern auch der materiellen Kultur verfügen. Sollten wir dieses letztere Übergewicht einmal verlieren, helfen uns auch archaische Dokumente nichts mehr.“ Also „keine, noch so rührige Organisation rettet uns, sowenig wie die größten politischen Erfolge auf dem parlamentarischen und landtäglichen Terrain, wenn wir in den Dörfern Ostgaliziens den Grund unter den Füßen, wenn wir unseren bisherigen Grundbesitz in diesem Teile des Landes verlieren.“

„Der Schwerpunkt des Kampfes, den wir heute um unsere bisherige Stellung im östlichen Teile des Landes führen, liegt — schreibt das Blatt — in den

Dörfern. Und über die Resultate dieses Kampfes wird unwiderruflich der Umstand entscheiden, ob wir unseren bisherigen Bodenbesitz in unseren Händen zu erhalten vermögen. Leider ging uns in den letzten Jahren viel davon verloren. Die Parzellation nimmt zu und eine unleugbare Tatsache ist es, daß der größere Teil des parzellierten Bodens in nicht polnische Hände übergeht. In den letzten Jahren haben sich die Verhältnisse allerdings in manchem gebessert. Während vor fünf Jahren der von Dr. Pawlikowski in der Generalversammlung der „Parzellierungsbank“ gestellte Antrag, daß zumindest die Hälfte des parzellierten Bodens an Polen zu vergeben wäre, als „abscheulicher Chauvinismus“ gekennzeichnet wurde, wurde heute von der öffentlichen Meinung das Prinzip als allgemein geltend anerkannt: „kein Zoll polnischen Bodens darf in nicht polnische Hände übergehen.“ — „Während vor etwa acht Jahren niemand der Verkaufenden es für notwendig hielt, sich um die Nationalität der kaufenden Bauern zu kümmern, verkauft heute kein ehrlicher Pole den Boden einem Nichtpolen.“

Nach dieser Feststellung und nachdem es die Vorteile einer rein polnischen Kolonisation besprochen hat, bekennt „*Slowo polskie*“: „Die polnische Parzellation ist eine ansiedelnde kolonisierende Parzellation.“ „Die wichtigste Aufgabe unserer nationalen Politik hierzulande ist die Organisierung einer intensiven polnischen Ansiedlungsaktion. Solange wir keine systematische, planmäßige Verteidigung des polnischen Bodens im östlichen Grenzgebiete, solange wir nicht eine vom nationalen Standpunkte aus als rationell erkannte Organisation zur Vermittlung der Parzellation schaffen, die jede Spekulation niederringen könnte, wird der ruthenische Besitzstand wachsen, der polnische aber sich verringern.“

Das allpolnische Blatt meint, daß eine polnische Ansiedlungstätigkeit nicht allein vom nationalen Gesichtspunkte betrachtet, vorteilhaft sei, sondern auch im Interesse der sozialen Ordnung liege, weil dadurch ein starker grundbesitzender Mittelstand ins Leben gerufen würde, dies aber — auch eine solche Behauptung riskiert das „*Slowo polskie*“ — nur durch die polnische kolonisierende Parzellation erreicht werden könne. Daß Gleiches sich durch Schaffung eines ruthenischen Mittelstandes erreichen ließe, kümmert das Allpolenorgan nichts. Die ruthenische Bevölkerung müßte eben in der Stellung des bodenhungrigen Proletariats und des Zwergbesitzerstandes erhalten werden.

Zum Zwecke einer solchen ansiedelnden Parzellation haben die Allpolen im galizischen Landtage einen Gesetzentwurf über die Schaffung einer Landesinstitution für Parzellationskredit und Vermittlung eingebracht. Bis derselbe die Gesetzeskraft erlangt, soll im Privatwege eine solche „Aktion“ organisiert werden. Über die Mittel und Wege einer solchen Aktion schreibt das „*Slowo polskie*“ folgenderweise:

„Die Ansiedlung polnischer Kolonisten in fast ausschließlich ruthenischen Gegenden würde unser Volk nur neuen Verlusten aussetzen. Auf die Art entstandene neue polnische Minderheiten müßten mit der Zeit der Ruthenisierung erliegen. Jedenfalls müßten wir für deren Verteidigung vor dem ruthenisierenden Einflüsse der Umgebung bedeutende Vorräte an Energie und Geld verwenden, die, für die nationale Arbeit in Bezirken mit einem bedeutenden Prozent der polnischen Bevölkerung verwendet, viel schönere Erfolge zeitigen würden. Vor allem sollen wir im Wege der Parzellation und Ansiedlung den Prozentsatz der polnischen Bevölkerung in an Städte angrenzenden Gemeinden,

sowie in jenen Bezirken, wo die polnische Einwohnerschaft 20—25 und 40—50 % bildet, zu stärken und die Mühe geben, um sich in den ersteren einmal für immer eine zahlenmäßig hinreichende starke Position zu schaffen, um bei Wahlen gegen eine vollständige ruthenische Majorisation gesichert zu werden, in den letzteren aber zur absoluten polnischen Majorität zu bringen. In dieser Richtung bewegt sich gerade die jetzige Tätigkeit der *Lancuter Bank*.“

Eine planmäßige Aktion sollte überdies auch für polnische Käufer-Ansiedler aus Westgalizien Fürsorge treffen, somit müßte neben einer Abteilung für Parzellation eine zweite für Bodenhandel in Westgalizien ins Leben gerufen werden.

So sind im Grundriß die offenkundig eingestandenen polnischen Pläne in Bezug auf das ruthenische Ostgalizien.

Die Polen haben eine Aktion in Ostgalizien eingeleitet, welche den Zweck verfolgt, einen solchen Zustand herbeizuführen, daß der ruthenische Bauer jenen Boden, welchen seine Vorfahren seit unvordenklichen Zeiten mit ihrem Schweiß und Blut benetzt haben, nicht einmal um das teuerste Geld erlösen kann, daß sich auf diesem Boden der aus dem Westen hergerufene polnische Bauer breitmache, er aber, der urwüchsigste Sohn dieser Erde, wo er alleiniger Herr sein sollte, zum polnischen Ansiedler als Knecht dienen gehe, als welcher er bisher dem polnischen Gutsheeren gedient hat.

Zurwahr, eine solche Aktion benimmt den Polen das moralische Recht, gegen die kolonisierende Politik der preussischen Regierung zu protestieren. Aber die polnischen Kolonisationspläne lassen die Kolonisationspolitik der preussischen Regierung noch im Schatten. Denn während die Ansiedlungskommission in Preußen den Boden aus polnischen Händen im Kaufwege zu gewinnen sucht, geriet der ruthenische Boden in Galizien in den Besitz der polnischen Schlachta im Eroberungswege. Und während die preussische „Mittelstandskasse“ und die „Bauernbank“, deren Tätigkeit bei den Polen soviel böses Blut erzeugt, das Ziel verfolgen, jenen Boden, welcher im Kaufwege „deutsch“ geworden ist, vor dem Rückfall in polnische Hände zu retten, so ist das Ziel der geschilderten polnischen Aktion, jenen Boden vor dem Übergang in ruthenische Hände zu retten, welcher im Wege einer massenweisen Expropriation durch die Eroberer „polnisch“ geworden ist.

Diesen, dem ruthenischen Volke gewaltsam entrißen Boden, welchen dieses Volk dann jahrhundertlang zu Gunsten des Eroberers bebaute, darf er jetzt um kein Geld erwerben. Das nationale und soziale Ziel dieser polnischen Aktion geht dahin, an Stelle eines jeden polnischen Großgrundbesitzes ganze polnische Dörfer entstehen zu lassen und auf diese Weise das uralte ruthenische Land in ein ruthenisch-polnisches umzuwandeln, in welchem aus dem polnischen Bauerntum ein wohlhabender Mittelstand erwüchse, die ruthenischen Bauern aber zu bodenhungrigen Proletariaten herabkommen.

Es ist nur zu natürlich, daß die polnische Aktion einer energischen und planmäßigen Gegenaktion begegnen muß.

Die Organisierung der Parzellierungsaktion allein kann hier allerdings nicht ausreichen, nachdem eine solche für nichts ist, wenn kein polnischer Großgrundbesitzer dem ruthenischen Bauern ein Stück Feld verkauft. Zum Zwecke der Selbstverteidigung muß das ruthenische Volk über die Mittel nachsinnen, welche die polnischen Großgrundbesitzer veranlassen würden, ihren Boden nur an ruthenische Bauern, nicht aber an polnische Einwanderer zu veräußern.